Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

7 (15.2.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 7 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Stuttgart) Karlsruhe, 15. Februar 1950 Preis 50 D-Pfennige

Heute gilt unsere Reportage auf Seite 9 den Philips-Valve-Werken in Hamburg. Dieses Bild zeigt drei Valve-Röhren als Repräsentanten ihrer Zeit. Links eine Röhre aus der „goldenen Serie" des Jahres 1934. Rechts eine Rimlock-Röhre des Jahres 1949

Immer noch Vorleistungen Deutschlands

Gute Ratschläge der „Times" und unsere Antwort - Südamerika sucht deutsche Waren „Finebel" nicht ohne Deutschland - Erfolgreicher Winter-Schluß-Verkauf - Börsen freundlich

Im Brennpunkt des Wirtschaftsgeschehens in Deutschland steht die Arbeitslosigkeit und der Außenhandel. Über die Arbeitslosen-Debatte im Bundestag und die Problematik der Durchführung der Pläne sprechen wir im nebenstehenden Leitartikel ausführlich.

Bleiben wir also zunächst beim Außenhandel. Das Tragische ist, daß uns der Import mehr Sorgen macht als der Export, oder wenn wir es einmal anders ausdrücken wollen: daß uns der Import auf kurze Sicht und der Export auf lange Sicht die meisten Sorgen macht. Also wollen wir uns auch zuerst die Importsorgen ansehen. Unser Dollarbestand ist schnell zusammengeschmolzen und das Defizit wächst. Immer das gleiche Bild: die Handelsverträge, die wir abschließen, werden zunächst von uns erfüllt, nämlich wir nehmen alles ab, wozu wir uns verpflichtet haben. Neuestes Beispiel: Portugal. Deutschland hat bereits alles gekauft, wozu es nach dem Vertrag verpflichtet war, Portugal dagegen hat bisher nur einen kleinen Teil dessen gekauft, wozu es sich verpflichtete. Unsere Schulden an Portugal sind daher auf vier Mill. Dollar gestiegen. Der französische Finanzminister Petsche erklärte kürzlich in „Vie Francaise" der Fehlbetrag der französischen Handelsbilanz gegenüber Westdeutschland sei praktisch ausgeglichen worden und die Liberalisierung des Handelsverkehrs sei für die französische Industrie ein Grund zur Hoffnung.

Eines schickt sich nicht für alle

Mit sehr gemischten Gefühlen haben wir in Deutschland den Beschluß der englischen Regierung vernommen, die Einfuhr von Obst und Gemüse vom März bis November zu verbieten, „um den Absatz der eigenen Erzeugung zu sichern". Also in England hat sich die Liberalisierung noch nicht herumgesprochen. Wir Deutschen wollen zwar kein Obst und Gemüse nach England exportieren, aber wir Deutschen dürfen es uns nicht erlauben, die Einfuhr von Obst und Gemüse rundweg zu verbieten, um unsere eigenen Bauern zu schützen. Das wären diskriminierende Maßnahmen und widersprüche der Liberalisierung. Herr Hoffman hat schon recht, wenn er erklärt, daß England in Europa das einzige Hindernis in der Liberalisierung ist, — wie figura zeigt.

Deutsch-englische Gespräche

Aber eine englische Handelsabordnung beginnt heute, Mittwoch, in Deutschland mit Handelsvertragsverhandlungen mit der Bundesregierung. Vielleicht hängt damit ein Times-Artikel am Wochenende zusammen, der sich sehr eingehend mit Deutschlands handelspolitischer Situation befaßt. Es werden uns von der „Times" gute Ratschläge erteilt, jedoch der gouvernantenhafte Ton ist nicht nur uns unsympathisch. Er wirkt nämlich nicht echt. So empfiehlt uns die Times, unseren Export nach Osteuropa zu steigern. An anderer Stelle dieses Blattes gehen wir darauf näher ein, wie man uns diesen Export durch Verbote „aus politischen Gründen" behindert. Wir brauchen hier nur an das Verbot der Stahllieferungen an die Ostzone zu erinnern, das nach den neuesten Meldungen nicht vor dem 15. 3. aufgehoben wird. Wir erinnern weiter an den Schienenauftrag Rot-Chinas, der, von deutschen Arbeitern in Deutschland hergestellt, als strategisches Material betrachtet und darum von uns nicht ausgeführt werden durfte, aber von englischen Arbeitern hergestellt als ein Auftrag betrachtet wurde, der vom „rein kommerziellen Erwägungen" ausging — und darum eben auch von England ausgeführt wird.

Benzin-Freigabe

Einen weiteren guten Ratschlag der „Times" müssen wir zurückweisen. An die bereits verfügte und jetzt vom Bundestag beschlossene Freigabe des Benzinverkaufs knüpft die Times eine Bemerkung, die, zwar nicht so scharf formuliert, aber dem Sinne nach heißt: Benzin ist ein nicht unbedingt lebensnotwendiges Gut, man hört ziemlich deutlich den Slogan durch: Benzin brauchen nur die Kapitalisten und bei der passiven Devisenbilanz Deutschlands sei die Benzinfreigabe nicht zu vertreten. Dazu möchten wir bemerken, Benzin ist kein Luxusgut, wir wiederholen einen Satz, den die Leser schon oft bei uns fanden, aber für den wir nicht Autorenrechte in Anspruch nehmen: Die USA haben nicht so viele Autos weil sie reich sind, sondern sie sind reich, weil sie so viele Autos haben. Im übrigen wissen wir ja, warum die Times so gereizt ist wegen der Benzinfreigabe, eben weil ist England noch alles rationiert ist. Zum Sachlichen wäre zu sagen, daß auch bei Freigabe des Benzins ein genügend großes Angebot vorhanden sein wird und wir können die Engländer mit den Worten beruhigen, daß wir Dieselöl aus dem Sterlinghaben beziehen können und beziehen werden.

Die englische Handelsdelegation wird, wie es heißt, über den Ausgleich der

In dieser Nummer

Dollar-Devisenbonus kommt

Kapital kann nur gespart werden

Saar-Autonomie kostet Milliarden

Restitutionen verkehren sich ins Gegenteil

Italien als Handelspartner

Der deutsche Handel mit Benelux

Erfolgreiche Exportoffensive Schwedens

Südost-Asien-Handel muß von vorn anfangen

Die Gründe der Kautschuk-Hausse

In den USA „nicht gefährlich", aber in Deutschland

Ein Vergleich der Arbeitslosigkeit dort und hier

Das Achtpunkteprogramm Adenauers zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Bundestagsdebatte, die sich daran anschloß, sind aus der Tagespresse bekannt. Es geht uns hier mehr darum, grundsätzliche Fragen aufzuwerfen und möglichst zu beantworten.

In den USA ist im Monat Januar die Zahl der Arbeitslosen um rund 1 Million gestiegen und die Gesamtarbeitslosigkeit hat eine Höhe von 4¾ Mill. Menschen, eine Rekordhöhe seit Ende des letzten Krieges erreicht. Trotzdem wird von amtlicher Seite in den USA erklärt, die Tatsache, daß 7% der Erwerbstätigen arbeitslos seien, sei nicht gefährlich, 4% seien normal. Finanzminister Snyder erklärte, der Rückgang der Beschäftigtenzahl sei durch die Erwartungen der Produzenten verursacht worden, nach Rückkehr zu „normalen Bedingungen" würden die Umsätze zunehmen. Die Verbraucher hätten jedoch diese pessimistischen Prognosen nicht getan.

Übertragen wir diese Zahl und Gedanken auf Deutschland. Dann war der erhobene Zeigefinger der Hohen Kommission nicht ganz so berechtigt wie er schien. Die USA haben jetzt etwa 58 Mill. Beschäftigte, Deutschland etwa 22 Mill. Wenn dann in den USA 4¾ Mill. Arbeitslose „nicht gefährlich" sind, dürften bei uns 1,8 Mill „nicht gefährlich" sein. Und es sind ja nur etwa 100 000 mehr Arbeitslose in Deutschland. Trotzdem betrachten wir (und aus gutem Grund auch die Alliierten) die Arbeitslosigkeit als gefährlich und trachten danach, sie zu beseitigen.

Das Aluminiumwerk Türing wird demontiert. Es werden Versuche von deutscher Seite gemacht, die eingesetzten Maschinen wenigstens zunächst einmal stehen zu lassen und nicht abtransportieren. Die deutschen Arbeiter weisen sich, an der weiteren Demontage der Fabrik zu arbeiten. Gleichzeitig empfiehlt der NE-Metall-Ausschuß der OEEC, die Verwendung von Aluminium nach Möglichkeit zu steigern, um auf diese Weise zur Einsparung von anderen dollarkostenden NE-Metallen beizutragen. Es ist für uns nicht ganz leicht, zwischen diesen widersprüchsvollen Gestrüpp von Empfehlungen und Verboten hindurchzufinden. Es ist von deutscher Seite nachzuweisen worden, daß durch die beabsichtigte Demontage von Töging nicht mehr die uns zugestandene Produktionshöhe in Aluminium erreicht wird. Sollen wir nun unsere Arbeiter in Töging auf die Straße setzen und nach Empfehlungen der OEEC Aluminium im Ausland kaufen? Wird man uns unsere Stahlquote erhöhen, weil wir dringend mehr Stahl insbesondere für das Wohnbauprogramm brauchen, oder sollen wir Stahl aus dem Ausland kaufen? Das sind ebenso Probleme der Arbeitslosigkeit wie Probleme der Devisenbilanz. Dürfen wir mehr Schiffe bauen, um unsere arbeitslosen Seeleute wieder in ihrem alten Beruf zu beschäftigen? Dürfen wir Waffen treiben, um Menschen zu beschäftigen und Devisen zu ersparen? Dürfen wir ungehindert nach Osteuropa exportieren?

Wir dürfen nicht, aber wir müssen die Arbeitslosigkeit beseitigen. Seider sagt, daß bei 4¾ Mill. Arbeitslosen das Wirtschaftsgefüge der USA stark und gesund sei. Auch wir sagen, daß unser Wirtschaftsgefüge einigermaßen gesund geworden ist. Man konnte dies an der Debatte im Bundestag ganz gut ablesen; denn wesentliche Einwände gegen das Programm Adenauers wurde auch von der Opposition nicht vorgebracht. Daß zu später Nachtstunde infolge demokratischen Versagens ein Antrag durchging, die Regierung solle ein neues Arbeitslosenprogramm vorlegen, beweist, daß es der Bundestag offenbar gar nicht eilig hat, etwas zu beschließen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Bundesregierung dagegen hat es sehr eilig — und mit Recht. (Am Donnerstag verhandelt der Bundeskanzler erneut mit der Hohen Kommission).

Es ist besonders erfreulich, daß der Zentralbankrat, der bisher wirklich etwas altmodisch-vorsichtig war, sich bereit erklärte, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung zu unterstützen (nur gegen die Genehmigung eines 30% gegen Dollardevisen-Bonus stellte er sich stockstaff, obwohl nach unserer Meinung gerade von diesem Bonus her eine starke Belebung des Exports zu erwarten ist).

Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß die gesamte saisonbedingte Arbeitslosigkeit im Frühjahr beseitigt ist, denn die Kredite, die auf Grund des neuen Regierungsprogramms gegeben werden, und das Wohnungsbauprogramm gewähren vollständig, um diesen Teil der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Etwas schwieriger ist es allerdings in der Landwirtschaft. Es werden Düngemittel-Kredite notwendig sein und wahrscheinlich auch einige Preisgarantien, um die Landwirtschaft anzureizen oder sogar in den Stand zu setzen, wieder auf eine große Ernte hin zu arbeiten. Die Landflucht wird man allerdings wohl kaum bekämpfen können.

Von der strukturellen Arbeitslosigkeit werden wir ebenfalls wesentliche Teile beseitigen können, zum Teil durch bessere Beschäftigung der Vorlieferanten zum Bauprogramm, zum anderen Teil durch die von der Regierung beschlossene Vorfinanzierung der Exportaufträge. Wenn die Handelshemmungen von den anderen Ländern eingehalten werden, dann muß jetzt unser Export stark zunehmen, da im Zuge der Liberalisierung wir ja schon große Teile der Verträge durch Importe erfüllt haben. Eine weitere Möglichkeit, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu beseitigen, liegt in der Verlängerung der Schulzeit, die jetzt in zwei deutschen Ländern vorgeschlagen wurde (Niedersachsen will ein 9. Schuljahr und Schleswig-Holstein evtl. sogar ein 10. Schuljahr einführen). Damit soll vor allem verhindert werden, daß die jungen Menschen keine Lehrstellen finden. Das 9. Schuljahr ist nicht nur aus diesem Grunde zu begrüßen, sondern auch zur Auffüllung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit aufgetretenen großen Bildungslücken. Eine Verkürzung der Lehrzeit ist dann auch gut zu vertreten, zumal sich in der modernen Wirtschaft vielfach eine lange berufliche Lehrlingsausbildung als nicht mehr unbedingt notwendig erwiesen hat.

Zweifellos kann aber auch in den einzelnen Betrieben noch viel dadurch getan werden, daß man die Überstunden abschafft oder wenigstens stark begrenzt. Es gibt immer noch Berufe, in denen die Arbeitskräfte knapp sind. Dort müßten Gewerkschaften und Unternehmungen durch Umschulung neue Arbeitskräfte zu gewinnen suchen.

Viele von diesen Anregungen sind in der Bundestagsdebatte zur nicht zur Sprache gekommen, auch nicht eine sehr entscheidende: Setzt die Steuern herab! Dadurch wird die Kaufkraft und die Investitionskraft erhöht. Eine fühlbare Steuersenkung (auf das Einkommen) gibt der Wirtschaft neuen Anreiz und eine Senkung der Verbrauchssteuern wird den Umsatz heben und so die Arbeitslosigkeit mit beseitigen helfen.

Die deutsche Wirtschaft arbeitet ganz gesund, und wenn man sie frei arbeiten läßt und den Export wirklich frei und ohne Zollhemmungen sich entwickeln läßt, dann werden wir auch die strukturelle Arbeitslosigkeit überwinden können, obwohl der Flüchtlingsstrom ein ungesundes Moment in unsere Wirtschaft gebracht hat, was die USA nicht haben — und doch haben sie eine fast genau so hohe Arbeitslosigkeit wie wir.

H.

Banken-Reorganisation

Es ist noch nicht so lange her, daß die großen Bankherren in der Öffentlichkeit einer gewissen scheuen Bewunderung sicher waren. Sie ging nicht so sehr von der Tüchtigkeit dieser Persönlichkeiten aus, obwohl der Erfolg immer Anlaß zu bewundern hat, als vielmehr von der inneren Gewißheit, die etwa bis in die 30er Jahre Gemeingut war, daß Geld Macht sei. Danach gelten die leitenden Direktoren der großen Banken, die über Bilanzsummen von Hunderten von Millionen, ja von Milliarden verfügten, als mächtige Männer. Diese vermeintliche Macht war es, zusammen mit der geheimnisvollen Atmosphäre, in der sich die großen Transaktionen ihrer Natur nach abspielten, welche das Romantische lieferte, zu welchem der Durchschnittsbürger gläubig aufschlicken pflegt, ob es jetzt von einem Feldherrn, einem Diktator oder einem Bankier ausgeht. Natürlich bemächtigte sich dessen auch die politische Auseinandersetzung. Deshalb mußten die großen Bankherren einer permanenten Polemik standhalten, die sie nach Bedarf und „Weltanschauung" entweder als Ausbeuter und Sklavenhalter oder als Verschwörer darstellte. Schließlich stellte sich aber heraus, daß jene innere Gewißheit eine Täuschung gewesen war. Wir lernten, daß nicht Geld Macht, wohl aber Macht, für den, der sie ausübt, Geld ist. Und jene alte Illusion verschwand rabiaten im Papierkorb.

Unter solchen Umständen bestand eigentlich kein politischer Grund für die Demontage des deutschen Bankapparates, den nach dem Kriege die Großbanken sogleich zum Opfer fielen. Daß die Großbanken etwa die Achse hätten bilden können, um den sich ein neuer Nationalismus und Imperialismus zu drehen vermöchte, kann ernsthaft niemand angenommen haben. Mag sein, daß das Muster amerikanischer Verhältnisse — in den USA ist keine Bank befugt, außerhalb ihres Staates Geschäftsstellen zu unterhalten, z. B. hat keine New Yorker Bank in San Francisco eine Filiale —, mag auch sein, daß die Grundgedanken des Morgenthau-Plans dazu beigetragen haben. Wie dem auch sei, wir haben uns mit der Situation, die durch die Dezentralisation der Großbanken entstanden ist, nunmehr auseinandersetzen. Nicht nur weil die juristische Lage der Glied- oder Restinstitute einer Klärung bedarf, sondern noch mehr, weil sich die hervorragende Bedeutung eines gut funktionierenden Kreditsystems nicht mehr übersehen läßt, seit die Geldentwertung der Inflationsjahre vorüber ist.

Die Bank spielt im modernen Wirtschaftsleben überhaupt eine sehr große Rolle, aber dies kommt heute in Deutschland mit einem viel stärkeren Akzent zum Ausdruck als in anderen Ländern. Einem Maximum an Kreditbedarf, der sich aus der Tatsache ergibt, daß die Eigenmittel der Wirtschaft durch Krieg und Inflation aufgebraucht und mit ihren Resten durch die Währungsreform beseitigt oder dezimiert worden sind, steht ein Minimum an Kapitalbildung gegenüber, die eigentlich, was Sparrinlagen betrifft, erst im letzten Jahr begonnen hat. Um so wichtiger ist ein schneller und reibungsloser Ausgleich im Kreditsystem, der auf keinen Fall durch organisatorische Schranken eingeengt werden darf. Namentlich der Ausgleich zwischen Stadt und Land ist von großer Wichtigkeit, der nur Zeit teilweise in umgekehrter Richtung vor sich geht; — früher finanzierte das sparende Land die Industrie in den Städten, heute ist es ja umgekehrt. Gesetzlich umgekehrt. Vitale Entwicklungen, bis hinein in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Eingliederung der Vertriebenen, die Durchführung der Lebensmittel- und Rohstoffimporte, hängen vom Funktionieren des Ausgleichs im Kreditsystem, mit andern Worten: vom Funktionieren der Banken ab. Sie spielen im heutigen Wirtschaftsprozeß eine viel wichtigere Rolle als vor dem Kriege.

Wenn das Sichtbarwerden aller dieser Zusammenhänge in der letzten Zeit die Diskussion über das Bankenproblem stark angeregt hat, so wird man sich als erstes die Frage vorlegen, ob es unter solchen Umständen nicht am klügsten wäre, die alten Großbanken wieder zusammenzufügen. Es ließe sich dafür anführen, daß der Konzentrationsprozeß im Bankwesen, der ein internationaler ist, offenbar seine Wurzeln in den Bedürfnissen der Produktion hat, also natürlich ist, daß ferner das System der drei Großbanken, die mit einem Drittel des gesamten Bankvolumens allerdings eine überwältigende Stellung innehatten, seit 1931 bei entsprechender Aufsicht gut funktioniert hat, schließlich daß die Wiederherstellung der Großbanken auch alle die juristischen Fragen lösen könnte, die seit dem Eingriff der Militärregierung in das Bankensystem offen geblieben sind. Allein selbst in den Kreisen der Teilinstitute ist anscheinend die Begeisterung für diesen Plan nicht sehr groß. Ganz abgesehen davon, daß sich sodann jede Großbank mit einem Dutzend Landeszentralbanken herumzuschlagen hätte, widersprechen manche organisatorische Gründe einem solchen Projekt, das überdies, je größer die wiederhergestellten Institute würden, einen desto stärkeren Reiz für Sozialisierungspläne ausüben müßte.

Eine andere Lösung, und anscheinend die, die am meisten Aussicht auf Verwirklichung hat, würde es sein, die jetzigen Teilbanken, die aus der Auflösung der Großbanken entstanden sind, zu Regionalbanken zusammenzuschließen, so daß aus jeder ehemaligen Großbank je vier solcher Regionalbanken entstünden. Diese würden sowohl städtische wie ländliche Gebiete bearbeiten, ein angemessenes Filialsystem aufbauen können und, in jeder Region, untereinander in einem gesunden Konkurrenzverhältnis stehen. Dann bliebe immer noch die Möglichkeit, bei der Regelung der Auslandsschulden der Großbanken, die zur Wiederherstellung des deutschen Auslandskredits unerläßlich ist, ein gemeinsames Organ, sei es der früheren Großbanken, sei es der aus ihnen entstandenen Regionalbanken zu errichten, welches die alten Auslandsschulden abwickelt.

Jedenfalls: es ist Zeit für eine Regelung des Bankenproblems. Zwar hat das Kreditsystem auch bisher, im wesentlichen, seine Funktion im Rahmen des Möglichen erfüllt. Das ist nicht so eine Selbstverständlichkeit, wie mancher unter der Vorstellung, es sei nichts leichter, als mit dem Weihnachtsgeld eines Kunden bei der Zentralbank das Geld abzuholen, vielleicht glauben möchte. Es ist vielmehr das Verdienst einer Anzahl von Bankmännern, die viel geleistet haben. Es handelt sich jetzt darum, diesen Männern eine bessere Ausrüstung zu geben, die sie instand setzt, die größeren Aufgaben zu lösen, die unserem Kreditsystem in den nächsten Jahren gestellt sind.

P.

Die Kaffeesteuer beweist:

Je höher der Steuersatz um so geringer die Staatseinnahmen und um so größer der Schwarzhandel

Vom Verein der Kaffeegroßröster- und -Kleinhändler ist eine Denkschrift an den Bundesfinanzminister gerichtet worden, in der eine Senkung der Kaffeesteuer von 10 DM je kg Rohkaffee auf 3 DM vorgeschlagen und gefordert wird. Folgen wir zunächst dem Gedanken der Denkschrift: Es sei infolge der hohen Steuerbelastung und des sich immer stärker ausbreitenden Schwarzhandels kaum noch legal eingeführter Kaffee abzusetzen; seit Weihnachten ruhe das Geschäft nahezu völlig; nach Süddeutschland könne man praktisch überhaupt keinen legal eingeführten Kaffee mehr liefern, da dort 90 Prozent der Versorgung durch illegale Lieferungen gedeckt werden.

Unterstellen wir einmal die Richtigkeit dieser Beobachtungen, dann ergibt sich, daß die Forderung des Kaffeehandels berechtigt ist, berechtigt sowohl im eigenen Interesse wie im Interesse der Staatseinnahmen. Wir wollen zunächst einen Grundsatz betonen, der auch an der Spitze jeder staatlichen Finanzpolitik stehen muß: Wenn der Staat auf eine Ware eine Verbrauchsteuer legt, dann muß er dafür sorgen, daß der legale Handel mit dieser Ware geschützt wird; kann der Staat diesen Schutz nicht garantieren, dann muß er auf eine entsprechende Zollbelastung verzichten. Sagen wir es noch theoretischer: Voraussetzung für ein Gesetz ist, daß es durchgeführt wird und durchgeführt werden kann. Das ist sowohl im Interesse der Autorität des Staates, wie im Interesse des ehrlichen Industriellen und Händlers.

Wir sind durch die Gesetzmacherei im dritten Reich und nach dem Krieg nicht mehr gewöhnt, Gesetze zu befolgen, weil die Gesetze undurchführbar waren. Ob man das Abhören ausländischer Sender verfrischt oder den Kauf oder Verkauf bewirtschafteter Waren ohne Marken, ist im Prinzip das Gleiche. Solche Gesetze werden nicht befolgt. Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der sich nicht oft gegen eines aller der vielen Gesetze dieser Art vergangen hätte. Wenn jede Tat gegen eines dieser Gesetze bestraft worden wäre, dann liefen in Deutschland alle als Vorbestrafte herum.

Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen. Die Autorität des Staates und die Sauberkeit des Geschäfts verlangen, daß illegale Einfuhren unterbunden werden. Nun geben wir zu, daß das leichter gesagt als getan ist. Wir erleben das Gleiche bei den Zigaretten, bei denen illegal mindestens 20 Proz. des legalen Umsatzes auf den Markt kommen. Um den gleichen Prozentsatz handelt es sich beim Benzin, wobei allerdings noch ein illegaler Export berücksichtigt werden muß.

Neben diesen prinzipiellen Forderungen muß finanzpolitisch verlangt werden: Zoll oder Steuer dürfen nicht so hoch sein, daß der Schwarzhandel einen besonderen Anreiz bekommt. Es sind nicht nur wirtschaftsmoralische Gründe, die uns diese Forderung erheben lassen, auch nicht das allgemeine Gejammer, daß die Belastungen zu hoch sind, sondern für die Staatseinnahmen ist ein zu hoher Satz immer ein Verlustgeschäft. Man sieht es ja beim Kaffee: ein zu hoher Satz wird umgangen. Im allgemeinen bringt aber der richtige Satz die meisten Einnahmen für Wirtschaft und Staat.

Man darf nämlich bei diesen Berechnungen auch nicht vergessen, daß die Verluste, wie sie jetzt der Kaffeehandel erlitten hat, weil er aus der Notlage heraus verschiedentlich Zwangsverkäufe unter Einstandspreisen tätigen mußte, praktisch zum größeren Teil aus den Staatseinnahmen gezahlt werden; denn um diesen Betrag vermindert sich der steuerliche Reingewinn entweder im laufenden oder im nächsten Jahr, und der Einkommensteuersatz, den der betreffende Händler hat, zeigt die prozentuale Beteiligung des Staates an dem Verlust an.

Der Vorschlag der Kaffeehändler ist also erwähnenswert. Auf dem Papier bringt er eine Senkung der Staatseinnahmen um mehr als zwei Drittel, aber wenn mit dieser Senkung wieder 30% des Umsatzes im legalen Geschäft getätigt wird, und nicht wie jetzt in Süddeutschland 10%, dann würden die Einnahmen aus Zöllen und Steuern wesentlich höher werden, als heute.

Eins steht fest: so geht es nicht weiter. Der Steuersatz muß herunter. Das Optimum zu finden ist nicht leicht, aber der Staat würde nicht schlecht fahren, wenn er auf den Vorschlag des Kaffeegroßhandels einginge — wie überhaupt die Minister mehr auf die Ratschläge aus der Wirtschaft hören sollten, da sich ja fast generell das wirtschaftlich Richtige auch als das für die Staatseinnahmen Beste und Ertragreichste erwiesen hat.

H.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Handelsbilanz mit uns verhandeln. Insbesondere wünscht sie ein anderes Zahlungsabkommen, „da sonst", wie der englische Rundfunk am Montagabend mitteilte „zwecks Zahlung in Gold notwendig sei", wenn ein Defizit in der Handelsbilanz auftrete.

Südamerika will kaufen

Wir werden in der nächsten Ausgabe anhand sehr genau errechneter Zahlen für eine bestimmte Industrie den Beweis erbringen, daß die Zollsätze in den westeuropäischen Ländern immer noch das 3 und 4fache von den Sätzen ausmachen, die Deutschland bei der Einfuhr dieser Waren berechnet. Viel erfreulicher sind die Nachrichten aus Südamerika. Aus Brasilien und, in den letzten Tagen auch aus Peru, dringt der Wunsch an unsere Ohren, deutsche Maschinen und Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. Insbesondere die großen Industrialisierungspläne in Peru werden uns dort einen Markt erschließen, den wir schon früher gehabt haben. In Peru treffen wir auf die Konkurrenz der USA, die billiger liefern, aber wir haben den Vorzug der kürzeren Lieferfristen. In Jugoslawien treffen wir wieder auf England als Konkurrenten, aber auch hier scheinen die günstigeren Lieferungs- und Zahlungsbedingungen uns einen Vorsprung zu sichern; im übrigen wurde in der Ausschußsitzung bemerkt, daß Jugoslawien nur deutsche Spezialisten eingestellt habe, aber keine englischen.

Maschinenexport

Der Export deutscher Maschinen ist laufend gestiegen, aber er liegt heute erst bei 60% des Vorkriegsvolumens. England dagegen verdoppelte seinen Maschinenexport und die Maschinenausfuhr der USA ist heute 2½mal so groß wie im Frieden. Von der Gesamtproduktion der deutschen Maschinenindustrie werden 10% exportiert gegen rund 18% vor dem Krieg. Auch wir beurteilen die Aussichten des deutschen Maschinenexports gut.

„Times" kritisiert

Wenn die „Times" sich darüber aufhält, daß nur 7% des deutschen Gütewertes exportiert würde, so gestehen wir ihr gern, daß wir uns selbst darüber auch aufhalten, aber dafür nicht allein verantwortlich sind, wie wir jetzt oft in unserem Blatt bereits bewiesen haben. Wenn aber die „Times" im gleichen Atemzug an unseren System der freien Wirtschaft mit der Bemerkung Kritik übt, ein großer Teil der Deutschen könnten heute die Waren, die in den Fenstern der Läden liegen, nicht kaufen, weil die Preise zu hoch seien, dann stellen wir dem die Tatsache der erheblichen Preissenkungen gegenüber, die England aus seinem Land nicht berichten kann. Wenn aber in dieser Bemerkung der versteckte Vorwurf enthalten sein sollte, wir konsumierten zu viel, dann gestatten wir uns zu bemerken, daß wir die Apfelsinen, die wir im Zuge der keineswegs überall in Deutschland gern gesehenen Liberalisierung eingeführt haben, um Exporte überhaupt zu ermöglichen, ja schließlich auch essen müssen und gerade diese Einfuhren haben ja die Preise so enorm verbilligt, weil sie frei hereinkamen — ein Experiment, das auch die Engländer einmal versuchen sollten.

Telefunken klagt in Schweden

Ehe wir jedoch diesen Faden der Preisbildung in Deutschland weiterspinnen, noch 3 wichtige Nachrichten aus dem Gebiet des Außenhandels. In Schweden wird dieser Tage ein Prozeß entschieden, der von prinzipieller Bedeutung ist. Die Firma Telefunken klagt vor einem schwedischen Gericht um den Wiedererwerb ihrer Markenrechte in Schweden. Es geht darum, festzustellen, daß nur die Niederlassung der Firma Telefunken in Schweden berechtigt ist, die Marke Telefunken in Schweden zu benutzen. Daß eine solche Klage überhaupt wieder möglich wurde, nehmen wir als einen Beweis dafür, daß man im Ausland anders zu denken beginnt — ein Silberstreifen am Horizont.

„Finebel" mit Deutschland

In gleicher Richtung dürfen wir eine andere Meldung auffassen: Der Wunsch, Westdeutschland in die „Finebel" einzugliedern. Jedenfalls haben die Benelux-Staaten deutlich erklärt, daß sie zu einer solchen Zollunion nur bereit seien, wenn Westdeutschland mit eingeschlossen würde. Auch Italien hat die Wichtigkeit Westdeutschlands erkannt und das drohende Tollaufen der Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien ist auf das Hinwenden Italiens zu Deutschland als Handelspartner zurückzuführen. Vielleicht kommen diese Verhandlungen nun besser in Gang, wenn feststeht, daß die Mehrheit der Partner für einen Einschluß Westdeutschlands sind.

Winterschlußverkauf

Greifen wir jetzt wieder den Faden auf und sehen uns die Preisbildung in Deutschland an. Der Winterschlußverkauf ist ein guter Anhaltspunkt. Die Preissenkungen waren radikal. Reguläre Ware war teilweise um 30 und 50 Prozent im Preis herabgesetzt, modische Waren bis zu 60 Proz. Es gab Schuhe zu 50 Pfg. Der Umsatz übersteig um 50 und mehr Prozent die Umsätze der besten Weihnachtswochen. Es wurde auch festgestellt, daß vor allem Flüchtlinge die Mittel der Soforthilfe und Spargelder sich für den Ausverkauf aufgehoben hatten. Die Preissenkungstendenz hat aber auch zur Folge gehabt, daß Einzelhandel und Großhandel sehr vorsichtig in den Einkäufen für den kommenden Herbst sind. In verschiedenen Branchen werden die neuen Angebote, die jetzt abgegeben werden, als im Preis zu hoch bezeichnet. Die Tendenz zur Qualitätsware hält allerdings weiter an. Im allgemeinen ist man mit dem Ergebnis des Winterschlußverkaufs sehr zufrieden. Er hat wenigstens zweierlei erreicht: eine billige Bedarfsbefriedigung und erhebliche Verbesserung der Liquidität des Handels.

Freundliche Börsen

An den deutschen Börsen konnte sich im allgemeinen eine richtige Erholung noch nicht durchsetzen. Am 20. Febr. ist noch einmal ein Schröpfungstermin, nämlich die Soforthilfeabgabe. Daher tauchten auch noch am Montag dieser Woche Geldbeschaffungsverkäufe an den meisten Börsenplätzen auf. Viele Kurse waren daher auch am Montag noch rückläufig. Auch die Unsicherheit über den Ausgang der englischen Wahlen spielte mit in diese Stimmung hinein. Es zeigte sich aber im übrigen doch dasselbe Bild wie in den letzten vierzehn Tagen: Die Grundhaltung ist freundlich. Brauereien- und Textilwerte konnten zum Teil sogar ansehnliche Kursbesserungen erzielen. So stieg in München Kolbermoor von 112 auf 115 und Brauerei Wulle in Stuttgart von 59 auf 63. Auch Conti Gummi ging in Düsseldorf um 2 Punkte hinauf. Knorr stieg von 81 auf 83. Von Versorgungswerten war auf allen Börsen RWE gefragt und stieg von 81½ auf 82½. Auch die Großbanken konnten ihre Kurse überall verbessern. (Deutsche Bank 25½, Dresdner 23, Commerz 26½ in Frankfurt.) In Hamburg wurden Schiffahrtsaktien auf Grund des veröffentlichten Schiffbauprogramms lebhafter gehandelt und konnten ihre Kurse verbessern. Schwächer waren durchweg die Schwerindustrie-Werte. Rheinstahl verlor 2½ auf 54, Mannesmann 1½ auf 38, Klöckner 1½ auf 32½ und Stahlverein 1½ auf 31. Auch Bekula verlor 3½ auf 33. Von Elektrowerten lag AEG um ¼% (31¼) und Siemens um 2½% niedriger. Eine gewisse Belebung und Befestigung ist bei einzelnen Pfandbriefen festzustellen. Die Industrie-Obligationen hielten sich.

Die D-Mark veränderte sich in Zürich nicht, dagegen gab es in Brüssel eine kleine Abschwächung. An den freien Devisenmärkten in Deutschland haben sich die Kurse kaum verändert. Der Dollar liegt zwischen 3,19 und 3,20, der Schweizer Franken bei 1,10 in Hannover sogar bei 1 DM) und das Pfund zwischen 10 und 11 DM.

Schlagsahne – noch verboten

Nur mit einem leichten Lächeln kann man die Meldung quittieren, das Bundesernährungsministerium mache darauf aufmerksam, daß das Herstellungsverbot von Sahne immer noch in Kraft sei, auch wenn die Rationierung aufgehoben sei. Es wird allerdings zugegeben, daß dies nicht die Hauptursache der bestehenden Butterknappheit sei. Aber wir finden es doch zu lustig, daß man heute noch an solche Verbote überhaupt erinnert. Dabei ist es teilweise schon so, daß die Milchzentralen froh sind, daß ihnen die Sahne abgenommen wird. Im übrigen sind 2000 t Butter aus Dänemark bereits für die Einfuhr freigegeben und weitere 2000 t werden in den nächsten Tagen aus Dänemark erwartet. Auch aus Schweden, Holland, Ungarn, Österreich wird in der nächsten Zeit Butter hereinkommen.

Umstellung auf Textileinfuhr

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch erwähnen, was der Bundeswirtschaftsminister vor kurzem mitteilte, daß man jetzt plant, die Einfuhren von Lebensmitteln auf Textilien umzustellen, um die große Nachfrage nach Textilien zu befriedigen. Wenn auch, nach Ansicht Erhards, Textilien im Augenblick Konsumgut Nr. 1 sind, so zeigt sich doch jetzt schon, daß der deutschen Textilindustrie in den Einfuhrgütern eine schwere Konkurrenz erwächst. So wird uns berichtet, daß aus England Tweed zu 13 Mark das Meter hier angeboten wird, während die deutschen Textilfabrikanten behaupten, eine Ware dieser Qualität nicht unter 18 Mark herstellen zu können. Man wird also die Zurückhaltung der Konfektion und des Großhandels beim Einkauf neuer Kollektionen versuchen können.

Waggonbau wird gestützt

Der deutsche Waggonbau beginnt sich umzustellen. Er will Bagger, Dieselschlepper und andere Fabrikate herstellen, um seine Belegschaften weiterbeschäftigen zu können. Aber es wird noch ein anderer Weg versucht, um den Waggonbau in Gang zu halten. Die Länder, in denen größere Waggonbaubetriebe liegen, geben der Bundesbahn Kredite mit der Auflage, in Höhe des Kreditbetrages Aufträge an das Waggonbauunternehmen zu geben, das in diesem Lande liegt. Aus dem Arbeitslosenstock ist ein Kredit von acht Millionen für die Kruppschen Betriebe bereitgestellt worden.

Berlin und Hamburg Konkurrenz

Ein kleines Wettrennen ist zwischen Berlin und Hamburg gestartet worden. Beide Städte haben eine Denkschrift an den Bundesfinanzminister gerichtet, den künftigen Sitz des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen in ihre Mauern hereinzuziehen. Berlin behauptet, es könne dieses Amt ohne Schwierigkeiten aufnehmen und es sei ja früher in Berlin gewesen. Hamburg behauptet, daß seit dem Kriegsende das Schwergewicht in der Versicherungsaufsicht für Westdeutschland in Hamburg gelegen habe; denn gegenüber den Aufsichtsämtern in den Ländern der amerikanischen und französischen Besatzungszone habe das Amt in Hamburg die weitaus größte Bedeutung gehabt. Auf das salomonische Urteil des Herrn Finanzministers sind wir gespannt.

H.

Dollar-Devisenbonus kommt

Deutsche Werbekampagne für Chikagoer Messe

Mit einem Pressempfang im Haus des Verbandes der Automobilindustrie in Frankfurt am Main eröffnete das Deutsche Komitee für die Marshallplan-Messe in Chicago vom 7. bis 19. August 1950 eine großangelegte Werbung für die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an dieser Veranstaltung. Im Namen des Komitees gab der bekannte deutsche Industrielle Reinhold Max Krause eine Übersicht über die Bedeutung der internationalen Messe in Chikago und die Chance, die der deutschen Wirtschaft durch die Beteiligung an dieser Messe geboten wird. In eindringlichen Worten betonte Ministerialdirektor von Maltzan in einer kurzen Ansprache, daß der deutsche Kaufmann und der deutsche Industrielle vor der unabwendbaren Notwendigkeit stünden, sich mehr als bisher dem amerikanischen Markt, dem kompliziertesten, aber auch dem reichsten Markt der Welt zu widmen. Die deutsche Wirtschaft müsse alles tun, um die Schere zwischen Dollarausgaben und Dollareinnahmen zu schließen. Es gäbe selbst in einer Produktion, die so reichhaltig sei wie die der amerikanischen Industrie, Lücken, in die der deutsche Export eindringen könne. Gerade ein reiches Land wie Amerika könne der deutschen Ware schon deshalb, weil sie eine andere Ware sei, eine Chance geben.

Ministerialdirektor von Maltzan kündigte in diesem Zusammenhang an, daß schon in den nächsten Tagen mit der Wiedereinführung eines Devisenbonus für die deutschen Ausfuhren zu rechnen sei, soweit diese Ausfuhr Dollars bringe. Die Verhandlungen darüber würden voraussichtlich in den nächsten acht Tagen abgeschlossen. Vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums war eine fünfzigprozentige Freiquote für die Exporteure vorgeschlagen worden. Von Maltzan sagte jedoch, daß mit einem Dollarbonus in dieser Höhe leider kaum zu rechnen ist. Wie verlautet, werden nach der vorgesehenen Regelung aller Exporte nach den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko in der Weise prämiiert werden, daß der Exporteur über einen Teil des Dollarerlöses frei verfügen kann. Da die Banx deutscher Länder sich nicht mit einer Begünstigung der Exporte in das Dollargebiet in dem von Dr. von Maltzan vorgeschlagenen Ausmaß einverstanden erklären will, bestehen gegenwärtig noch Unstimmigkeiten über die Höhe des Dollarbonus. Dr. von Maltzan ist der Ansicht, daß man den Exporteuren „wirklich etwas bieten" muß, wenn das Streben nach Exportsteigerung [illegible] den Dollarraum Erfolg haben soll.

Präsident Sternberg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der deutschen Wirtschaft, gab bekannt, daß die Kosten der Beteiligung an der Marshallplanmesse in Chikago 72 Dollar je qm Ausstellungsraum betragen werden. In diesen Kosten sind alle Ausgaben inbegriffen, einschl. Transport der Ausstellungsgüter, Wertung usw., nicht jedoch die Kosten für persönliche Ausgaben der Aussteller. Der normale Stand eines Ausstellers soll einen Umfang von 10 qm haben, aber es sollen auch kleinere Firmen die Möglichkeit haben, zu mehreren einen Stand gemeinsam zu mieten. Bereits jetzt liegen zahlreiche Anmeldungen aus der deutschen Industrie vor. In erster Linie aus Kreisen der Industrie für Spezialmaschinen, der optischen und feinmechanischen Industrie, aus Kunsthandwerk, Spielzeugindustrie, Keramik und Textilindustrie. Obwohl an sich die Meldungen bereits bis zum 15. Februar erfolgt sein sollen, werden Firmen, die sich noch beteiligen wollen, gebeten, sich an das Deutsche Komitee für die Marshallplanmesse, Frankfurt/Main, Wielandstraße 43, Telefon 52201, zu wenden.

In einer lebhaften Aussprache wurde mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Stimmung in den USA gegenüber Deutschland sich gewandelt habe. Das größte Spielwarengeschäft in New York habe zur Weihnachtszeit ein großes Schaufenster unter das Motto „Spielwaren aus Deutschland" gestellt und Warenhäuser weisen in Zeitungsannoncen ausdrücklich darauf hin, daß eine neue Ladung „Scheren aus Solingen" eingetroffen sei. Das sei vor einem Jahr in Amerika noch nicht möglich gewesen. Die deutsche Beteiligung an der Marshallplanmesse in Chikago stehe unter einem unvergleichlich günstigeren Stern als noch die Ausstellung in New York im April 1949. Amerika habe eingesehen, so berichtete von Maltzan über eine Unterredung, die er mit dem Marshallplanadministrator Hoffman am 31. Januar in Paris hatte, daß es der europäischen Ware einen größeren und freieren Markt geben müsse. Auch mit einer Senkung der amerikanischen Zölle, die bisher gerade der deutschen Ware ein großes Hindernis in den Weg legten, sei in absehbarer Zukunft zu rechnen. Auf diesem Wege werde Chikago eine Chance für die deutsche Ware sein.

Wer auch nur die geringste Aussicht sieht, durch Chikago irgendeinen, wenn auch noch so bescheidenen Erfolg zu erzielen, sollte daher allerschnellstens ernsthaft die Frage prüfen, ob es für ihn nicht trotz aller Bedenken zweckmäßig ist, diesmal mit von der Partie zu sein, das waren die Schlußworte der Ansprache, mit der Herr Krause den Startschuß für Chikago gab.

•

Eine Beteiligung an der für die Zeit vom 7. bis 19. April 1950 vorgesehenen Chikagoer Messe wird in Kreisen der Solinger Exporteure als wenig erfolgversprechend angesehen, wurde anläßlich einer Sitzung des Außenhandelsausschusses der Solinger Industrie- und Handelskammer erklärt. Man ist offenbar der Ansicht, daß die Steigerung der Ausfuhr nach den USA nur durch eine wesentliche Herabsetzung der amerikanischen Zölle erreicht werden können.

•

Der Plan, den Exporteuren entweder 15% Exporterlöse von dem Dollarraum zur freien Verwendung oder 50% mit beschränkter Verwendungsmöglichkeit zu überlassen, ist nach unseren neuesten Informationen als überholt anzusehen. In den für diese Tage vorgesehenen Besprechungen zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bank deutscher Länder wird die Grundlage für einen neuen Entwurf ausgearbeitet werden, der einen einheitlichen Devisenbonus für Exporte nach Dollar-Ländern in einer Höhe vorsehen soll, die zwischen 15 und 50% liegt. Die freie Verwendungsmöglichkeit wird deshalb beschränkt werden müssen, weil hiergegen von landwirtschaftlicher Seite, aber auch in einigen industriellen Bezirken Bedenken bestehen. Da ein 15%iger Devisenbonus mit beschränkter Verwendungsmöglichkeit keinen ausreichenden Anreiz zur Übernahme der Exportanstrengungen in den Dollar-Ländern darstellen würde, sieht man sich gezwungen, einen darüber liegenden Satz anzustreben. Hinsichtlich der freien Handelbarkeit werden schwerlich die währungspolitischen Bedenken der BdL zu zerstreuen sein. Sobald der neue Entwurf fertiggestellt ist, wird er der Hohen Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden.

Deutsches Zinn für Ägypten

In Kairo verlautet, daß verschiedene westdeutsche Firmen Ägypten Zinn gegen Pfund Sterling-Zahlung angeboten haben, erklärte der Handels-Attaché der ägyptischen Botschaft in London. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um Lohn- und Eigenveredelungsgeschäfte der deutschen Zinnhütten, erfahren wir aus Kreisen der NE-Metall-Industrie.

Neue Rumänien-Geschäfte

Das beiderseitige Interesse am Wiederaufbau des deutsch-rumänischen Handels ist unvermindert stark. Im Bundesanzeiger ist vor einigen Tagen von neuem ein Betrag von 1 134 000 Dollar zur Einfuhr aus Rumänien ausgeschrieben worden, und zwar 1 Mill. Dollar für lebende Schlachtschweine, 114 400 Dollar für frischgeschlachtete Schweinehälften und 50 400 Dollar für Ochsenviertel. Der interministerielle Einfuhrausschuß hat zwar zwei Tage später diese Ausschreibung wieder zurückgezogen, weil sie noch nicht im Einfuhrausschuß behandelt worden war, doch haben diese Gegenseitigkeitsgeschäfte, in deren Rahmen Westdeutschland vornehmlich Fertigwaren liefern wird, Aussicht auf Realisierung. Da gegenwärtig noch keine handelsvertraglichen Bindungen zwischen Westdeutschland und Rumänien bestehen, ist nur der Weg der Gegenseitigkeitsgeschäfte offen. Wie wir aus dem an Rumänien-Geschäft interessierten Kreise erfahren, sind weitere Geschäfte dieser Art geplant.

Optische Industrie erhält Exportquote

Der Exportanteil der Produktion der westdeutschen optischen Industrie stieg im Dezember auf 35% wird von Verbandsseite gemeldet. Die Exportquote hatte 1948 ungefähr 8% und zu Anfang 1949 etwa 12½ betragen. Vor dem Kriege wurden 25 bis 30% exportiert.

Maschinenindustrie über Österreichexport enttäuscht

Vertreter der bayerischen Maschinenindustrie äußerten sich enttäuscht über den bisherigen Umfang des traditionellen bayerischen Maschinenexports nach Österreich. Insbesondere wurde der von Österreich angewendete Schillingskurs als zu hoch angesehen, weil Zweifel darüber bestehen, daß Österreich diesen ungünstigen Kurs bei allen Ländern, aus denen es Maschinen bezieht, festgesetzt hat. Eine weitere Schwierigkeit sind die bisher geringen Guthaben österreichischer Firmen in Deutschland, da die hohen österreichischen Inlandspreise den Export nach Deutschland erschweren. Hier erhoft sich die Maschinenindustrie eine allmähliche Besserung durch die Schillingabwertung. Von deutscher Seite würde nach Ansicht der Maschinenbauindustrie vor allem die Erweiterung des Reiseverkehrs nach Österreich zur Besserung der Lage beitragen. Besonders fühlbar sei der Exportrückgang nach Österreich bei stationären Verbrennungsmotoren, Landmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Präzisionswerkzeugen, Bäckereimaschinen, Backöfen usw., sowie bei den in Österreich dringend benötigten Ersatzteilen für deutsche Maschinen, wird weiter betont.

Der Exportanteil am Umsatz der bayerischen Maschinenindustrie ist seit dem 1. Halbjahr 1947 ständig angestiegen und hat sich im Dezember 1949 mit gut 11% dem Vorkriegsanteil weitgehend angenähert (1947: 1%, 1. Halbjahr 1948: 2%, 2. Halbjahr 1948: 3%, 1. Halbjahr 1949: 5%, 2. Halbjahr 1949: 6%).

Pforzheimer Schmuckindustrie erhält zu wenig Gold

Die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie klagt darüber, daß die Zuteilung von Gold in letzter Zeit wieder ganz unzureichend geworden ist. Altgold könne zwar heute frei angekauft werden, aber nur über dem amtlichen Ankaufspreis für Industriegold. Der Ankauf für freies Gold ist allerdings in den letzten Monaten von über 10 DM auf jetzt rund 8 DM pro Gramm Feingold zurückgegangen. Doublewaren wurden teilweise ohne Goldzuteilung verkauft. Die Ausfuhr von Schmuckwaren sei nach wie vor schwierig, weil die Abnehmerländer Schmuckwaren zum großen Teil nicht hereinlassen.

Westdeutschlands Käufe von südafrikanischer Wolle

Deutschland erwarb etwa 4,75 Millionen Kilogramm von dem Angebot an ungewaschener südafrikanischer Wolle im zweiten Halbjahr 1949 und war damit nach den USA und Großbritannien der drittgrößte Käufer.

Das vorherrschende außerordentlich hohe Preisniveau wird neben dem gestiegenen Weltverbrauch an Wolle auf die wiederentstandene Nachfrage in Deutschland und Japan zurückgeführt.

Steg-Vertrag mit Jugoslawien

Die Steg hat vor einigen Tagen mit Jugoslawien einen Vertrag über die Lieferung von Nachrichtengeräten im Werte von 38 500 Dollar abgeschlossen, wie von der Steg-Hauptverwaltung in Stuttgart verlautet. Bereits vor längerer Zeit konnte die Steg 4500 amerikanische Kraftfahrzeuge an Jugoslawien verkaufen.

Luftfrachten in DM

Luftfrachtsendungen ins Ausland werden jetzt durch die British European Airways (BEA) und die königlich niederländische Luftverkehrsgesellschaft (KLM) gegen Zahlung der Luftfracht in DM von allen Plätzen Deutschlands aus angenommen, wie die KLM am Freitag in Hamburg mitteilte.

Kapital kann nur gespart werden

Ein Vortrag von Dr. Schmidt über aktuelle Fragen der Geld- und Kreditpolitik

Vor geladenen Gästen der Bayerischen Kreditbank Nürnberg sprach Dr. E. W. Schmidt, Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank in Düsseldorf über aktuelle Fragen der Geld- und Kreditpolitik. Schmidt ging davon aus, daß das Jahr 1949 zwar einen sehr erfreulichen wirtschaftlichen Aufstieg gebracht hatte, daß Deutschland aber nach wie vor mit einer Reihe Probleme belastet sei, die es zum Teil nicht aus eigener Kraft lösen könne, so den Verlust von einem Drittel seiner Ernährungsbasis, die Unterbringung der Ostflüchtlinge, den Kapitalmangel und die Einbuße von ausländischen Absatzmärkten. Bei einer Versorgung mit Investitionsgütern, die jetzt 69 v. H. und mit Konsumgütern, die jetzt etwa 72 v. H. des Standes von 1936 erreicht habe, seien wir noch immer ein gutes Stück hinter einer normalen Versorgung zurück.

Die „Times" habe kürzlich hervorgehoben, daß die Situation der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten nächst dem Dollarmangel Europas ernstestes Problem sei, und es sei zu hoffen, daß sich diese Erkenntnis bald allgemein durchsetze und dazu führe, Westdeutschland entsprechend bei der Verteilung der Marshallplanhilfe zu berücksichtigen. Trotz bedeutsamer Fortschritte, zumal auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, seien rund 20 Millionen Menschen im Bundesgebiet auf die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel angewiesen.

Schmidt stellte die Frage, ob sich die Aufwärtsentwicklung, insbesondere nach der Währungsreform auf Grund einer aktiven Kreditpolitik oder trotz ihrer Fehlerse vollzogen habe.

Der Zahlungsmittelumlauf von rund 7 Milliarden DM am Jahresende 1949 habe ausreichte des damaligen Umfangs des Sozialprodukts und im Hinblick auf das Preisniveau nichts Beängstigendes an sich. Hinsichtlich der Kreditrestriktionen könne man rückblickend feststellen, daß eine Bedürftigkeit der Bankkredite auf den Stand von Ende Oktober 1948 tatsächlich nicht ernsthaft versucht worden sei. Immerhin sei den damaligen Maßnahmen eine gewisse Bremswirkung nicht abzusprechen. Die Kreditbanken seien in das Jahr 1949 mit einem Bestand an Krediten aller Art in der Größenordnung von etwa 3 Mrd. DM eingetreten. Im Laufe des vergangenen Jahres habe dann der Abbau der Kreditrestriktionen eine geradezu stürmische Ausweitung des Bankkredites zur Folge gehabt. Hätten die Kredit-Engagements Ende Januar 1949 die 3-Milliarden-Grenze gerade überschritten gehabt, so erreichten sie im Juli bereits 4 und im Oktober 1949 sogar 5,2 Mrd. DM. Gegenüber einer derartigen Zunahme um rund 80 v. H. könne man nicht gut behaupten, daß die kurzfristige Kreditpolitik eine deflationistische Tendenz verfolgt habe. Leider hätten aber die Einlagen bei den Banken nicht im gleichen Tempo zugenommen. Die Einlagen auf Freikonten betrugen Ende Januar 1949 3,4 Mrd., Ende Oktober 1949 4,7 Mrd. DM.

Die Depositenbildung sei gemessen an der Größe des Kreditbedarfs unzureichend. Eine Kredit-Expansion über die Notenbank sei nur über die Rediskontierung möglich. Der Gesamtbestand des Zentralbanksystems am Wochesin habe aber Ende September 1949 nur 5,3 Mrd. ultimo 46 1,4 Mrd. und am 30. 1. 49 2,9 Mrd. DM betragen. Es fehle aber ein entsprechend großes Angebot von diskontfähigen Wechsel aus der Wirtschaft und die Wiederinsetzung des Warenwechsels in seine Funktion müsse verstärkt propagiert werden, zumal es ein organischer und währungspolitisch ganz unbedenklicher Weg sei. Der echte Handelswechsel sei das gesehene Finanzierungsinstrument für die Produktion, weil er die Sicherung des gewährten Kredits aus dem Produktionsergebnis biete. Wie groß der Unterschied hinsichtlich der Wechselmenge in den einzelnen Ländern sei, zeige ein Vergleich zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen, die Ende Oktober 1949 100 Mill. DM bzw. 700 Mill. DM Wechselbestand aufwiesen.

Scharf müsse der Komplex des kurzfristigen Kredits von dem des langfristigen geschieden werden, was in der öffentlichen Diskussion häufig nicht der Fall sei. Westdeutschland habe einen ungeheuren echten Kapitalmangel und es sei nicht zu verstehen, wie von einem künstlichen Kapitalmangel gesprochen werden könne. Es sei ein Trugschluß, daß man über die Kreditschöpfung mehr Geldkapital schaffen könne, zumal die Ausweitung der Produktion, die damit beabsichtigt werden solle, zum Teil durch die vom Ausland erfolgte Rohstoffversorgung gar nicht beliebig erfolgen könne. Auch die Arbeitslosigkeit sei weniger ein Konjunktur- als ein Strukturproblem, das entscheidend durch die 8 Millionen Flüchtlinge hervorgerufen sei.

Schmidt setzte sich sodann kritisch mit den Vorschlägen für eine zusätzliche Geldschöpfung, die vom Institut für Wirtschaftsforschung in München befürwortet worden sei, auseinander. Das Institut habe drei Wege vorgeschlagen, um den von ihm errechneten notwendigen Betrag von 2,5 Mrd. für das erste Halbjahr 1950 zu schaffen, 1. durch die Wiederbelebung der „Schatzanquote", die aber nur im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich erfolgen könne; 2. durch Auslandskapital und 3. durch Schaffung zusätzlicher Kreditmittel über die Zentralbank. Dabei verlange das Institut nicht weniger als 10% des gesamten heutigen Geldvolumens (Bar- und Giralgeld). Auf die Gefahr hin, für orthodox und altmodisch gehalten zu werden, vertrete Schmidt als Realist die Auffassung, daß Kapital nicht „gedruckt" werden kann, sondern erarbeitet werden müsse.

Bei den GARIOA- und ERP-Geldern handle es sich um eine politische Kapitalzufuhr, die administrativ gelenkt würde, woraus sich die Verzögerungen bei der Zuteilung der Kredite seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum großen Teil ergäben. Um so dringender müsse der deutsche Unternehmer die Kommerzialisierung der Kapitalzufuhr wünschen. Die Aspekte für private Auslandskredite seien nicht günstig. Sie seien aber mit einem politischen Risiko belastet, das nicht ohne weiteres mit einem höheren Zinssatz in Rechnung gestellt werden könne; es werde auch häufig übersehen, daß in den Ver. Staaten gute Kapitalanlagemöglichkeiten reichlich auf Verfügung stehen. 850 an der New Yorker Börse notierte Aktienwerte haben zur Zeit eine Rendite von 8 und mehr Prozent erbracht. Das werde zu gegebener Zeit bei den Einzelnen für Kapitalanlagen in Deutschland in Erscheinung treten. Eine Reform des deutschen Aktienrechtes sei dringend geworden. Der Einfluß der Aktionäre und die Rechte der Hauptversammlung müßten verstärkt werden, damit der Erwerb von Aktien wieder attraktiv wird, was für ausländische Kapitalgeber wie für inländische Anleger gelte. Bei einem Investitionsvolumen des Jahres 1949 von rund 19 Mrd. DM seien nach vorsichtigen Schätzungen im dritten Quartal 2,7 Mrd. Netto-Investitionen erfolgt, deren Aufbringung zu etwa 40% aus der Selbstfinanzierung stamme, während auf dem Markt untergebrachte Emissionen nur 65 Mill. erbracht haben. Die notwendige Korrektur dieses „Zwangssparens", das vornehmlich ja doch den Konsumenten belastet, müsse über die Steuerreform erfolgen. Es sei in dem Zusammenhang bewundernswert, wie der mißhandelte deutsche Sparer aktiv werde. Der Einzahlungsüberschuß bei den westdeutschen Sparkassen werde für das laufende Jahr etwa 350 Mill. DM erreicht haben. Kaufkraftmäßig sei das allerdings nur etwa 10% der Vorkriegs-Sparrate. Von einer Neubildung des Kapitalmarktes im eigentlichen Sinne könne überhaupt noch nicht gesprochen werden. Das Ergebnis der Anleihezeichnungen habe den Erwartungen in keiner Weise entsprochen.

Schmidt schloß mit einer Schweizer Stimme von Bankseite, die letzten Monate hätten einen stetigen wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands gebracht. Die Deutschen hätten ihre Konsumfreudigkeit zugunsten des Wiederaufbaues stark eingeschränkt und bei verhältnismäßig kümmerlichem Leben die einzelnen Investitionen für mindestens 30 Mrd. DM seit Kriegsende gemacht, wie sie keine staatliche Planung jemals zu Wege gebracht haben würde. Die Schweizer Bank ist der Meinung, daß, wenn die deutsche Außen- und Innenpolitik ihren Kurs der Mitte beibehalte, die Schweiz in 3 bis 5 Jahren wieder einen voll konkurrierenden und voll konsumierenden Nachbarn haben werde. Nach der bisherigen Entwicklung, so schloß der Redner, dürfe man berechtigtes Vertrauen zu dieser Prognose haben.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veilchenstraße 16. Geschäftsführer: Dr. Hans Heiser, Karlsruhe. Zurzeitiges Verlagsportfolio Billingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstraße 16. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig. — Satz und Druck: Badenia-Druck G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Saar-Autonomie kostet Milliarden

Riesige Kosten des Saarstatuts — Ungeheurer Steuerdruck — Der Etat wird immer größer

Während der diesjährigen Haushaltsdebatte im saarländischen Landtag drohte der sozialdemokratische Fraktionsführer der Regierung mit den Worten: „In der französischen Nationalversammlung ist während der Haushaltsdebatte mehrmals die Vertrauensfrage gestellt worden." Es blieb bei der Drohung. Ein Abgeordneter der Demokratischen Partei sagte warum: „Die saarländische Regierung hat es leicht, sie braucht die in Frankreich durchgesetzten neuen Steuerbelastungen nur zu übernehmen und auf Grund dieser Bindung nicht selbst für neue Steuern einzutreten." Diese für eine Regierung, die in ihren Proklamationen großen Wert auf die Tatsache ihrer Selbständigkeit legt, groteske Lage, findet ihre Abrundung in einer gemischten saarländisch-französischen Haushaltskommission. Sie besteht aus dem französischen Finanzminister oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem, sowie zwei weiteren von der französischen und drei von der saarländischen Regierung ernannten Mitgliedern. Sie beschließt mit Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Durch diesen Mechanismus hat sich Frankreich eine doppelte Einflußmöglichkeit auf die Gestaltung der saarländischen Staatsfinanzen gesichert. Der französische Hochkommissar kann einmal, ob nun Saarregierung und Saarlandtag damit einverstanden sind oder nicht, die Bereitstellung von Mitteln für gewisse Aufgaben anordnen. Die Gemischte Kommission kann andererseits Anordnungen auf der Einnahmeseite des Haushaltes treffen. Aus dieser Rechtslage erklärt es sich, daß der saarländische Landtag auch für das Jahr 1950 wieder der unter französischer Verwaltung stehenden Saar-Eisenbahn einen Betrag von 2,6 Mrd. Fr. zur Verfügung stellte, ohne daß ihm auch nur Einblick in die Rechnungsunterlagen dieses Betriebs gewährt worden wäre.

Finanzielle Unklarheiten

Nicht immer ist es so klar ersichtlich, welche Ausgaben oder auch Einnahmen auf Initiative der französischen und welche auf die der saarländischen Dienststellen zurückgehen. Nur bei den Ausgaben, die direkt die französische Verwaltung, die Aufrechterhaltung der französischen Kontrolle und den Unterhalt des französischen Militärs im Lande betreffen, ist dies der Fall. Im Saar-Haushalt 1950 ergibt das die runde Summe von 1,5 Mrd. Fr. Hinzu kommen die Kosten der saarländischen Verwaltungen, der Ministerien, des Landtags, eines aufgeblähten Polizeiapparates und des Saar-Bataillons mit 3,5 Mrd. Damit belaufen sich die Kosten des derzeitigen Saar-Statuts auf 5 Mrd. Das sind mehr als 20 Prozent des ordentlichen Haushalts. Darin sind nicht enthalten die Kosten, die der Saarregierung aus der Errichtung und Unterhaltung von Verwaltungsstellen entstehen, die sich zusätzlich aus dem wirtschaftlichen Anschluß ergeben. Nicht enthalten sind ferner die Kosten für die französische Zollverwaltung einschließlich der Pensionen, die den ehemaligen Beamten dieser Verwaltung und deren Angehörigen bezahlt werden müssen. Nicht enthalten ist ferner der Zuschuß an die Saarbahnen und der Steuerausfall des bedeutendsten saarländischen Vermögenswertes, der Saargruben. Nicht enthalten sind ferner die versteckten und auf Anordnung des Hochkommissariats sonst noch eingesetzten Ausgaben. Diese Kosten bzw. Ausfälle übertreffen aber bei weitem die Summe von fünf Milliarden Franken. Bedenkt man nun, daß das Saargebiet, das nie ein selbständiges Staatsgebilde gewesen ist, einmal vom Regierungspräsidium Trier mitverwaltet wurde, bedenkt man ferner, daß seine Bevölkerungszahl etwa der Marseilles entspricht und um 800 000 noch niedriger ist als die Hamburgs (Vorkriegsstand), dann begreift man, in welchem Maße Volksvermögen hier vergeudet wird.

Doppelter Monatslohn als Steuerlast

Der Steuerdruck ist entsprechend. Er beträgt pro Kopf der Bevölkerung, vom Baby bis zum Greis 27 000 Fr. Der durchschnittliche Effektivlohn eines gelernten Arbeiters liegt bei 14 000 Fr. im Monat. Damit entspricht das durchschnittliche Steueraufkommen fast dem doppelten Monatslohn eines gelernten Arbeiters. Das ist nur möglich dank des sprichwörtlichen Fleißes der saarländischen Bevölkerung und des wirtschaftlichen Aufstiegs, den das Land genommen hat und den es bei mehr Freizügigkeit gegenüber Deutschland weiter nehmen kann und nehmen muß. Denn die Saarregierung geht ohne finanzielle Reserven in das neue Haushaltsjahr. Bei finanzieller Not und wirtschaftlicher Stärke ist die Weiterführung der Staatsgeschäfte nur auf dem Anleihewege möglich. Es hat sich aber gezeigt, daß das Ausland mit Anleihen bis zur Klärung des staatsrechtlichen Zustandes zurückhält und daß Frankreich kaum dazu in der Lage ist. Natürlich ist man sich in Saarbrücken dieser Schwierigkeiten bewußt. Nicht von ungefähr drängt der Landtag auf Senkung der enormen Verwaltungskosten durch Einsparung in der Stellenbesetzung. Aber wo er 163 Stellen streichen will, muß er durch die Schaffung einer eigenen Polizei, die die saarländisch-deutsche Grenze zu bewachen haben wird, mehr als die doppelte Zahl neu einsetzen.

Etat für 1950 um 30 Prozent höher

Der saarländische Etat zeigt entsprechend eine steigende Tendenz. Für das Jahr 1950 beträgt sie fast 30 Prozent. Die lassen sich nicht nur, wie das in Saarbrücken üblich geworden ist, aus vermehrten sozialen Lasten erklären. Die Saar-Autonomie kostet die Saar-Bevölkerung jährlich Milliarden ihres Volksvermögens. Dabei ist einmal mehr vorausgesetzt, daß es sich um eine wirkliche Autonomie handelt. Indessen zeigt der eingangs ausgeführte Punkt der Etatsbestimmung, das Grundrecht aller Parlamente, wie es damit im Saargebiet bestellt ist. Ähnlich liegen die Dinge auf anderen Gebieten. Und das ist richtig so. Denn diese Rechtsverhältnisse entsprechen den tatsächlichen Machtverhältnissen in diesem Gebiet. Das Saarland kann nie Frankreich gleichberechtigt sein. Deswegen gibt es für Frankreich nur 3 ehrliche Lösungen der Saarfrage: die Annektion dieses Gebietes oder seine gemeinsame Verwaltung mit Deutschland, Frankreich hat auf die erste Lösung feierlich verzichtet. Es sollte deshalb von dem zynischen Weg der versteckten Annektion ablassen und gemeinsam mit Deutschland an der Saar ein Exempel europäischer Zusammenarbeit statuieren. Das ist nicht nur ein Gebot politischer, das ist auch, wie die Milliarden auf der Passivseite des Saaretats zu ihrem Teil lehren, ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Steuer-Erhöhung

Auf Grund des französischen Finanzgesetzes wurde die Produktions- und Transportsteuer auch im Saargebiet wesentlich erhöht. Beträgt sie bei der Produktionssteuer in den verschiedenen Sätzen jeweils etwa ein Prozent, so macht es bei der Transportsteuer gleich neun Prozent aus. Von dieser sind alle Waren- und Personentransporte, die mit Kraftfahrzeugen ausgeführt werden, betroffen.

Die Saar im Marshallplan

Die Verwaltung der der Saar zugebilligten Marshallgelder liegen in Händen des französischen Hochkommissariats in Saarbrücken. Dieses stellte auch in Paris den Antrag auf eine Zuteilung von 5,8 Milliarden Franken für das Saarland. Indessen wurden dem Saargebiet nur 3,45 Mrd., eine Zahl, die zwar der Bevölkerung, nicht aber der wirtschaftlichen Kapazität dieses hochindustriellen Gebietes entspricht, zugebilligt. Aber auch von dieser Summe wurden bisher nur 2,27 Mrd. wirklich ausgezahlt. Im einzelnen haben an den Marshallgeldern profitiert die unter französischer Verwaltung stehenden Eisenbahnen mit 800 Mill., die der Gaze de France angeschlossene Saar-Ferngas-A.G. mit 679 Mill., die saarländische Energiewirtschaft mit 800 Mill., die Schiffahrt mit 60 Mill., öffentliche Arbeiten mit 40 Mill., das unter Sequester stehende Neunkircher Eisenwerk mit 539 Mill. und die saarländische Industrie ohne Hüttenindustrie mit 293 Mill. Haben so die französisch verwalteten oder kontrollierten Betriebe den Löwenanteil an der Saar-Marshallhilfe erhalten, so haben saarländische Privatfirmen ihrerseits auch bezüglich der Marshallplan-Kredite eine gewisse Zurückhaltung bewahrt, da ihnen die Kreditbedingungen nicht exakt und der Zinsfuß von sieben Prozent zu hoch erschienen. Inzwischen hat sich der französische Hochkommissar Gilbert Grandval bereiterklärt, in Paris über die beantragte Summe von 5,8 Mrd. Fr. hinaus noch weitere 2,4 Mrd. zu beantragen. Für die Beurteilung der erwähnten Ziffern ist es wichtig zu wissen, daß weder in die Anfrage- noch in den Zuteilungsziffern die Beträge der „Régie des Mines de la Sarre" erhalten sind.

Grundbesitz des Reiches wird zurückgegeben

Wie das saarländische Finanzministerium mitteilt, steht die Übergabe des Grundbesitzes des Reiches, der Länder und der Provinz innerhalb des Saargebietes durch das französische Hochkommissariat an die Saarregierung bevor.

Die Saar und der deutsch-französische Handelsvertrag

Die überaus Bestimmungen des deutsch-französischen Handelsvertrags haben in saarländischen Wirtschaftskreisen lebhafte Genugtuung ausgelöst. Ist der Handel mit Deutschland für Frankreich ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, so stellt er für das Saargebiet trotz seines Anschlusses an Frankreich wegen seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland eine Lebensnotwendigkeit dar. Mit dem neuen Handelsvertrag hat die Saarwirtschaft wieder die Möglichkeit zum Bezug von Maschinen- und Ersatzteilen, von landwirtschaftlichen Maschinen, großen Werkzeugmaschinen und insbesondere Turbinen aus Deutschland. Die saarländischen Apotheken und Krankenhäuser können wieder mit den so sehr vermißten deutschen Medikamenten beliefert werden. Auch der Austausch von deutschen und französischen Automobilen wird dadurch wieder möglich. Das ist für das Saargebiet besonders wichtig, da es trotz des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich vorwiegend noch mit deutschen Kraftfahrzeugen ausgestattet ist.

Französisch-saarländische Binnenschiffahrts-Konvention

Das saarländische Wirtschaftsministerium hat der französischen Regierung den Abschluß einer von ihm ausgearbeiteten Binnenschiffahrts-Konvention vorgeschlagen. Dieser Schritt wurde nötig, um eine Gleichstellung der durch den Krieg hart angeschlagenen Saar-Schiffahrt mit den französischen Schiffern bei der Befrachtung in Frankreich zu erreichen. Vor dem Krieg verkehrten auf der Saar etwa 382 Frachtkähne mit einem Fassungsvermögen bis zu 300 Tonnen. Hiervon wurden 157 entweder durch die Wehrmacht verschleppt oder später unter Sequester gestellt. Die auf der Saar verbliebenen 125 Kähne wurden zum Kriegsende sämtlich versenkt. Von den versenkten Kähnen wurden bisher 68 wieder gehoben und instandgesetzt, 36 abgewrackt, während sich weitere 21 noch in Reparatur befinden. Von den verschleppten Schiffen konnten bisher 47 zurückgeführt werden. Damit befinden sich noch außerhalb des Saargebietes 110 Saarkähne, wovon 33 abgewrackt und sechs so umgebaut wurden, daß sie für die Saar unbrauchbar geworden sind. Der Rest ist nicht mehr feststellbar.

Anschluß auch an die Luft

Die saarländische Regierung hat für das Jahr 1950 einen Betrag von über 30 Mill. Fr zur Anlegung eines Flughafens ausgesetzt. Geklärt ist indessen noch nicht, wo dieser Flughafen angelegt werden soll. Bereits im Laufe des letzten Jahres hat die Saarregierung sich intensiv darum bemüht, einen Anschluß des Saargebietes an das Luftverkehrsnetz zu erwirken. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß keine Luftverkehrsgesellschaft bereit war, den vorhandenen Hafen in St. Arnual, der als Landepunkt vorgesehen war, anzufliegen, weil ihnen dieser Flugplatz zu verkehrsunsicher erschien.

Lebenshaltungskosten

Die Lebenshaltungskosten im Saarland sind im Januar gegenüber dem Vormonat um etwa 1% zurückgegangen. Fleisch, Fleischwaren, Milch, halbfetter Käse und Eier sind billiger geworden.

Bausparen

Von der saarländischen Bausparkasse wurden 1949 5778 Bausparverträge mit einer Gesamtsumme von 6,3 Milliarden Francs abgeschlossen. Die Verhandlungen wegen einer Übernahme der alten Bausparverträge, die noch auf Reichsmark lauten, sind noch nicht abgeschlossen, wie es in einem Bericht des saarländischen Wirtschaftsministers heißt.

UNSER DIENST AM KUNDEN

Motoren unterliegen dem Verschleiß. Hier gibt es keine Ausnahmen. Die besondere Wirtschaftlichkeit des Fordwagens aber wird durch unseren Austausch-Dienst unterstrichen. Wir liefern bei Abgabe des alten Motors einen Original-Austausch-Motor. Auch für diesen leisten wir volle Garantie wie für alle unsere neuen Motoren.

NEUE PREISE
für
ORIGINAL FORD AUSTAUSCHMOTOREN

1,2 l Austauschmotor DM 390,–
1,5 l Austauschmotor DM 460,–
2,5 u. 3,9 l Austauschmotor DM 690,–

In den Werkstätten unseres überall verbreiteten Ford-Dienstes erfolgt der Austausch der Motoren durch erfahrene Spezialisten in wenigen Stunden.

F O R D

FORD WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Am Samstagnachmittag müssen die Geschäfte offenbleiben

Auf Wunsch der Gewerkschaften soll der umstrittene „freie Nachmittag" im Handel jetzt gesetzlich festgelegt werden. Die Gewerkschaft „Handel, Banken und Versicherungen" hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem alle Läden im Bundesgebiet grundsätzlich Samstag um 13 Uhr schließen sollen.

Ben Akiba würde sagen: Es ist alles schon dagewesen. Im Dritten Reich sind ähnliche Wünsche vorgetragen und beinahe realisiert worden. Ob diese Spinnerei, in denen man nun die Reise fortsetzen will, schrecken sollten oder nicht, wollen wir dem Urteil der Leser überlassen. Wirtschaftspolitisch gibt es für diese Forderung nur eine einzige Antwort: Nein. Für Banken und Versicherungen ist der freie Samstagnachmittag ohne Schaden der Wirtschaft und des Geschäfts dieser Branchen durchführbar. Bei den Banken hat der Nachtresor das ergänzt, was noch fehlte. Jedoch der Einzelhandel muß Samstagnachmittag seine Geschäfte geöffnet halten.

Wieder eine prinzipielle Bemerkung zuvor: Die Bundesregierung bereitet ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vor. Eine der größten Beschränkungen des Wettbewerbs liegt in der Festsetzung der Ladenzeiten. In einer freien Wirtschaft kann jeder sein Geschäft offenhalten, wann und so lange er es für richtig hält. Dabei kann die 48-Stunden-Woche für die Angestellten durchaus gewahrt bleiben. Entscheidend ist, daß man den Laden zu einer Zeit offenhält, die am liebsten von den Kunden zum Kauf benutzt wird. Der Einzelhandel ist nämlich für den Kunden da und nicht der Kunde für den Einzelhandel.

Das sind gute alte Lehren, die wir leider verlernt haben, weil bis vor 1½ Jahren der Kunde dem Einzelhandel nachlaufen mußte. Daß das Bild sich inzwischen gewandelt hat, dürfte sich herumgesprochen haben. Der Samstagnachmittag aber ist für viele die einzige Zeit, in der sie einkaufen können; er ist außerdem der Einkaufstag der Familie. Nimmt man einem großen Teil des Publikums die Möglichkeit am Samstagnachmittag, dann ist dies unsozial. Es gibt nämlich für sozial nur eine Definition: größt- und bestmögliche Bedarfsbefriedigung. Mit demselben Recht, mit denen die Angestellten den freien Samstagnachmittag fordern, könnten die Straßenbahner, die Eisenbahner, die Angestellten des Gastwirtsgewerbes und der Kinos diese Forderung erheben. Was nützt es aber einem Einzelhandelsangestellten, wenn er Samstagnachmittags frei hat und keine Straßenbahn fährt und kein Kino ist auf und irgendwo kann er ein Glas Bier trinken? Es gibt in einer Wirtschaft nur ein richtiges Prinzip: Der Kunde zeigt, wann er bedient sein will. H.

Restitutionen verkehren sich ins Gegenteil

Nach dem Motto: alle Schuld rächt sich auf Erden

In Belgien finden etwa alle zwei Monate öffentliche Ausschreibungen für den Verkauf deutscher Demontagegüter statt. Zuletzt wurden in Charleroi 350 Maschinen angeboten. Im März wird das Angebot größer sein, da allein 12 000 t Fabrikeinrichtungen der Hermann-Göring-Werke in Watenstedt und weitere 135 Maschinen aus Völklinger und Ludwigshafener Werken verkauft werden sollen.

Erste Frage: Ob das unserem Export gut tut, den wir doch forcieren sollen? Jedenfalls kaufen die Belgier, die diese Maschinen jetzt erwerben, sobald keine anderen Maschinen, auch nicht aus Deutschland.

Zweite Frage: Ob sich jetzt im Zeichen der Liberalisierung nicht die Demontierung und „Restitution" bitter rächt? Wir wissen, daß die Restitution nur zu einem wesentlich geringeren Maß, als sie praktiziert wurde, berechtigt war. Es wurden Maschinen aus den Betrieben genommen, die nachweislich vor dem Krieg handelsüblich gekauft worden waren, nur weil sie eben aus dem betreffenden Lande stammten. Nun kommen heute schon wieder Geschäftsleute aus diesem Land und bieten Maschinen ihres Landes an und mögerechnet in den Betrieben, aus denen man für dieses Land vor zwei oder drei Jahren Maschinen, vielfach — wie gesagt — rechtmäßig gekaufte und bezahlte, Maschinen im Wege der „Restitution" weggeführt hatte.

Nun wundern sich diese Händler, daß die deutschen Fabriken bei ihnen keine Maschinen mehr bestellen und diese Händler wieder ohne Auftrag nach Hause schicken. Die ausländischen Händler werden sagen: Das ist das Wiedererwachen des Nationalismus. Die deutschen Fabriken aber sagen: Man hat uns einmal die legal aus ihrem Land gekauften Maschinen wieder abgenommen; ein zweitenmal passiert uns das nicht. Denn jede Schuld rächt sich auf Erden, oder unrecht Gut gedeihet nicht.

Wenn wir nun auch nicht aus den Ländern kaufen, die ungerechtfertigte Restitutionen verfügten, so sind wir doch nicht ganz traurig über den Verlust; denn nun kaufen wir uns ganz moderne Maschinen, die mehr leisten und besser arbeiten als die abtransportierten; denn wir sollen ja auch mehr exportieren und mit den besten Waren wieder am Weltmarkt erscheinen — denn jede Schuld rächt sich auf Erden. H.

Exporte, die uns verweigert werden

Sirenenklänge aus der Ostzone

Deutschland wird immer wieder mit einem mahnend erhobenen Zeigefinger dazu aufgefordert, seinen Export zu steigern. Andererseits mehren sich die Klagen deutscher Firmen, daß Liefergenehmigungen für Erzeugnisse nach Ostblockländern, die bisher ohne Schwierigkeiten zu erlangen waren, in letzter Zeit verweigert werden. Dabei handelt es sich keineswegs um Waren, die direkt oder indirekt der Rüstung dienen. Es ist sogar festgestellt worden, daß die gleichen Erzeugnisse, deren Ausfuhr der westdeutschen Industrie versagt wird, von anderen westeuropäischen Ländern ohne Einschränkungen in die Ostblockstaaten exportiert werden.

Von den alliierten Kontrollbehörden wird die Verweigerung des Exports solcher Waren mit politischen Gesichtspunkten begründet. Das können wir insoweit verstehen, wenn man diese Waren überhaupt nicht in die Ostblockländer exportieren will. Wenn man es aber nur uns verbietet, gleichzeitig aber selbst diese Waren in die Ostblockländer verkauft, dann erkennen wir diese politischen Gesichtspunkte nicht mehr an oder müssen vermuten, daß politische Gesichtspunkte vorgeschoben werden, um selbst das Geschäft zu machen. Der deutlichste Fall war die unseren Lesern bekannte Lieferung von 100 000 t Eisenbahnschienen an China; wir hatten den Auftrag, aber wir durften nicht; denn die Hohe Kommission verbot es uns — und jetzt führen die Engländer den Auftrag aus.

Dies alles hat aber noch eine Seite — und eine noch bedenklichere. Der Minister für Außenhandel in der Ostzone wird demnächst Verhandlungen mit der Volksrepublik China über ein erstes Handelsabkommen führen. Walter Ulbricht erklärte vor einigen Tagen, daß bei diesen Verhandlungen auch die Liefermöglichkeiten westdeutscher Betriebe mitberücksichtigt würden. Die Regierung der Ostzone, so sagte er, könne praktische Maßnahmen ergreifen, um Westdeutschland in seinen Bemühungen für eine Milderung der Arbeitslosigkeit zu helfen und die westdeutschen Unternehmen könnten am Aufschwung des Außenhandels der Ostzone teilnehmen, wenn — und nun kommt der Pferdefuß — sich die westdeutsche Bevölkerung dem Kampf der „Nationalen Front" ... anschließe. Daß ein solches Entgegenkommen an politische Bedingungen geknüpft würde, ist uns in Westdeutschland klar. Es war sehr ungeschickt von Herrn Ulbricht, die Katze so schnell aus dem Sack zu lassen. Jedoch dürfen wir die Gefahr solcher Sirenenklänge nicht unterschätzen. Osteuropa ist ein natürliches Absatzgebiet für uns, früher wie heute, und manche Ware, die die Ostzone bestellt, wird von dort noch einen vielweiteren Weg antreten. Wir müssen unseren Export nach Osten verstärken, insbesondere solange unser Export nach Westen noch auf sehr hohe Zollmauern und andere Behinderungen stößt. Die Entscheidung liegt allein bei den Alliierten; denn sie behindern unseren Export nach Osten — und nach Westen. H.

Billige Tiefkühlerzeugnisse

Dem aufmerksamen Beobachter und vor allen Dingen der Hausfrau wird aufgefallen sein, daß seit einigen Tagen in den Lebensmittelgeschäften Tiefkühlerzeugnisse im reichhaltigen Sortiment zu Preisen angeboten werden, die auch dem oberflächlichen Beobachter klarmachen, daß hier Qualitätswaren zu Preisen verkauft werden, die weit unter den Herstellungskosten liegen.

Namhafte Firmen dieses Industriezweiges, mit denen wir Fühlung genommen und um die Ursachen befragt haben, teilten uns mit, daß in erster Linie die im Rahmen der Liberalisierung des europäischen Handels stark überhöhten Einfuhren an Frischgemüse und Obst außerordentlich auf den deutschen Markt drücken, so daß in den letzten Monaten der Absatz an Tiefkühlerzeugnissen unnormal schleppend vor sich gegangen ist.

Hinzu kommt als weiterer Punkt, daß der diesjährige Winter bis jetzt außerordentlich mild ist und nach langfristigen Wetterprognosen — mit Ausnahme einer ganz kurzen Kältegeriode — sehr milde verlaufen wird, ein Moment, welches speziell für die Tiefkühlindustrie außerordentlich absatzhemmend wirkt.

Die Planung für die Zukunft verlangt aber ein Räumen der Kühlhäuser, um rechtzeitig Platz für die neue Ernte zu haben, denn überständige Ware will die Industrie unter keinen Umständen an den Verbraucher bringen.

Außerdem ist bei der Tendenz sinkender Rohwarenpreise für die zukünftige Produktion mit einer für den Verbraucher günstigeren Preisgestaltung als bisher zu rechnen.

Die Zwangslage einer Industrie bringt dem Verbraucher vorübergehend bei anormal niedrigeren Preisen einen besonderen Vorteil.

Die Tatsache, daß es sich bei den tiefgekühlten Produkten um außerordentlich vitaminreiche Erzeugnisse handelt, die unmittelbar nach der Ernte unter Einwirkung tiefster Temperaturen (—40 Grad Celsius) für einen späteren Konsum frischgehalten werden, also frischem Gemüse und frischem Obst so gut wie gleichzusetzen sind, werden zweifellos unsere Hausfrauen veranlassen, im verstärkten Umfang von diesem wohl einzig dastehenden Angebot Gebrauch zu machen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Regierungskunst von heute

Es war nicht erhebend, als sich die Bundesregierung nach der Verkündung der Treibstoffreigabe von den Hohen Kommissaren belehren, lassen mußte, daß es doch zweckmäßiger sei, die Vorratslage und die Zufuhrmöglichkeiten zunächst einmal eingehend zu überprüfen. Mag hierfür auch mehr die Sorge um die öffentl. Meinung in England und die Auswirkung auf den dortigen Wahlkampf als um eine reibungslose Versorgung der Wirtschaft der Bundesrepublik entscheidend gewesen sein. Jedenfalls hätte der Herr Bundeswirtschaftsminister klüger gehandelt, wenn er sich mit den Hohen Kommissaren in Verbindung gesetzt hätte, bevor er auf solch überraschende und, was wir gern zugeben, dem Verbraucher sehr willkommene Weise den gordischen Knoten, zu dem sich der Streit um die Treibstoffpreise verwirrt hatte, durchhieb. Zur Zeit ist jedenfalls das Ergebnis, daß der Wirrwarr auf dem Treibstoffmarkt vergrößert, und der einzig lachende Dritte der Schwarzhandel ist.

Nun hätte man annehmen können, daß gebrannte Kinder das Feuer einer nicht ausreichend überlegten Preispolitik scheuen würden. Weit gefehlt! Kurz darauf verkündete der Herr Bundesernährungsminister die Erhöhung des Butterpreises, die man der Landwirtschaft wohl gönnen mag, nachdem andere Erzeugnisse erheblich im Preise gesunken waren, wenn man auch erwartet hätte, daß man sich zu gleicher Zeit mit den überhöhten Schlachtpreisen befaßt hätte. Der Verbraucher erlebte es, daß gleich am nächsten Morgen in zahlreichen Einzelhandelsgeschäften nicht nur der neue Preis von 3,92 DM sondern gleich runde 3 DM für ein Pfd. Butter gefordert wurde. Als die Schweinepreise fielen, dauerte es geraume Zeit, bis es sich in den Fleischerläden und den Fettkostgeschäften auswirkte! Jetzt werden wir auch darauf vorbereitet, daß es „aus Verwaltungsgründen eine gewisse Zeit dauern werde, bis die bevorstehende Herabsetzung der Tabaksteuer für Zigarren in Erscheinung treten würde." Als überzeugte Anhänger der freien Marktwirtschaft glauben wir nicht, daß dies beim Kunden dazu beitragen wird, sein Verständnis für ihren sozialen Charakter zu erhöhen. Er wird sagen, daß hier einmal wieder bürokratische Unzulänglichkeit „in Erscheinung tritt" und daß die deutsche Sprache in den Behördenstuben mißhandelt wird.

Wenn wir aber jetzt hören, daß die Butterpreiserhöhung überhaupt noch nicht in Kraft getreten sei, da der Herr Bundeswirtschaftsminister sich weigere, eine Anordnung herauszugeben, die der Herr Bundesernährungsminister durch Presse und Rundfunk mit Stentorstimme längst verkünden ließ, dann können wir um nicht unhöflich zu sein, mit unserem bescheidenen Untertanenverstand nur fragen: Gibt es niemand in Bonn, der solchen Bessertrieb, der auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgetragen wird, endlich ein Ende bereitet?

L.

Überall deutsche Konkurrenz

Der jugoslawische Staatschef Tito hatte eine mehrstündige Unterredung mit dem neuen amerikanischen Gesandten George Allen, die, wie es im Kommuniqué heißt, von Herzlichkeit und Offenherzigkeit getragen war.

Wie verlautet, wird Jugoslawien weitere Anleihen von amerikanischen Banken erhalten und auch größere Kredite im Rahmen eines jugoslawisch-amerikanischen Handelsabkommens, das in nächster Zeit abgeschlossen wird. Damit ist der Bestand der jugoslawischen Wirtschaft, die nach dem Kriege auf den Osten sich auszurichten begann, von westlicher Seite garantiert. Man erwartet selbstverständlich von Tito die Aufgabe des streng doktrinären Kommunismus.

Die USA wollen u. a. den Jugoslawen auch eine Unterstützung in der Abwicklung des Handels mit Deutschland und England gewähren. In diesem Zusammenhang ist der Bericht des Belgrader Korrespondenten der „Financial Times" sehr aufschlußreich, der davon spricht, daß Jugoslawien, ursprünglich ein deutscher Markt, heute britisches Absatzgebiet sei, und daß die Deutschen alle Konkurrenzmanöver anwenden, um ihre alte Stellung wiederzugewinnen, was ihnen durchaus gelingen könnte. Sehr bissig bemerkt der Korrespondent, daß die deutschen Firmen nur deshalb so konkurrenzfähig seien, weil man sie von „jenseits des Atlantik" unterstütze. Die deutschen Firmen wissen allerdings nichts von einer derartigen „Unterstützung" auf Auslandsmärkten, wohl wissen aber die Jugoslawen die deutsche Ware zu schätzen.

ha.

Hindernisse der Liberalisierung in Europa

Fast jeden Tag tauchen neue Hindernisse auf, die der Liberalisierung des Handels in Westeuropa im Wege stehen.

Ein typisches Beispiel hierfür sind die Schwierigkeiten im Uhrenhandel zwischen Frankreich und der Schweiz. In einem französischen Presse-Kommuniqué hieß es kürzlich, Frankreich könne unmöglich die Einfuhrbeschränkung für Schweizer Uhren aufheben. Leider sei es richtig, daß ein Hauptausfuhrprodukt der Schweiz einer französischen Industrie Konkurrenz machen würde, die sich ohnehin schon in einer schwierigen Lage befinde.

Als Antwort darauf wurde in einem Schweizer Presse-Kommuniqué festgestellt, daß die französische Stellungnahme die Situation vollkommen verkenne. Vor dem Krieg entfielen 15,5 Prozent des gesamten Exports aus der Schweiz nach Frankreich auf Uhren und Uhrenbestandteile. Heute seien es nur mehr vier Prozent. Dies sei um so bedauerlicher, als gute Schweizer Uhren in Frankreich sehr gefragt seien.

Dieser kleine Streit zwischen Nachbarn hat jedoch mehr als lokale Bedeutung. In ganz Europa gibt es Industrien, die sich in einer ähnlich schwierigen Lage befinden, da sie mehr als zehn Jahre lang ihre Produkte konkurrenzlos auf einem durch Handelshemmnissen geschützten Markt verkaufen konnten, wo nur leistungsfähige Importe zugelassen waren.

Für die Uhrenindustrie führen die Schweizer die Tschechoslowakei, Schweden, Großbritannien und die Niederlande als Beispiele von Ländern an, die hinter ihren schutzzöllnerischen Industrien aufgebaut haben. Sie erklären, daß es weder vernünftig, noch mit der offiziellen Politik der Teilnehmerländer des Marshallplanes vereinbar sei, für eine bereits mitten in Europa bestehende Industrie einen Doppelgänger großzuziehen, um so weniger, als die Schweiz in dieser einen alten, allgemein anerkannten Ursprung besitze.

Ähnlich aber verhält es sich auch bei Textilien, kosmetischen Artikeln, Fahrrädern und vielen anderen Dingen. Jedes Land hat gewisse schwache Industrien, die es gegen Konkurrenz schützen will, ohne zu berücksichtigen, welchen ungeheuren Vorteile eine Liberalisierung des Handels für seinen eigenen Export und seine eigenen Verbraucher mit sich bringen würde.

M. L. M.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Ein „Zentralinstitut für Neues Bauen — Neues Wohnen" wird demnächst in Koblenz gegründet werden, wie der Oberbürgermeister der Stadt, Sehnorbach, mitteilte. In einer Dauerausstellung sollen neue Baumaterialien, Fertigteile und Fertighäuser gezeigt werden.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungen von Luxemburg und von Rheinland/Pfalz über den Bau der Sauertalsperre bei Rospart werden voraussichtlich am 15. Februar zu Ende gehen. Nach Mitteilung des luxemburgischen Verkehrsministeriums verlaufen die Verhandlungen zufriedenstellend.

Im Einvernehmen zwischen dem badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit, den Industrie- und Handelskammern und den in Frage kommenden Wirtschaftskreisen ist ein Beauftragter Südbadens für öffentliches Auftragswesen nach Bonn delegiert worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie- und Handelskammern mitteilt, soll der Beauftragte in Bonn die Interessen südbadischer Betriebe bei der Vergebung von Aufträgen wahrnehmen.

Die Ende Dezember 1949 nach 31. März 1950 erfolgte Kündigung des südbadisch-elsässischen Kompensationsabkommen durch die Bundesregierung hat zu einigen Protesten privater und amtlicher Art aus dem davon betroffenen Gebiet geführt. Auch bei den deutsch-französischen Verhandlungen in Paris hat diese regionale Verständigung eine Rolle gespielt, weil sie praktisch durch die in dem neuen deutsch-französischen Handelsvertrag erreichte weitgehende Liberalisierung überflüssig wird. Deshalb geht die Auffassung der zuständigen Bundesstellen dahin, daß zunächst die Auswirkungen der Liberalisierung abgewartet werden sollten. Weitere Erleichterungen seien noch von einem neuen Grenzverkehrs-Abkommen zu erwarten, so daß die in den Protesten geäußerten Bedenken als gegenstandslos zu bezeichnen seien.

Das neue deutsch-französische Handelsabkommen werde eine außerordentliche Belebung des deutsch-saarländischen Handelsverkehrs bringen, stellt die saarländische Presse fest. Es müsse jetzt wieder möglich sein, den südwestdeutschen Wirtschaftsraum mit saarländischen Stahl, Maschinen und Spezialwerkzeugen zu beliefern. Die Saarwirtschaft habe außerdem wieder die Möglichkeit, Werkzeugmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen und Maschinenteile aus Westdeutschland zu beziehen. Vor allem sei auch die Belieferung des Saarlandes mit deutschen Arzneiwaren wieder möglich.

Es liegen jetzt die endgültigen Zahlen für die Kohlenausfuhr aus dem Saarland für 1949 vor. Danach sind, wie das Statistische Amt für das Saarland meldet, von der Gesamtförderung von 14,2 Mill. t im Jahre 1949 rund 5,5 Mill. t nach der Bundesrepublik und 2,6 Mill. t nach Frankreich ausgeführt worden. Die Ausfuhr nach Frankreich ist gegenüber 1948 um 1,1 Mill. t gestiegen. Die Förderleistung je Schicht und Mann erreichte 1949 erst wieder 1321 kg gegenüber 1570 kg im Jahre 1938. Die Belegschaft ist seit 1938 um 20 000 Mann auf jetzt fast 60 000 Mann gestiegen.

Die Transformatorenstation Geislautern im Saarland gibt jährlich etwa 150 bis 180 Millionen kWh Strom an die französischen Grenzgebiete ab. Eine Steigerung der Stromlieferungen setzt nach Ansicht der Saarbrücker Zeitung neue Tranformatorenanlagen voraus.

Englische Zone

Die westfälischen Industrie- und Handelskammern setzen sich für die Erhaltung einer selbständigen westfälischen Provinzialverwaltung ein. In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Münster wurde in diesem Zusammenhang auf die Gefahr hingewiesen, daß die Provinzialverwaltung von Düsseldorfer Ministerien aus auf kaltem Wege ausgehöhlt würde. Es wurde der Versuch gemacht, die Straßenbauverwaltung nach Düsseldorf zu zentralisieren, womit naturgemäß auch die Auftragsverteilung in Zukunft von einer Düsseldorfer Stelle aus zuschehen würde. Eine ähnliche Gefahr bestehe bezüglich Bank- und Versicherungsinstitute der westfälischen Provinzialverwaltung, die einer zentralen Stelle unterzuordnen werden sollen und damit ihre Freiheit in der Kreditgewährung an eine Düsseldorfer Stelle verlieren würden. Im übrigen wurde der Wunsch geäußert, daß bei der Besetzung der Ministerien in Düsseldorf der westfälische Bevölkerungsteil anteilmäßig, d. h. besser als bisher berücksichtigt werde.

Vier finanzwirtschaftliche Institute Westdeutschlands haben beschlossen, das Finanzwesen der Behörden zu überprüfen und dabei weitgehend zusammenzuarbeiten. Es handelt sich um das Schumacher- und das Schmücker-Institut in Köln, das Gasthaus-Institut in Frankfurt und das Institut der Gewerkschaften in Düsseldorf. Leiter der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz, Gerhard Hemelmann, mit.

Argentinien hat der Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbedarf in Salzgitter einen Exportauftrag für zusammenklappbare Erdölbohrmasten im Werte von 233 000 Dollar erteilt.

Die Hamburger Wirtschaft hat im Januar Exportaufträge im Werte von 9,7 Mill. Dollar, 9,5% mehr als im Vormonat, abgeschlossen. Von den getätigten Abschlüssen entfielen 43,4% auf europäische Kundenländer und 56,6% auf Übersee.

Wie aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, werden zur Zeit von deutscher Seite die Vorschläge zur Betriebsumstellung der Fischer-Tropfschwerke ausgearbeitet. Man hofft, daß die erste Zusammenkunft der deutsch-alliierten Sachverständigenkommission noch im Februar stattfinden wird. Inzwischen hat sich die Lage auf den Ende Dezember 1949 stillgelegten Fischer-Tropfsch-Werken in Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel nicht geändert. In der Hoffnung auf eine baldige, positive Entscheidung und um die Belegschaften nicht der Arbeitslosigkeit auszusetzen. Diesen Zustand und die damit verbundene finanzielle Belastung können die Betriebe jedoch unmöglich längere Zeit durchhalten. Sie hoffen daher, wie erklärt wird, auf die wirksame Unterstützung durch die Regierung. Inzwischen hat bekanntlich die Hohe Kommission mitgeteilt, daß die Gelsenberg Benzin A. G. die Betriebsgenehmigung zur Verarbeitung von Rohöl erhalten wird. Anschließend hat jedoch auch in diesem Falle das militärische Sicherheitsamt eine Kontrollfunktion. Man erwartet, daß die Gelsenberg Benzin A. G. umgehend die schriftliche Betriebsgenehmigung erhält.

Die im Jahre 1936 gegründete deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht hat nach Kriegsende in Köln ihre erste Hauptversammlung abgehalten. Die als „Großer Verein" im In- und Ausland bekannte Organisation, in der die an gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht interessierten Personen aus Recht und Wirtschaft sich zur wissenschaftlichen Weiterarbeit und zur Mitarbeit an der Gesetzgebung zusammengefunden haben, war bis vor kurzem, wie alle Vereine, deren Sitze sich in Berlin befanden, durch Verfügung der Berliner Kommandantur suspendiert. Nach Aufhebung der Suspendierung haben sich nunmehr die einzelnen Bezirksgruppen wieder zum „Großen Verein" mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen. Die Geschäfte der Vereinigung werden jedoch in Köln geführt. Die Hauptversammlung, an der neben zahlreichen Mitgliedern die offiziellen Vertreter der Bezirksgruppen Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart teilnahmen, wählte Rechtsanwalt Dr. Robert Eilscheid, Köln, den bisherigen Vorsitzenden der Bezirksgruppe West, zum Präsidenten, und Rechtsanwalt Dr. Ludwig Heydt, Köln, zum Generalsekretär. In den Vorstand sind ferner die Bezirksgruppen sowie Persönlichkeiten aus der Industrie, aus der Rechtsanwaltschaft und der Patentanwaltschaft vertreten.

In Nordrhein-Westfalen sind ab 1. Jan. dieses Jahres die Beschränkungen im Gasbezug sehr gelockert, zum Teil ganz aufgehoben worden. Nur für Verbraucher über 1 000 cbm täglich bestehen noch gewisse Einschränkungen.

Mit dem Bau von 10 270 Flüchtlingswohnungen für etwa 40 000 Heimatvertriebene innerhalb des „Modellprojektes der Gewerkschaften zur Überwindung der Flüchtlingsnot" wird in Schleswig-Holstein bereits Anfang März begonnen. Diese Wohnungen sollen bis zum Ende des Rechnungsjahres 1950/51 fertiggestellt werden. Von der für die Finanzierung erforderlichen Gesamtsumme von 85 Mill. DM werden 40 Millionen DM aus Marshallplangeldern, 35 Mill. aus Mitteln des Landes Schleswig-Holstein und 10 Mill. als Eigenkapitalanteil bereitgestellt. Dieses Sonderbauprogramm war auf Anregung der ECA-Verwaltung in Paris von der „Arbeitsgemeinschaft für produktive Flüchtlingshilfe" ausgearbeitet worden, der neben dem DGB die Industriegewerkschaft Bau, die Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein, der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Hamburg und die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften angehören.

Nach einer Übersicht der deutschen Kohlenbergbauleitung über den Bestand an Bergmannswohnungen sowie über den Neubau und den Reparaturbedarf bis 1952 ist zu ersehen, daß die Bezirke Ruhr, Aachen und Köln durch das Ausmaß der Kriegszerstörungen am stärksten getroffen worden sind. An der Ruhr wurden von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 185 941 Wohnungseinheiten nicht weniger als 111 218 beschädigt oder zerstört, davon 22 767 mit einem Beschädigungsgrad von mehr als 60 v. H. Bis Ende 1949 wurden hier 85 588 Wohnungen wiederhergestellt. Ferner wurden zusätzlich durch Ausbau bzw. durch Errichtung von 11 830 Wohnungseinheiten seit 1945 geschaffen. Der Wohnungsbedarf bis 1952 umfaßt noch 114 831 Wohnungseinheiten, darunter 86 811 für verheiratete Bergarbeiter. Im Bezirk Aachen wurden von 7 551 Wohnungseinheiten 6 097 mehr oder weniger stark beschädigt od. zerstört. 3047 Wohnungseinheiten wurden wiederhergestellt und 1 335 neu geschaffen. Im Gebiet Aachen beläuft sich der Wohnungsbedarf bis 1952 auf 7 434 Wohnungen. Im Gebiet Köln sind von 3 945 beschädigten bzw. zerstörten Wohnungen 2469 wiederhergestellt worden, ferner wurden 350 Wohnungseinheiten neu gewonnen. Der Bestand von 3 592 Wohnungseinheiten liegt annähernd 350 höher als der Bestand bei Kriegsausbruch. Bis 1952 sollen 7 164 Wohnungen erstellt werden. Die Kriegszerstörungen in den übrigen Bergbaubezirken sind nicht nennenswert gewesen.

Auf der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Wuppertal wandte sich Bundestagsabgeordneter Wirtz gegen eine Schematisierung der Vorschriften über die Miethöhe und Baukostenzuschüsse. Nach seinen Angaben beläuft sich der Wohnungsfehlbedarf auf 4½ Mill. Wohnungen im Bundesgebiet, zu denen der laufende Bedarf hinzukommt, so daß in zwei Jahrzehnten ein Programm von 5½ bis 6 Mill. Wohnungen durchzuführen sei. Für das erste Jahr ist der Bau von 250 000 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 2½ Mrd. DM vorgesehen. Zwischenfinanzierungen seien unbedingt erforderlich.

Für die Einbeziehung des Schiffbaues in das Arbeitsbeschaffungs-Programm der Bundesregierung tritt der Hamburger Wirtschaftssenator Prof. Schiller in einem ausführlichen Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister ein. Zur Begründung wird ausgeführt, daß Schiffahrt und Schiffbau für eine gesunde Beschäftigungspolitik vordringlich wichtig seien. Für deutsche Schiffe, selbst nach dem Petersberger Abkommen, bestehe große Nachfrage. Kreditpolitische Erleichterungen seien für diesen Zweck des Wiederaufbaues unbedenklich, da Lieferfähige Vorindustrie für den Schiffbau, Produktionsstätten, Arbeitskräfte und die notwendigen Rohstoffe zur Verfügung ständen. Prof. Schiller befürchtet, daß die 150 Mill. DM ERP-Gegenwertmittel, um die zeitgerecht in den Ausschüssen des Bundesrates verhandelt werde, erst im Sommer verfügbar sein könnten. Die Länder ständen deshalb in ihrer angespannten Haushaltslage vor der Frage, wie sie diese Zeitspanne überbrücken und eine Vorfinanzierung möglich machen sollen. Eine befriedigende Lösung werde nur dann gefunden werden, wenn bundeszentrale Bankinstitute das notwendige Vorfinanzierungsvolumen bereitstellen.

Seit der Währungsreform ist in Hamburg die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ständig angestiegen. Bei dem ruckartigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Januar schnellte die Zahl der Unterstützungsempfänger von rund 8 400 auf 69 612. Damit beziehen jetzt 61⅓ der Arbeitslosen Unterstützung, darunter 21 900 Frauen. Arbeitslosenfürsorgeunterstützung erhalten rund 30 300, während die übrigen Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen.

Wachsende Produktion bewirkt beträchtliche Kostensenkungen, die Preissenkungen möglich machen. Von einer solchen Preissenkung infolge wachsenden Absatzes berichtet die Pepsodent-G. m. b. H. Pepsodent-Zahnpasta ist eine weltbekannte Marke, die seit einiger Zeit auch in Deutschland hergestellt wird und die jetzt, wie die Industrie meldet, in der großen Tube 1.— DM und in der Normaltube 0.60 DM kostet.

Wie das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, mitteilt, hat es bei dem Frankfurter Bankhaus Heinrich Kirchholtes & Co., vorm. Gebrüder Sulzbach, eine kommanditistische Beteiligung übernommen. Im Zusammenhang mit dieser Beteiligung ist der Mitinhaber der Firma Kirchholtes, Harald Kühnen, als Generalbevollmächtigter in das Kölner Bankhaus Oppenheim eingetreten. Außerdem ist die Frankfurter Geschäftsleitung durch den Eintritt von Dr. Robert Hobrik als Generalbevollmächtigter verstärkt worden.

Der höchste Funkmast Europas ist kürzlich von der Firma C. H. Jucho in Dortmund in Zusammenarbeit mit den Hochfrequenztechnikern des Süddeutschen Rundfunks und der Lorenz A.G. fertiggestellt worden und wird in Kürze in Mühlacker den Betrieb aufnehmen. Der Mastschacht ist als Rechtmantel-Konstruktion ausgebildet u. hat für den Mittelwellenbereich eine Höhe von 256 m. Darüber befindet sich ein weiterer Mastschacht von 14 m mit Dipolen für Ultrakurzwellensendungen, so daß der Mast eine Gesamthöhe von 270 m erreicht. Es handelt sich um den 304. Sendemast, der in den letzten 25 Jahren von C. H. Jucho geliefert worden ist.

Die Stadt Köln hat in Verbindung mit dem Festausschuß des Kölner Karneval für die Zeit vom 1. bis 21. 2. einen Postsonderstempel nach dem Entwurf des Graphikers Hann Trier mit dem diesjährigen Karnevalsmotto: „Köllle wie et ess un wor sick 1900 Jahr" herausgebracht.

Ostzone

Alle Erfindungen, die von Deutschen in Sowjet-Aktiengesellschaften der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 gemacht worden sind und in Zukunft gemacht werden, gehen nach einer Anordnung des Sowjetministeriums für Erfindungswesen in Moskau in sowjetischen Besitz über. Eine sowjetische Erfindungs- und Patentmeldestelle für Deutschland ist Anfang Januar in Berlin-Biesdorf-Süd eingerichtet worden. Bei dieser Dienststelle müssen alle zurückliegenden und künftigen Erfindungen gemeldet werden. Das Nutzungsrecht aller bei ihr angemeldeten Erfindungen hat allein das Ministerium für Erfindungswesen der Sowjetunion. In einer sowjetischen Mitteilung an das Industrieministerium der Sowjetzone heißt es, die Sowjetunion beziehe Erfindungen, die in SAGs gemacht werden, als auf sowjetischem Territorium entwickelte Verbesserungen oder Neuentwicklungen und demnach als Patente unter sowjetischem Gebrauchsmusterschutz.

Zur Zeit werden von der ostzonalen Deutschen Notenbank in Berlin (Ost) 50-Pfennig-Noten geprägt, die in einigen Monaten in den Verkehr gebracht und die bisher gültigen 50-Pfg-Scheine ablösen sollen.

In den zusammengefaßten Haushaltsplan der Ostzonenrepublik (einschließlich Finanzausgleich für 1950) schließt die Einnahmen- und Ausgabenseite mit einer Summe von 17,8 Mrd. Ostmark ab. Hiervon entfällt auf der Ausgaben-Seite die Summe von 5,9 Mrd. Ostmark auf das Ministerium für Finanzen. Es wird angenommen, daß in diesem Betrag die Reparationsleistungen enthalten sind. An zweiter Stelle steht das Ministerium für Verkehr mit 1,7 Mrd. Ostmark, dann folgen Volksbildung mit 1,4 Mrd., Industrie mit 1,3 Mrd., Arbeits- und Gesundheitswesen mit 1,2 Mrd., Inneres mit 0,9 Mrd., Handel und Versorgung mit 0,8 Mrd., Land- und Forstwirtschaft mit 0,6, Post- u. Fernmeldewesen mit 0,4 Mrd. Ostmark. Für das Ministerium des Auswärtigen sind nur Ausgaben in Höhe von 40 Mill. Ostmark, für die Justiz 116 Mill., für den Aufbau 147 Mill., für Planung 113 Mill. und für die Verwaltungs-Leitung 234 Millionen Ostmark vorgesehen. Auf der Einnahmen-Seite steht die Position Abgabe mit 10,6 Mrd. weitaus an erster Stelle. Es folgen Verkehr mit 1,7 Mrd., Finanzen mit 0,9 Mrd., Post und Fernmeldewesen mit 0,6 Mrd., Industrie mit 0,4 und Land- und Forstwirtschaft mit 0,3 Mrd. Ostmark.

Der Export der Niederlande nach Ostdeutschland von sogenannten „seltenen Waren" ist vor kurzem eingestellt worden, so daß holländische Geschäftsleute diese Waren auf der kommenden Leipziger Frühjahrsmesse nicht anbieten können.

Etwa ein Fünftel des Gesamtbetrages an Eisen und Stahl für 1950 wird die Sowjetzonenrepublik im Rahmen der laufenden und in Kürze neu abzuschließenden Handelsverträge aus der Sowjetunion erhalten, gab das volkseigene Eisenkontor Sachsen bekannt. Durch die Einfuhr und Eigenproduktion könne der Gesamtindustriebedarf der sowjetischen Besatzungszone an Eisen und Stahl für das zweite Jahr des Zweijahresplanes vollauf befriedigt werden.

Auf der „Normentagung" in Erfurt vom 6. bis 10. 2. erklärte der ostzonale Minister für Industrie, Selbmann, daß diese Tagung ein Bekenntnis zu einer gesamtdeutschen Normenarbeit sein solle. Die verantwortlichen Männer der ostzonalen Republik befürworteten eine Zusammenarbeit im deutschen Normenausschuß. Selbmann kündigte an, daß in Kürze alle Normen im Bereich der Ostzonen-Republik für verbindlich erklärt würden und daß damit die staatliche Anerkennung des Normenprinzips in der Industrie vollzogen werde. Selbmann wandte sich dann in seiner Rede den „Blockade-Versuchen des Westens" zu. Diese würden genau so scheitern, wie sie schon einmal gescheitert seien. Sie seien begründet in der Angst vor den immer stabiler werdenden Erfolgen in der deutschen demokratischen Republik. Der Präsident der ostzonalen Kammer der Technik, Prof. Dr. Franck sprach über die technisch-wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis. Franck beleuchtete die gegenseitigen Wechselbeziehungen, die heute Theorie und Praxis befruchteten. Die wissenschaftliche Entwicklung suche immer stärker den Weg zur Praxis, so daß nicht klar zu unterscheiden sei, wer der nehmende oder gebende Teil sei. Prof. Franck wies die Auffassung zurück, daß Normung zur Erstarrung führe. Vielmehr sei das Ziel jeder Normung, eine optimale Lösung für ein bestimmtes technisches Problem zu finden. Sobald von der Theorie oder Praxis erwiesen werde, daß eine andere Möglichkeit besser sei, müsse auch die Normung geändert werden.

Die „HO" muß nach Angaben der HO-Geschäftsleitung in Berlin (Ost) ihr Verkaufsstellen-Netz in der sowjetischen Zone erheblich erweitern, um so die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß auch nach der für den Herbst 1950 geplanten Aufhebung der Rationierung die Steuerung der Versorgung in den Händen der Regierung bleibe. Die HO werde nach der Aufhebung der Rationierung zu einem wichtigen Lenkungsinstrument des Staates.

Die Preise für Glühbirnen sind in der Sowjetzone bis zu 30% herabgesetzt worden. Sie betragen für die 15 Watt Birne 5 (12,50) DM-Ost, 25 W 6 (12,50), 40 W 7 (20), 60 W 10 (30), 75 W 12 (36), 100 W 18 (45) DM-Ost. Die Preisherabsetzung für Glühbirnen erfolgt, obwohl in der Sowjetzone wie auch im Ostsektor Berlin Glühbirnen in den HO-Läden nur selten zu haben sind. Auf einer Fachleute-Tagung Anfang dieses Jahres wurde von verschiedenen Seiten über die Beschaffenheit des von der Hütte Weißwasser gelieferten Glases, das zum „Luftziehen" neige, geklagt; auch der bisher importierte Wolfram-Draht habe nicht die frühere Qualität. Eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Glühbirnen wurde für 1950 in Aussicht gestellt.

Amerikanische Zone

In finanzpolitischen Kreisen Bonns wird zur Zeit die Frage der Beteiligung der Länder des Bundes an der Verwaltung für Besatzungskosten ventiliert. Auf diesem Wege will man eine möglichst sparsame Verwaltung der auf rund 4,5 Milliarden DM im Jahr veranschlagten Besatzungskosten erreichen. Wie verlautet, haben die Finanzminister der Länder diesem noch im Stadium der Planung befindlichen Erwägungen zugestimmt. Es sei ferner beabsichtigt, als Bundesbehörde ein Besatzungskostenamt in Bad Homburg zu errichten. Inzwischen die beim Bundeswirtschaftsministerium vorhandene Zentralstelle für Besatzungsbedarf (ZBB) dem Besatzungskostenamt unterstellt wird, sei noch nicht geklärt.

Zur Zeit sind Untersuchungen über den günstigsten Platz für die Errichtung einer Sperrmauer im Wahnbachtal (Siegerland) im Gange. Voraussichtlich wird die Staumauer oberhalb Seligenthal in einer Länge von 303 m und einer Höhe von 40 m errichtet werden. In dem 3,5 km langen Stausee werden 45 Mill. cbm Wasser gestaut werden können.

Unter dem Titel „Rationalisierung" erscheint seit dem 8. Februar im Verlag Carl Hanser, München, eine Monatsschrift des Rationalisierungsausschusses der deutschen Wirtschaft (RAW), Hannover.

Das Interesse für die Beteiligung an der „Deutschen Handwerksmesse 1950" in München im Mai ist gerade in den letzten Wochen außerordentlich gestiegen. Zu den vorhandenen Messehallen plant die Messeleitung Neubauten zu errichten. Der Umfang der überdachten Hallenflächen würde sich hierdurch auf fast 30 000 qm erhöhen, während die Freilandschau 10 000 qm umfaßt. Infolge Überbelegung ist die Zulassung einzelner Gruppen der Zulieferer-Industrie kontingentiert. Nach dem bisherigen Ausstellerergebnis liegen die Metallbauer mit 9½ Beteiligung an der Spitze. Es folgen die Schlosser und Maschinenbauer mit 8½, sodann Sattler und Tapezierer mit 5½, Bekleidungshandwerk 4,5%, Weber 4,3% und Schreiner 4½. 48% verteilen sich auf die übrigen Handwerkszweige und auf die Zulieferer-Industrie. Selbstverständlich ändern sich die Zahlen täglich entsprechend den Eingängen. Beispielsweise beabsichtigen die Mühlenbauer dieses Jahr die doppelte Belegung, die Bäcker die vierfache Belegung anzumelden. In der Freilandschau liegen an der Spitze: Bauhandwerk, Schmiede, Schlosser und Maschinenbauer, Kraftfahrzeugmechaniker und Schäffler und Küfer.

Der Maschinenbau konnte auch im Dezember den hohen Produktionsstand von November 1949 halten. Wie der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten mitteilt, sind damit im Durchschnitt die Produktionsleistungen von 1936 wieder erreicht. Gemessen an der Bevölkerungszunahme in Westdeutschland, wäre der Produktionsindex, auf den Kopf der Bevölkerung errechnet, allerdings erst bei 80 v. H., verglichen mit 1936. Während bei einzelnen Gruppen, z. B. Landmaschinen, Ackerschleppern, Druckluftmaschinen, Hütten- und Walzwerksanlagen, zum Teil saisonmäßig bedingte geringe Produktionsrückgänge eingetreten sind, waren im Maschinenbau für die Nahrungsmittel-, Papier-, Textil- und Nähmaschinenindustrie noch Produktionszunahmen zu verzeichnen. Auch der Turbinenbau nahm ständig zu.

Italien als Handelspartner

Natürliche Ergänzungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Italien — Der deutsche geltende Zolltarif ist veraltet

Der folgende Aufsatz von Dr. Hans Posse gibt eine gute Ergänzung zu dem Streit auf der Versammlung des italienischen Obsthandels in Mailand, über den wir in Nr. 4 vom 1. 2. berichteten.

Italien, mit dessen Wirtschaft uns stets ein reger Warenaustausch verbunden hat, ist plötzlich wieder in den Mittelpunkt unseres Interesses gerückt worden. Westdeutschland hatte auch nach dem Kriege nicht aufgehört, namentlich für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Italiens einen begehrten Absatzmarkt zu bilden, wie auch unsere Industrieprodukte ihre willigen Abnehmer auf dem italienischen Markt gefunden hatten; aber in der politischen Vertretung ökonomischer Belange stand das Nachbarland Frankreich der italienischen Regierung näher als die Bundesrepublik. Beiden, indessen wegen ihrer ökonomischen Unausgeglichenheit die französisch-italienische Zollunion ins Stocken geraten ist, haben sich die Blicke aus dem Süden offenbar wieder mehr uns zugewandt. Recht bezeichnend dafür ist ein vor kurzem erschienener Artikel in der einflußreichen römischen Zeitung „Messagero", der darauf hinweist, daß „es wahrscheinlich in Europa nicht bedeutende zwei Länder gibt, die so deutliche Kennzeichen sich gegenseitig ergänzender Wirtschaften aufzuweisen haben, wie Italien und Deutschland. Ohne die Einbeziehung Deutschlands kann eine europäische Wirtschaftsunion für Italien weder Sinn, noch praktische Bedeutung haben."

Wie es um diese Ergänzungsmöglichkeiten bestellt ist, mögen aus den folgenden Zahlenangaben, über den Außenhandel beider Länder ersehen werden, die der amtlichen deutschen und der Statistik des Völkerbundes („Le Commerce de l'Europe", Genf, 1948 und „The Network of World Trade", Genf, 1942) entnommen wurden; ein Rückgriff auf die Ermittelungen für die Zeit vor dem zweiten Weltkriege erwies sich dabei als empfehlenswert, weil erst die Bereinigung auf normale Zustände der Beantwortung der gestellten Frage eine zuverlässige Grundlage gibt.

Außenhandel des Deutschen Reiches oder der Doppelzone und Italiens mit der Welt, mit Europa und untereinander:

1. Gesamtaußenhandel des Deutschen Reiches und Italiens (in Mill. Dollar):

		1938	1939	1948	1936
Deutschland	Einfuhr	5047	1668	1677	3196
	Ausfuhr	4001	2513	1732	2177
Italien	Einfuhr	1097	718	645	949
	Ausfuhr	1330	691	439	548

2. Außenhandel des Deutschen Reiches und Italiens mit Europa und Außereuropa im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1937 (in Mill. RM):

		aus und nach Europa		aus und nach Außereuropa	
		Summe	v. H. der Gesamtein- u. -ausfuhr	Summe	v. H. der Gesamtein- u. -ausfuhr
Deutschland	Einfuhr	3940	58,4	2505	41,6
	Ausfuhr	3710	69,8	1602	30,3
Italien	Einfuhr	849	58,2	594	40,8
	Ausfuhr	638	49,9	652	50,1

3. Außenhandel des Deutschen Reiches und Italiens in Europa mit Marshallplanländern (I) und Ländern außerhalb des Marshallplans (II) 1938 (in Mill. Dollar):

		aus und nach I		aus und nach II	
		Summe	v. H. der Gesamtein- u. -ausfuhr von u. nach Europa	Summe	v. H. der Gesamtein- u. -ausfuhr von u. nach Europa
Deutschland	Einfuhr	817	66,6	404	33,3
	Ausfuhr	1128	73,5	406	26,5
Italien	Einfuhr	370	77,5	108	22,7
	Ausfuhr	328	82,5	69	16,5

4. Außenhandel des Deutschen Reiches oder der Doppelzone und Italiens miteinander:

a) 1938 hat das Deutsche Reich aus Italien für 206,5 Mill. RM oder 5,5 vH. seines europäischen Imports und 4,9 vH. seiner Gesamteinfuhr bezogen und für 240,6 Mill. RM oder 7,1 vH. seines Exports nach Europa und 5,04 vH. seiner Gesamtausfuhr dorthin geliefert. Die Einfuhr aus Italien stand im Deutschen Reiche an 2. Stelle hinter der aus Großbritannien, die Ausfuhr nach Italien am 4. Platz hinter Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich. In Italien befand sich die Einfuhr aus dem Deutschen Reiche weitaus im 1. Rang mit großem Vorsprung vor der aus den Vereinigten Staaten und ergriff 26 vH. der italienischen Gesamteinfuhr, die Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche folgte derjenigen nach den italienischen Kolonien und umfaßte an der Spitze aller europäischen Länder 13 vH. der italienischen Gesamtausfuhr.

b) 1949 bis einschließlich November hat die Doppelzone aus Italien für 256 Mill. DM oder 11,2 vH. ihrer Importe aus Europa und 4,5 vH. ihrer Gesamteinfuhr erhalten, die Einfuhr aus Italien wurde nur von der aus den Vereinigten Staaten, aus Belgien-Luxemburg und den Niederlanden übertroffen. Italien hat in dieser Zeit von der Doppelzone für 163 Mill. DM oder 8,7 vH. ihrer Exports nach Europa und 3,5 vH. ihrer Gesamtausfuhr geliefert bekommen und stand als Absatzmarkt an 9. Stelle hinter Frankreich, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und Österreich.

Interessant ist die Entwicklung des Außenhandels zwischen der Doppelzone und Italien in den einzelnen Monaten des Jahres 1949 (in Mill. Dollar):

Monat	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Einfuhr	6,8	3,5	3,7	14,0	18,8	19,8	8,8	8,97	3,1	3,0	7,0
Ausfuhr	3,8	3,4	3,6	4,7	4,9	6,0	6,7	4,8	6,0	4,5	4,8

c) Eine Gliederung des Außenhandels zwischen dem Deutschen Reiche und Italien nach Warengruppen für den Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1938 (in Mill. RM) und derjenigen der Doppelzone mit Italien in den drei ersten Vierteljahren 1949 (in Mill. DM) brächten die folgenden Zusammenstellungen.

I) für 1936 bis 1938:

			Summe	v. H. der Gesamtein- und -ausfuhr der betreff. Gruppe
Ernährungswirtschaft		Einfuhr	139	6,6
		Ausfuhr	2	2,7
Gewerbliche Wirtschaft	Rohstoffe	Einfuhr	50	3,8
		Ausfuhr	90	19,1
	Halbwaren	Einfuhr	88	5,4
		Ausfuhr	26	5,8
	Fertigwaren	Einfuhr	16	4,1
		Ausfuhr	119	4,1

II) für 1949 (Januar bis einschließlich September):

			Summe	v. H. der Gesamtein- und -ausfuhr der betreff. Gruppe
Ernährungswirtschaft		Einfuhr	74	3,4
		Ausfuhr	0,9	1,8
Gewerbliche Wirtschaft	Rohstoffe	Einfuhr	38	2,3
		Ausfuhr	11*)	13,7
	Halbwaren	Einfuhr	49	6,2
		Ausfuhr	30**)	4,2
	Fertigwaren	Einfuhr	79***)	12,4
		Ausfuhr	37	3,1

*) darunter Steinkohlen für 66,2 Mill. DM **) darunter Schmiedeeisen für 30,9 Mill. DM
***) darunter Fahrzeuge für 56,8 Mill. DM

Zur Erläuterung der gegebenen Zahlenreihen seien die anschließenden Bemerkungen gestattet:

a) Beide Staaten, das Deutsche Reich der Vorkriegszeit wie das heutige Westdeutschland und Italien, haben den Schwerpunkt ihres Außenhandels in Europa. Italien nach dem Verlust seiner Kolonien, die in den früheren Zeiten ihrer Zugehörigkeit zum italienischen Imperium wichtige Lieferanten und Kunden des Mutterlandes waren, auch im Export. Daß in der Nachkriegszeit die Ausfuhr der Doppelzone die Übersseegebiete zugunsten Europas und ihre Einfuhr Europa zum Vorteil der außereuropäischen Länder vernachlässigt hat, ist oft festgestellt worden und ergibt sich augenfällig aus einem Vergleich der Außenhandelszahlen nach 1945 mit denen vor 1939.

b) Trotz immer von neuem angesetzter Versuche zur Verstärkung des Ost-West-Handels, bei denen Italien durch den Abschluß einer ganzen Reihe von Handelsabkommen (der italienische Konkurrenzfähigkeit, welche ihre Produktionskosten auf Grund von niedrigeren Rohstoffpreisen und bescheidenerer Löhnen so gliedrig halten kann, daß die luxemburgische Industrie kaum nachkommt und möglicherweise nur beschränkte Warenmengen nach Deutschland liefern kann. Wenn dadurch eine größere und andauernde Passivität der belgisch-luxemburgischen Handelsbilanz eintreten sollte, dann würden die Vertragspartner eine Abänderung des Vertrags vornehmen. Das endgültige Schicksal des deutschen und des belgisch-luxemburgischen Handelsvertrages in seiner jetzigen Form hängt also noch in der Luft.

Der zwischen der deutschen Ostzone und der belgisch-luxemburgischen Zollunion im Jahre 1947 abgeschlossene Handelsvertrag hat sich bisher schlecht bewährt. Dieser Vertrag war am 10. November 1948 abgelaufen, wurde aber nicht formell gekündigt. Eine Weiterführung resp. Erneuerung desselben wurde 1949 auch nicht in Erwägung gezogen. Dieser Handelsvertrag wurde niemals, weder wörtlich noch sinngemäß, von den russischen oder ostzonalen Behörden eingehalten. Die im Abkommen vorgesehenen detaillierten Warenkontingente (es gab damals noch kein Globalkontingent) standen lediglich auf dem Papier. Es wurden nur diejenigen belgisch-luxemburgischen Waren ins ostzonale Gebiet hereingelassen, die den ostzonalen oder den sowjetischen Behörden als interessant erschienen und vielleicht militärischen Charakter hatten. Andererseits hatte die Ostzone nur wenige Produkte zur Ausfuhr zu bieten, für die bei den Belgiern und Luxemburgern Interesse bestand. Es war außerdem praktisch unmöglich, den direkten Kontakt zwischen Exporteuren und Importeuren herzustellen, weil immer staatliche Vertreter oder halbstaatliche Organisationen sich dazwischen schoben und den effektiven Abschluß erschwerten. Das erklärt auch, warum die Leipziger Messe den belgisch-luxemburgischen Handel stark enttäuscht und warum die Leipziger Abschlüsse bis auf wenige Ausnahmen in engen Grenzen blieben.

Experimente im belgischen Kohlenbergbau

rm. Das im Februar und März 1949 auf der Kohlenzeche in Wandre Grdurstedtet Lüttich durch Inbetriebsetzung einer Kohlenschicht unternommene und gelungene erste Experiment, Gas für Industrie- und Heizungszwecke zu gewinnen, hat die Südwestländer zu einem weiteren Versuch ermutigt. Ein zweites Experiment, das mehrere Monate dauern wird, wird jetzt in größerem Umfang und in einer größeren Tiefe auf demselben Bergwerk unternommen.

Unabhängig der Vorarbeiten im Lütticher Revier, werden im Borinage-Becken, unter Führung des nationalen Kohleninstituts Experimente durchgeführt, die in dem Auffangen und der wirtschaftlichen Ausnutzung des ausströmenden Methangases bestehen. Das Methangas, ein Bunker- und auch Grubengas, ist ein Kohlenwasserstoff (CH_4). Es ist ein geruch- und farbloses brennbares Gas, das gemischt mit Luft oder Sauerstoff bei Entzündung heftig explodiert (schlagende Wetter) und vielfach eine der größten Gefahren im Bergbau ist.

In Frameries auf der Grube Grand-Trait, der Gesellschaft John Cockerill in Seraing/Lüttich anhörend, wird auf noch recht primitiver Art dieses gefährliche Gas aufgesaugt. Zwei Sonden von je 40 Meter Länge wurden in die Tiefe getrieben und führten zu folgendem Ergebnis: Das den beiden Sonden entströmende Methangas betrug 10 000 cbm in 24 Stunden. Innerhalb zweier Monate stellte sich die Gesamtförderung auf 373 000 cbm, was einem Heizwert von 700 000 cbm Leuchtgas entspricht, etwa der Tagesverbrauch der Brüsseler Agglomeration. Die Methangasgewinnung ist für die Sicherheit der Bergarbeiter von großer Bedeutung, da der Entzug des Gases die Gefahren vermindert. Der Gehalt an Methan, der vor dem Entzug des Gases in den Grubenbauen (nach dem Bericht des nationalen Kohleninstituts) 2,5 und 3,2 Prozent betrug, fiel nach dem Entzug auf 1,76 Prozent. Cockerill beabsichtigt jetzt die ausströmenden Gase zu verwerten und zu diesem Zweck dem Kohlenbergwerk Grand-Trait eine Methangasanlage anzugliedern. Das Gas soll als Betriebsstoff in dem eisernen Apparat der Zeche verbraucht und der Überschuß nach vorangehender Bereinigung, als Leuchtgas nach außerhalb verkauft werden.

Ein ähnliches Experiment wurde fast gleichzeitig auf dem Albert-Schacht der Kohlengruben von Hensies durchgeführt, wo 7 Sonden in einem Abstand von je 6 Meter in eine Tiefe von 20 Meter getrieben wurden. Das Gas wird durch ein Röhrensystem den Filtern entzogen. Das Experiment dauerte 70 Tage; die Methangasgewinnung betrug während dieser Periode 420 000 cbm.

Es ist das erstemal, daß im belgischen Kohlenrevier Methangas unmittelbar aus den Flözen gewonnen wird; die wirtschaftliche Auswertung dieser Methode ist noch nicht abgeschlossen.

Inbetriebnahme der Benelux „Borenfabrik N. V." in Holland

rm. Brüssel. Im Wirtschaftsraum der Benelux ist die vor einem Jahr gegründete „Borenfabrik N. V." in Betrieb genommen worden, die sich mit der Herstellung von Spiralbohrer befaßt. Die drei Benelux-Länder: Belgien — Niederland — Luxemburg waren bisher für den Bedarf dieser Werkzeuge auf das Ausland (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) angewiesen. Das neue Unternehmen hat seinen Standort in Amersfoort und arbeitet mit einem Aktienkapital von 2 438 000 Gulden. Es steht in enger Verbindung mit dem bedeutenden amerikanischen Werk „Republic Drill and Tool Company" in Chicago, die seine technischen Erfahrungen zur Verfügung stellte und das neue Unternehmen in seinem ganzen Umfang beaufsichtigt. Das „Institut voor Nederlandsch — Amerikaansche Industriele Samenwerking" in Amsterdam vermittelte das Abkommen zwischen den in Frage kommenden Partnern. An dem Unternehmen sind beteiligt die belgische Holdinggesellschaft Société Générale de Belgique, Brüssel, und die drei Amsterdamer Firmen Nederlandsche Handelsmaatschappij N. V., Nederlandsche Participatie Maatschappij und Lehembre & Co. N. V.

Die Jahresleistung der neuen Werkzeugfabrik beträgt 6 Millionen Bohrer, wovon nach Deckung des Benelux-Bedarfes, der Überschuß nach der Schweiz und den skandinavischen Ländern exportiert werden soll.

Der deutsche Handel mit Belgien-Luxemburg

Das Schicksal der Abkommen hängt noch in der Luft — Der Vertrag mit der Ostzone hat sich nicht bewährt

nn. Brüssel. Mitte Februar wird die im deutsch-belgisch-luxemburgischen Handelsvertrag vorgesehene gemischte Kommission in Frankfurt/Main zusammenkommen; bei dieser Gelegenheit wird außer der Überprüfung der Handelsbilanz, auch eine eventuelle Ausweitung der belgisch-luxemburgischen Ausfuhr nach Westdeutschland erwogen.

Der Handelsverkehr zwischen der belgisch-luxemburgischen Zollunion und der westdeutschen Bundesrepublik wird augenblicklich gerezelt durch das Zusatzprotokoll vom 14. November 1949, welches das Protokoll vom 8. August 1948 insofern ergänzen und sogar vollständig ersetzen soll als es das vor einigen Monaten sanktionierte Liberalisierungsprinzip, d. h. die Freiheit der Einfuhr als Basis der Globalkontingentierung (ohne genaue Festlegung der Warenkategorien) vorsieht, die Abschaffung der detaillierten Kontingentierung und der Einfuhrlizenzen (unter Beibehaltung der Zollgebühren) den deutsch-belgisch-luxemburgischen Handelsbeziehungen zugrunde legen soll. Dasselbe Prinzip der Globalkontingentierung und der freien Einfuhr war vor 4 bis 5 Monaten dem Handelsverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz, bzw. Holland vereinbart worden.

Dieses durch das große Prinzip des Angebotes und der Nachfrage geregelte deutsch-belgisch-luxemburgische Abkommen vom 14. November 1949 sieht indes noch gewisse Einschränkungen vor, damit es nicht durch eine allzu einseitige Auswirkung zu einer Störung des Gleichgewichts im Zahlungsraum führe. Das könnte eintreten, wenn beispielsweise durch Preisunterschiede die Einfuhr auf der einen Seite so massiv wäre, daß sie die daraus entstehenden Zahlungsverpflichtungen nur sehr schwer erfüllen könnte. Das wäre z. B. dann der Fall, wenn die massiv importierende Partei nicht imstande wäre, ihre Einfuhr nach dem intensiv liefernden Lande so zu steigern, (z. B. durch günstige Preise), daß sie wenigstens einen großen Teil ihrer Handelsschuld durch Warenlieferungen abdecken könnte. Das müßte z. B. eintreten, wenn das die Waren absorbierende Land zu teuer produzieren würde (hohe Löhne usw.), um durch Warenverkäufe an seinen Lieferanten seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Um einer solchen Eventualität vorzubeugen, hat man den zweiseitigen deutschen und belgisch-luxemburgischen Warenaustausch auf ein Wert-Maximum von 85 Mill. Dollar jährlich für jede Partei beschränkt. Ab 1. Januar 1950 wird der trimestrielle Warenaustausch für jede Vertragspartei auf 20 Mill. Dollar beschränkt.

Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte hielt aus Rücksicht auf die stark ausgeglichenen Zahlungsbilanz kontingentiert. Außerdem wurde stipuliert, daß bei häufiger und fortgesetzter Störung der Zahlungsbilanz die beiden Parteien sich über eine Restriktion der von dem stark verschuldeten Land aus dem Globalkontingent einzuführenden Waren verständigen sollten. Es ist indes noch nicht sicher, ob dieses deutsch-belgisch-luxemburgische Abkommen seitens von der OEEC verfolgten Zweck der Schaffung eines großen europäischen Marktes durch die Freiheit des Warenumsatzes erreicht wird. Die luxemburgische Industrie fürchtet die deutsche Konkurrenz, welche ihre Produktionskosten auf Grund von niedrigeren Rohstoffpreisen und bescheidenerer Löhnen so gliedrig halten kann, daß die luxemburgische Industrie kaum nachkommt und möglicherweise nur beschränkte Warenmengen nach Deutschland liefern kann. Wenn dadurch eine größere und andauernde Passivität der belgisch-luxemburgischen Handelsbilanz eintreten sollte, dann würden die Vertragspartner eine Abänderung des Vertrags vornehmen. Das endgültige Schicksal des deutschen und des belgisch-luxemburgischen Handelsvertrages in seiner jetzigen Form hängt also noch in der Luft.

Der zwischen der deutschen Ostzone und der belgisch-luxemburgischen Zollunion im Jahre 1947 abgeschlossene Handelsvertrag hat sich bisher schlecht bewährt. Dieser Vertrag war am 10. November 1948 abgelaufen, wurde aber nicht formell gekündigt. Eine Weiterführung resp. Erneuerung desselben wurde 1949 auch nicht in Erwägung gezogen. Dieser Handelsvertrag wurde niemals, weder wörtlich noch sinngemäß, von den russischen oder ostzonalen Behörden eingehalten. Die im Abkommen vorgesehenen detaillierten Warenkontingente (es gab damals noch kein Globalkontingent) standen lediglich auf dem Papier. Es wurden nur diejenigen belgisch-luxemburgischen Waren ins ostzonale Gebiet hereingelassen, die den ostzonalen oder den sowjetischen Behörden als interessant erschienen und vielleicht militärischen Charakter hatten. Andererseits hatte die Ostzone nur wenige Produkte zur Ausfuhr zu bieten, für die bei den Belgiern und Luxemburgern Interesse bestand. Es war außerdem praktisch unmöglich, den direkten Kontakt zwischen Exporteuren und Importeuren herzustellen, weil immer staatliche Vertreter oder halbstaatliche Organisationen sich dazwischen schoben und den effektiven Abschluß erschwerten. Das erklärt auch, warum die Leipziger Messe den belgisch-luxemburgischen Handel stark enttäuschte und warum die Leipziger Abschlüsse bis auf wenige Ausnahmen in engen Grenzen blieben.

Experimente im belgischen Kohlenbergbau

rm. Das im Februar und März 1949 auf der Kohlenzeche in Wandre Grdurstedtet Lüttich durch Inbetriebsetzung einer Kohlenschicht unternommene und gelungene erste Experiment, Gas für Industrie- und Heizungszwecke zu gewinnen, hat die Südwestländer zu einem weiteren Versuch ermutigt. Ein zweites Experiment, das mehrere Monate dauern wird, wird jetzt in größerem Umfang und in einer größeren Tiefe auf demselben Bergwerk unternommen.

Unabhängig der Vorarbeiten im Lütticher Revier, werden im Borinage-Becken, unter Führung des nationalen Kohleninstituts Experimente durchgeführt, die in dem Auffangen und der wirtschaftlichen Ausnutzung des ausströmenden Methangases bestehen. Das Methangas, ein Bunker- und auch Grubengas, ist ein Kohlenwasserstoff (CH_4). Es ist ein geruch- und farbloses brennbares Gas, das gemischt mit Luft oder Sauerstoff bei Entzündung heftig explodiert (schlagende Wetter) und vielfach eine der größten Gefahren im Bergbau ist.

In Frameries auf der Grube Grand-Trait, der Gesellschaft John Cockerill in Seraing/Lüttich anhörend, wird auf noch recht primitiver Art dieses gefährliche Gas aufgesaugt. Zwei Sonden von je 40 Meter Länge wurden in die Tiefe getrieben und führten zu folgendem Ergebnis: Das den beiden Sonden entströmende Methangas betrug 10 000 cbm in 24 Stunden. Innerhalb zweier Monate stellte sich die Gesamtförderung auf 373 000 cbm, was einem Heizwert von 700 000 cbm Leuchtgas entspricht, etwa der Tagesverbrauch der Brüsseler Agglomeration. Die Methangasgewinnung ist für die Sicherheit der Bergarbeiter von großer Bedeutung, da der Entzug des Gases die Gefahren vermindert. Der Gehalt an Methan, der vor dem Entzug des Gases in den Grubenbauen (nach dem Bericht des nationalen Kohleninstituts) 2,5 und 3,2 Prozent betrug, fiel nach dem Entzug auf 1,76 Prozent. Cockerill beabsichtigt jetzt die ausströmenden Gase zu verwerten und zu diesem Zweck dem Kohlenbergwerk Grand-Trait eine Methangasanlage anzugliedern. Das Gas soll als Betriebsstoff in dem eisernen Apparat der Zeche verbraucht und der Überschuß nach vorangehender Bereinigung, als Leuchtgas nach außerhalb verkauft werden.

Ein ähnliches Experiment wurde fast gleichzeitig auf dem Albert-Schacht der Kohlengruben von Hensies durchgeführt, wo 7 Sonden in einem Abstand von je 6 Meter in eine Tiefe von 20 Meter getrieben wurden. Das Gas wird durch ein Röhrensystem den Filtern entzogen. Das Experiment dauerte 70 Tage; die Methangasgewinnung betrug während dieser Periode 420 000 cbm.

Es ist das erstemal, daß im belgischen Kohlenrevier Methangas unmittelbar aus den Flözen gewonnen wird; die wirtschaftliche Auswertung dieser Methode ist noch nicht abgeschlossen.

Inbetriebnahme der Benelux „Borenfabrik N. V." in Holland

rm. Brüssel. Im Wirtschaftsraum der Benelux ist die vor einem Jahr gegründete „Borenfabrik N. V." in Betrieb genommen worden, die sich mit der Herstellung von Spiralbohrer befaßt. Die drei Benelux-Länder: Belgien — Niederland — Luxemburg waren bisher für den Bedarf dieser Werkzeuge auf das Ausland (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) angewiesen. Das neue Unternehmen hat seinen Standort in Amersfoort und arbeitet mit einem Aktienkapital von 2 438 000 Gulden. Es steht in enger Verbindung mit dem bedeutenden amerikanischen Werk „Republic Drill and Tool Company" in Chicago, die seine technischen Erfahrungen zur Verfügung stellte und das neue Unternehmen in seinem ganzen Umfang beaufsichtigt. Das „Institut voor Nederlandsch — Amerikaansche Industriele Samenwerking" in Amsterdam vermittelte das Abkommen zwischen den in Frage kommenden Partnern. An dem Unternehmen sind beteiligt die belgische Holdinggesellschaft Société Générale de Belgique, Brüssel, und die drei Amsterdamer Firmen Nederlandsche Handelsmaatschappij N. V., Nederlandsche Participatie Maatschappij und Lehembre & Co. N. V.

Die Jahresleistung der neuen Werkzeugfabrik beträgt 6 Millionen Bohrer, wovon nach Deckung des Benelux-Bedarfes, der Überschuß nach der Schweiz und den skandinavischen Ländern exportiert werden soll.

Englands Export erreicht Höchststand

Der Präsident des Handelsamts macht bekannt, daß nach den vorläufigen statistischen Angaben die Ausfuhr Großbritanniens im Januar mit 175,8 Mill. Pfund Sterling ihren bisher höchsten Stand erreicht hat. Sie liegt um 15,5 Mill. Pfund Sterling höher als die höchste Zahl im Vorjahre, die im November erreicht worden war und übertrifft den Monatsdurchschnitt des Jahres 1949 um 27,1 Mill. Pfund Sterling. Auch die Einfuhr lag im Januar mit 201,2 Mill. Pfund Sterling sehr hoch und war nur 0,9 Mill. Pfund Sterling niedriger als im Juni 1949, wo die bisher höchste Monatszahl festgestellt war. Die Wiederausfuhr betrug im Januar 5,3 Mill. Pfund Sterling, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 19,6 Mill. Pfund Sterling ergibt. Dieses Defizit ist wesentlich geringer als im Durchschnitt des Jahres 1949, der monatlich 35,8 betrug.

Auch in Australien protestiert England gegen Aufhebung der Treibstoffbewirtschaftung

Die Aufhebung der Treibstoffbewirtschaftung in Australien werde zu einem Zusammenbruch der Treibstoffbewirtschaftung in Großbritannien und in Neuseeland führen, soll der britische Ministerpräsident Attlee in einem Telegramm an den australischen Premierminister erklärt haben, verlautet in gutunterrichteten Kreisen. Australien sei indessen frei, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung nach eigenem Ermessen zu treffen, jedoch dürfe es weder mit besonderen Zuweisungen von Erdöl oder Erdölderivaten noch mit Dollar zum direkten Einkauf von Treibstoff im Dollarblock rechnen.

Trotz dieser britischen „Warnung" rechnet man in Australien mit einer baldigen Aufhebung der Treibstoffbewirtschaftung. Ein Tanker hat in den ersten Februarwochen in Melbourne 4,5 Mill. Gallonen Treibstoff, der aus Frankreich eingeführt wurde, gelöscht.

Der dem wirtschaftlichen Credo der britischen Labour-Party innewohnende Expansionsdrang gestattet offenbar nicht, ihn auf Großbritannien zu beschränken.

Ceylon plant Einfuhrbeschränkungen aus Dollar-Gebieten

Ceylon plant nach Mitteilung aus informierten Kreisen für die Einfuhr von Textilien, fertigen Kleidern und Kraftwagen aus Dollargebieten eine vollständige Sperre. Die Dollarausgaben in der Zeit von Juli 1949 bis Juni 1950 sind auf 18 Mill. Dollar festgesetzt, hiervon sind bis Ende des Jahres 1949 bereits 10 Mill. Dollar ausgegeben worden. Um eine Überschreitung der obigen Grenze zu verhindern, sollen nur noch dringende Bedürfnisse aus Dollarländern gedeckt werden, deshalb sollen Maschinen und andere für die Entwicklung der Insel wichtige Ausrüstungsgegenstände bei Einfuhrlizenzen mit Vorrang behandelt werden.

Britische Pläne für Holzkäufe

Die britische Holzkontrolle wird in Kürze Ausschreibungen auf 63 000 Standard Holz zur Verschiffung von der Pacific-Küste veröffentlichen, verlautet in Kreisen des Londoner Holzhandels. Wie bisher sollen nordamerikanische und kanadische Holzausfuhrfirmen Gelegenheit haben, sich an diesen Ausschreibungen zu beteiligen. Es wird vorgesehen sein, daß sie über eine Frist von etwa einem Monat zur Einreichung ihrer Angebote verfügen. Die Lieferungen sollen gegen ECA-Zuteilungen verrechnet werden. Getkanadische Holzfirmen sollen außerdem 30 bis 30 000 Standard kanadische Rotanne anbieten. Auch diese Lieferung wird mit ECA-Dollar bezahlt werden.

Einkäufer der britischen Holzkontrolle haben sich in den letzten Tagen nach Schweden begeben, wo sie mit schwedischen Holzausfuhrfirmen Besprechungen über die Lieferung von Holz aus Schweden nach Großbritannien während des Jahres 1950 zu führen beabsichtigen.

Dänemarks Sterlingsorgen

Während früher Dänemark mit einem schwierigen Dollarproblem zu kämpfen hatte, sei jetzt ein mindestens ebenso schwieriges Sterlingproblem in Erscheinung getreten, erklärt „National Tidende". Wie das Blatt berichtet, hätten Sachverständige des dänischen Handelsministeriums einen Plan für die Handelsbilanz des kommenden Jahres ausgearbeitet und seien dabei zu einem Defizit gekommen, das größer als erwartet sei. Als Gründe für die Verschlechterung der Zahlungsbilanz werden angegeben: 1. Verteuerung der Einfuhr aus Großbritannien, 2. fehlende Erhöhung der Preise für die dänischen Exporteure, die nach Großbritannien gehen, 3. die umfangreiche Verringerung der Einfuhrbeschränkungen auf Grund der Empfehlungen der OEEC, 4. Verringerung der Marshallhilfe seit 1. Juli 1949.

PALMOLIVE-RASIERCREME
TUBE 1.40 DM
für den härtesten Bart und die empfindliche Haut

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Südost-Asien-Handel muß von vorn anfangen

Nach deutschen Waren besteht Nachfrage

Ein großer Teil des ehemaligen deutschen Südostasien-Marktes ist in den letzten Jahren der deutschen Export-Wirtschaft verloorengegangen; englische, amerikanische, französische, holländische Kaufleute, die sowjetischen Außenhandelsbüros sind vielerorts an die Stelle der Deutschen getreten, so daß es jetzt, nachdem unser Außenhandel endlich wieder freier geworden ist, sehr schwierig sein wird, diese Märkte auch nur teilweise zurückzuerobern. Das trifft vor allem in den Fällen zu, wo große Projekte inzwischen auf bestimmte Normen abgestellt worden sind (wie z. B. bei Eisenbahnen und Kraftwerken) wodurch nicht nur die Neuanschaffungen, sondern auch die Frage der Ersatzteilbeschaffung auf eine neue Basis gestellt worden ist.

Ganz scheint allerdings die deutsche Ware noch nicht in Vergessenheit geraten zu sein. So ist z. B. Nachfrage nach deutschen Chemikalien, pharmazeutischen Artikeln, Farben und sonstigen Investitionsgütern immer noch vorhanden, so daß es Aufgabe der deutschen Exportkaufleute sein wird, diese Nachfrage wieder anzuregen und auszubauen. Trotz der langen Unterbrechung der Handelsbeziehungen ist er mit einigen Ländern in Süd-Ost-Asien wieder gelungen, den Waren- und Zahlungsverkehr — in einigen Fällen zunächst nur theoretisch — zu regeln. So bestehen mit Indien und Ceylon Handelsabkommen, die sich auf beiden Seiten gut angelassen haben. Indien lieferte bereits für rd. 6 Mill. Dollar Gummi, Baumwoll- und Sesamsaat, ferner Kopra, Kokosöl und andere wichtige Rohstoffe für die Fettversorgung, für über 2 Mill. Dollar Tee, für rd. 2 Mill. Dollar Gewürze aller Art, in erster Linie Pfeffer, weiterhin Baumwolle, Sisalhanf und andere gewerbliche Rohstoffe. Andererseits war auch Indien ein guter Kunde in Deutschland, so daß das Verrechnungskonto ziemlich ausgeglichen ist.

Große Mengen an tropischen Erzeugnissen, wie Kakaobohnen, Gewürze, Fettrohstoffen u. a. m. wurden aus Niederländisch-Ost-Asien bzw. Indonesien geliefert. Die Bedeutung dieser Einfuhren hat vor allem seit dem Herbst des vergangenen Jahres durch den Abschluß eines liberalen Handelsabkommens zwischen Holland und Westdeutschland und durch die damit verbundene Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen zugenommen. Allerdings wurde die Entwicklung durch die in Indonesien herrschenden Unruhen stark beeinträchtigt.

Vor kurzem weilte eine Handelsdelegation aus Pakistan in Frankfurt, die Westdeutschland den nicht unerheblichen Posten von 250 000 t Weizen anbot. Die gesamte Menge wurde in das Handelsabkommen, das kurz vor Weihnachten 1949 zustande kam, aufgenommen. Allerdings wird der Absatz des Weizens wegen der unverhältnismäßig hohen Preisforderungen nur mit großen Schwierigkeiten möglich sein.

Mit Siam besteht bereits seit neun Monaten ein Handelsabkommen in Höhe von rd. 65 Mill. Dollars. Die Hälfte davon, nämlich rd. 3,45 Mill. Dollar entfällt auf Nahrungsmittel. Dabei nimmt Reis mit 2 Mill. Dollar eine hervorragende Stellung ein und 1,2 Mill. Dollar sind für Ölsaaten, ölhaltige Früchte und Kokosöl vorgesehen, rd. 225 000 Dollar für Hülsenfrüchte, vorwiegend für weiße Speisebohnen. Allerdings wurden bisher nur geringe Umsätze getätigt, da das Abkommen zwar paraphiert, aber von der siamesischen Regierung noch nicht ratifiziert wurde.

Neuerdings erwartet man die ersten Einkäufe in Japan, mit dem ebenfalls ein Handelsabkommen geschlossen wurde. Für Nahrungsmittel sind über 2 Mill. Dollar für Walöl, Fischmehl, Speisebohnen evtl. auch Fischkonserven und rd. 200 000 Dollar für Tee zu erwarten. Mit den Philippinen steht man vor dem Abschluß eines neuen Vertrages. Gute Möglichkeiten bestehen für die Einfuhr von Kopra, Kokosöl, Bohnenöl und Ölkuchen im Austausch gegen deutsche Industrie-Erzeugnisse.

Außer diesen durch Abkommen geregelten Einfuhren werden aus Kreisen der Wirtschaft ständig Gegenseitigkeitsgeschäfte mit den südost-asiatischen Staaten angeregt; ein Zeichen dafür, daß die deutsche Exportindustrie bereits wieder ihre Fühler ausgestreckt und Verbindungen aufgenommen hat. Allerdings bestehen gegenüber den Gegenseitigkeitsgeschäften von alliierter Seite gewisse Bedenken, die das Zustandekommen dieser Geschäfte erschweren.

Japanische Konsulate für USA

Die Errichtung japanischer konsularischer Vertretungen in den USA wurde von dem alliierten Oberbefehlshaber, General MacArthur, am 8. Februar genehmigt. Es sind Vertretungen in New York, San Francisco, Los Angeles und Honolulu vorgesehen.

In der amtlichen Verlautbarung wird von „japanischen Vertretungen im Ausland" gesprochen. Sie sollen begrenzte konsularische Befugnisse haben, ohne die üblichen diplomatischen Vorrechte zu genießen. Als ihr Aufgabenkreis wird die Entwicklung des amerikanisch-japanischen Handels und die Betreuung der japanischen Staatsangehörigen in den USA bezeichnet. Sie sollen weiter den amerikanischen Markt und die Exportmöglichkeiten für die japanische Wirtschaft studieren. Sie dürfen Warenproben japanischer Exportgüter verteilen und sollen schließlich amerikanischen Interessenten Auskunft über die japanische Wirtschaftsgesetzgebung geben.

„Dollar ist überbewertet"

Der Dollar sei stark überbewertet und werde möglicherweise noch devaluiert werden müssen, erklärte der südafrikanische Oppositionsführer, General Jan Smuts, am 7. Februar gegenüber Wirtschaftsvertretern. Seit der vor 16 Jahren erfolgten Festsetzung des Goldwertes im Verhältnis zum Dollar hätten sich die Produktionskosten stark erhöht. Der Goldpreis müßte daher heraufgesetzt werden.

Kanada mildert Einfuhrbeschränkungen für Waren aus den USA

Der kanadische Finanzminister Douglas Abbott gab die Milderung von verschiedenen Einfuhrbeschränkungen bekannt und drückte dabei die Hoffnung aus, daß dadurch zusätzliche Einfuhren aus Europa ermöglicht werden würden. In Handelskreisen wird hierzu erklärt, daß die in Frage kommenden Waren im allgemeinen von den USA geliefert zu werden pflegten. Auf Grund der neuen Bestimmungen wird die im Jahre 1947 erlassene Einfuhrsperre aufgehoben und dafür Einfuhrkontingente eingeführt. Durch die Neuregelung kommen u. a. Kühlschränke, Waschmaschinen, Rundfunkapparate, Grammophone und Klaviere in Kategorie 4 der Kontingentliste, so daß die Kontingente 50 Prozent von 1946/47 betragen.

Mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres werden alle „Notstandsbeschränkungen" auf die Einfuhr von Kakao- und Kaffee-Erzeugnissen, die in einzelnen Bestimmungen des Zolltarifs festgelegt sind, aufgehoben. Vom gleichen Tage an werden die Einfuhrquoten von Spinnstoffen um 10 Prozent erhöht, was Spinnstoffen amerikanischer Erzeugung bessere Wettbewerbsmöglichkeiten gegen die ohne quotenmäßige Beschränkung eingeführten britischen Spinnstoffe gewährleisten. Weiterhin teilte der Finanzminister mit, daß die Schweiz vom 1. April an auf die Liste der sogenannten nichtplanmäßigen Lieferländer Kanadas gesetzt wird. Das bedeutet, daß alle Waren aus der Schweiz, die bisher quotenmäßigen Beschränkungen unterlagen, in Zukunft nach dem Global-Einfuhrverfahren importiert werden können.

Werden die USA den Weizenanbau beschränken?

Das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium empfahl dem Kongreß der USA scharfe Anbaubeschränkungen für Weizen ab 1951. Der stellvertretende Direktor des Produktions- und Marktamtes der USA erklärte in den Befragungen über die Weizenversorgung der Vereinigten Staaten, die der Agrarunterausschuß des Repräsentantenhauses zur Zeit durchführt, daß nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums die Definition des Begriffs der „normalen" Versorgung, auf der sich die Festsetzung der Anbaufläche für Weizen nach der bestehenden Gesetzgebung gründe, der heutigen Versorgungslage nicht mehr entspreche. Das Gesetz bestimme, es müsse so viel Weizen angebaut werden, daß die Inlandsversorgung unter Einrechnung des Überschusses aus den Vorjahresernten gesichert bleibe, daß genügend Weizen zur Ausfuhr zur Verfügung stehe und daß außerdem eine Reserve von 30 % der gesamten Ernte verbleibe. Nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums sei die Forderung nach einer Reserve von 30 % heute nicht mehr tragbar; daher befürworte es, diesen Satz auf 20 % zu ermäßigen. Der stellvertretende Direktor des Produktions- und Marktamtes sagte, daß diese Kürzung eine Beschränkung der für 1951 vorgesehenen Anbaufläche für Weizen von 68,944 Mill. acres um Mill. acres zur Folge haben würde.

Westdeutschland im Schweizer Export an dritter Stelle

Nach der Schweizer Außenhandelsstatistik hat die Schweiz im Jahre 1949 aus Deutschland Erzeugnisse für 332 (1948: 322,7) Mill. sfrs. eingeführt. Die Ausfuhr nach Deutschland betrug 313,4 (1948 nur 69,0) Mill. sfrs. Das Bilanz-Passivum im Verkehr mit dem nördlichen Handelspartner ist somit fast verschwunden. Die Ausfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1938 noch 18,7 Prozent von Gesamtexport ausmachte, hat 1949 immerhin bereits wieder den Satz von 9,1 Prozent erreicht. Demgegenüber betrug der Import aus Deutschland 1938 insgesamt 23,2 Prozent der Gesamteinfuhren, während 1949 nur ein Anteil von 8,8 Prozent erzielt werden konnte. Nach den USA und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion ist Deutschland unter den Abnehmern der Schweiz auf die dritte Stelle gerückt.

*

Nach vorläufigen Zahlen aus der Schweizer Uhrenindustrie sind im Jahre 1949 24,7 Mill. Uhren aller Art im Werte von 703 Mill. sfrs. exportiert worden. Damit hat die Schweizer Uhrenindustrie die Ausfuhrhöhe des Jahres 1948 gehalten, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Hochkonjunktur im Abflauen begriffen ist. Die Neuaufträge sind seit der Abwertungswelle im September vergangenen Jahres zurückgegangen.

Tschechische Exporterfolge

Die tschechoslowakische Exportgesellschaft Kovo, die im vergangenen Herbst eine umfassende Werbeaktion zur Steigerung der Exportbemühungen veranstaltet hatte, konnte beträchtliche Erfolge verzeichnen. So konnte u. a. in den letzten Tagen des vergangenen Jahres erstmals die Lieferung eines ganzen Glukosewerkes nach Indien abgefertigt werden. Die Anlage, die Zucker aus Mais erzeugt, hat eine Leistungsfähigkeit von 1000 kg Glukose pro Tag.

*

Die tschechoslowakische Industrie, die vor dem zweiten Weltkrieg auf die Einfuhr von Meßgeräten angewiesen war, vermochte nach dem Kriege, besonders seit dem Februar 1948, eine eigene Produktion der verschiedensten Meßapparate zu entfalten, die sich rasch eine führende Rolle auf den Weltmärkten errungen haben. So haben sich z. B. in Belgien die tschechoslowakischen Präzisionsmeßgeräte der Marke Metra bereits so gut eingeführt, daß sie dort keiner besonderen technischen Kontrolle mehr unterzogen werden, da die Marke eine hinlängliche Gewähr verläßlicher Qualität bildet. Die Meßapparate werden heute bereits nach allen Ländern der Welt ausgeführt.

*

Durch eine Steigerung der Dezember-Einfuhr auf 4775 und der Ausfuhr auf 4478 Mill. Tschechenkronen, die mehr als saisonbedingt war, ist, wie in VWD-Ausland vom 29. 1. 50 bereits gemeldet, ein ansehnliches Aktivum der Jahresbilanz des Außenhandels der Tschechoslowakei entstanden. Wie sich die Entwicklung des tschechoslowakischen Außenhandels in den vier Quartalen des vergangenen Jahres vollzog, zeigt die nachstehende Tabelle (in Mill. Tschechenkronen):

Quartal	Import	Export	Bilanz
I.	8 735	9 093	+ 358
II.	11 549	10 965	— 584
III.	9 818	9 477	— 341
IV.	9 596	11 375	+1779
1949	39 598	40 507	+ 909
1948	37 716	37 648	— 68

Polen in der sowjetischen Rüstung

In dem neuen Protokoll, das zwischen der Sowjetunion und Polen über den Warenaustausch für das Jahr 1950 am 25. 1. in Moskau unterzeichnet wurde, hat sich Polen verpflichten müssen, u. a. Kohlen, rollendes Eisenbahnmaterial, Bunt- und Schwarzmetalle an die Sowjetunion zu liefern.

An Buntmetallen hat Polen vor dem Krieg nur einen beachtlichen Überschuß an Zink gehabt, der heute noch größer sein dürfte, da die ehemals deutschen Gruben und Hütten an Polen gefallen sind. Im Jahre 1938 deckte die polnische Zinkerzeugung 132 Prozent des polnischen Bedarfs. Die Ausfuhr war im wesentlichen nach Westeuropa gerichtet. Sie betrug 1929 132 203 t, wovon allein 74 148 t von Deutschland aufgenommen wurden. Westeuropa war an der polnischen Zinkausfuhr dieses Jahres mit insgesamt 94 903 t oder 71,5 Prozent beteiligt. Nach dem Osten gingen dagegen nur 38 410 t oder 37 Prozent. Von den ostwärts gerichteten Ausfuhren gingen damals 19 903 t nach der Sowjetunion. Bis zum Jahre 1938 hatte sich die polnische Zinkausfuhr auf 58 123 t verringert. Der Westen nahm davon 42 638 t oder 73,5 Prozent auf, während nur 9603 t oder 16,8 Prozent nach Osten exportiert wurden. Der Rest ging nach Übersee. Die Sowjetunion war 1938 als Zinkkäufer am polnischen Markt ausgeschieden. In Kohlen hatte Polen 1938 eine Förderung, die den Eigenbedarf des Landes um 145 Prozent überstieg. Das führte zu einem Kohlendumping Polens am Weltmarkt, das sich hauptsächlich gegen die englische Kohle richtete und für das mit französischem Kapital damals die Kohlenmagistrale nach Gdingen gebaut wurde.

Die polnische Eisen- und Stahlausfuhr nach der Sowjetunion war vor dem Krieg verschwindend gering. Sie betrug 1938 nur 3558 t oder 1,01 Prozent der Gesamtausfuhr, die sich im wesentlichen auch nach Westeuropa richtete, das mit 170 468 t oder 48,5 Prozent der Gesamtausfuhr Polens an der Spitze stand. Osteuropa einschließlich der Sowjetunion nahm dagegen nur 80 175 t oder 22,84 Prozent der Ausfuhr auf. Der Rest ging auch hier nach Übersee und nach den Balkanländern.

Die Sowjetunion war vor dem Krieg nur noch in sehr losen Handelsbeziehungen mit Polen auf dem Gebiet des Eisens und Stahls und der NE-Metalle. Der Kriegsausgang hat die Lage vollkommen zugunsten der sowjetischen Wirtschaft verändert, die im Interesse der Rüstung gerade bei diesen Erzeugnissen den Westen als Abnehmer verdrängt hat.

Die Gründe der Kautschuk-Hausse

Die Kautschukpreise haben an den internationalen Märkten einen Stand erreicht, der die Produzenten mit Genugtuung, die verbrauchende Industrie mit Sorge erfüllt und den Handel veranlaßt, sich über die Gründe zu dieser Entwicklung und über den weiteren Verlauf Rechenschaft abzulegen. Seit dem Zusammenbruch des „Stevenson-Plans" im Jahre 1928, der bekanntlich scharfe Produktionsbeschränkungen im Interesse einer Preissteigerung vorsah, haben die Kautschukpreise nicht die Höhe erreicht, die sie in den letzten Wochen erklettert haben. Es lassen sich für diese Entwicklung eine ganze Reihe von Gründen anführen. Die wichtigsten dürften folgende sein:

1. Die statistische Position von Kautschuk hat sich verstärkt: Kautschuk für prompte Lieferung ist knapp, und es besteht keine Aussicht, daß sich dies in Kürze ändern wird.
2. Die Kauflust der Vereinigten Staaten hat sich infolge des größeren Absatzes der Kautschukindustrie in Verbindung mit den hohen Verkäufen von Kraftfahrzeugen belebt.
3. Außer den verhältnismäßig kleinen Käufen zur Auffüllung der strategischen Kautschukreserve am Londoner Markt erwartet man, daß die USA laufend größere Mengen zu Hortungszwecken kaufen werden.
4. Seit der Finanz- und Wirtschaftskonferenz in Washington im September des vergangenen Jahres ist die Haltung der amerikanischen Behörden, zumal die des für Einkäufe zu Hortungszwecken verantwortlichen Amtes, gegenüber dem Naturkautschuk freundlicher geworden.
5. Die unsichere politische Lage im Fernen Osten regt nicht nur Käufe für die amerikanische Hortungsreserve an, sondern veranlaßt auch den Handel und die übrigen Verbraucher, sich größere Bestände hinzulegen, als sie es in ruhigen Zeiten tun würden.
6. Die unsichere politische Lage in Indonesien kann einerseits zu einer Beschränkung der Gewinnung führen, andererseits mag die Erwartung einer indonesischen Abwertung viele Produzenten und Händler für Indonesien veranlassen, ihre Kautschukverkäufe auf den unbedingt erforderlichen Umfang einzuschränken.
7. Die Unruhe in Burma und Indochina läßt befürchten, daß sich die Reiseversorgung der Länder des Fernen Ostens schwierig gestalten werde. Andererseits verhindert das Stützungsprogramm der USA für Grundnahrungsmittel einen Preisstickstoff für diese Erzeugnisse. Beide Faktoren zusammen erhöhen die Lebenshaltungskosten in den Ländern des Fernen Ostens und haben auch eine entsprechende Verteuerung der Produktionskosten für Kautschuk zur Folge.
8. Die starken sowjetischen Kautschukkäufe.
9. Die Erkenntnis, daß Kautschuk im Verhältnis zu den Vorkriegspreisen weniger gestiegen ist, als die meisten anderen Rohstoffe. Die letzten Preiserhöhungen der nordamerikanischen Kautschukindustrie für Reifen sind weniger eine Folge der höheren Kautschukpreise, als der höheren Baumwollpreise.
10. Der Ausverkauf vieler Produzenten kurz nach der Pfund-Abwertung. Nach der Pfundabwertung haben sehr viele Produzenten Kautschuk auf Termin verkauft. Sie müssen diese Verpflichtungen erfüllen und können deshalb nur Zeit nur wenig Ware frei anbieten.

Dies ist eine reichhaltige Liste. Es bleibt nur die Frage offen, ob sich nicht einer oder mehrere der angeführten Faktoren bei einer Umkehrung des Trends plötzlich nach der anderen Seite hin auswirken.

Welt-Kautschukversorgung

Das Sekretariat der nordamerikanischen Abteilung der Internationalen Kautschukstudiengruppe veröffentlicht über den Verbrauch, die Gewinnung und die Bestände von Kautschuk im Jahre 1949 folgende Schätzungen (in 1 000 longtons):

	1949	1948
Weltgewinnung von Natur- u. Synthese-Kautschuk	1 922,5	2 052
davon:		
Naturkautschuk	1 482,5	1 530
Synthesekautschuk	440,0	522
Weltverbrauch von Natur- und Synthesekautschuk	1 875	1 900
davon:		
Naturkautschuk	1 427,5	1 420
Synthesekautschuk	447,5	480
Bestände zum Jahresende	867,5	880
davon:		
Naturkautschuk	737,5	755
Synthesekautschuk	110	125

Bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Synthesekautschuk sind Angaben über die UdSSR nicht greifbar; sie konnten daher nicht berücksichtigt werden. Die Bestände zum Jahresende berücksichtigen weder die Bestände der UdSSR, noch die strategischen Reserven in den USA, in Großbritannien und in Frankreich.

Erfolgreiche Exportoffensive Schwedens

Während im schwedischen Nationalbudget der Exportwert für 1949 auf 4080 Mill. sKr. veranschlagt worden war, ist tatsächlich ein Wert von 4350 Mill. sKr. erzielt worden. Diese Zunahme ist auf teilweise bemerkenswerte Steigerungen einiger wichtiger Exporterzeugnisse zurückzuführen. Im einzelnen unterrichtet hierüber die folgende Tabelle.

Schwedischer Export wichtiger Waren

	1948	1949	Veränderungen %
Eisenerz (1000 t)	13 848	15 784	+ 11
Streichhölzer (1)	19 200	15 200	+ 32
Holzwaren (Stück)	520 000	641 000	+ 20
Wallboard (1)	35 000	36 000	+ 3
Holzschliff (")	254 000	1 350 000	+ 31
Zellulose (")	1 400 000	1 556 000	+ 11
Zeitungspapier (")	171 000	195 000	+ 14
Kraftpapier (")	150 000	143 000	— 4
Druckpapier (")	58 000	61 000	+ 5
Stahl (")	97 000	116 000	+ 19
Kugellager (Mill. sKr.)	36,6	36,4	+ 15
Rasierklingen (")	31,3	38,7	+ 24
Telefone (")	36,3	45,3	+ 25
Schreib- und Rechenmaschinen (")	28,5	33,8	+ 18
Handelsstoffe (")	227,5	273,8	+ 20

Für 1950 wird eine Zunahme des Exports von Holz auf etwa 670 000 Stds. und von Zellulose sowie Holzschliff auf 1,69 Mill. t erwartet. Bei zahlreichen anderen Erzeugnissen wird mit einer mindestens ebenso günstigen Entwicklung gerechnet wie 1949, um so mehr, als die Preise wichtiger Exportprodukte seit einiger Zeit stetig anziehen.

Schweden will durch Bezug aus Westdeutschland Dollar sparen

Schwedens Einfuhrplan sieht für 1950 eine dollarkostende Einfuhr in Höhe von 502 Mill. Dollar vor. Im vergangenen Jahr war ursprünglich ein Import im Werte von 524 Mill. Dollar vorgesehen, dieser Betrag war dann auf 447 Mill. Dollar herabgesetzt worden, die tatsächliche Einfuhr hatte schließlich aber doch 530 Mill. Dollar erreicht. In diesem Jahr wird eine Änderung des Planes nicht erwartet, eine wesentliche Überschreitung der vorgesehenen Grenze wird aber nicht für möglich gehalten, weil die bisherigen Versuche, den dollarbringenden Export zu erhöhen, wenig erfolgreich gewesen sind.

Die schwedischen Industriellen glauben nicht an große Absatzmöglichkeiten für Zellstoff, Schwedens wichtigsten Exportartikel, nach USA. Zweifellos könnten gewisse Mengen bei der neu entstandenen amerikanischen Zellulose-Industrie im Wettbewerb mit anderen Ländern abgesetzt werden, doch zeige die Erfahrung, daß die Preise Schwedens reichlich hoch lägen. Man habe in Marktuntersuchungen nach Ersatz-Exportartikeln für den Zellstoff gesucht und z. B. an erhöhten Absatz von Möbeln gedacht, doch seien bisher noch keine Ergebnisse erzielt worden. Schwedens früher zweitwichtigste Exportware, Edelstahl, versage sich immer mehr, da Amerika selbst diese Produktion weitgehend entwickelt habe. Man zeige in den USA Interesse an Eisenerz, doch erweise sich die Höhe der Transportkosten als Hemmnis.

Wenn somit wenig Hoffnung auf Vermehrung des dollarbringenden Exports bestehe, müsse man versuchen, die Bedürfnisse an Dollar herabzusetzen, indem man sich auf einen geringeren Dollarbedarf umstelle. Hierbei falle der Blick auf die Absatzmöglichkeiten in Deutschland. Trotz der bemerkenswerten Zunahme des deutsch-schwedischen Warenaustausches habe im Jahre 1949 der Anteil Deutschlands am schwedischen Import nur 8 % und am schwedischen Export nur 7 % betragen, während es vor dem Krieg 22 % bzw. 17 % waren. Eine weitere Zunahme des Warenaustausches sei 1950 zu erwarten, da grundsätzlich fast alle Importe aus Westdeutschland von Einfuhrbeschränkungen befreit seien. Die schwedischen zuständigen Stellen rechneten daher damit, daß es möglich sein werde, Maschinen, Metalle und Chemikalien anstatt aus den USA aus Deutschland zu importieren. Um in der Lage zu sein, diese vermehrten Bezüge aus Westdeutschland zu bezahlen, müsse man entsprechend mehr in Deutschland abzusetzen suchen. Daher sei eine Exportoffensive in Richtung Westdeutschland ebenso wichtig wie eine solche nach den Dollarmärkten.

Neue schwedische Importliszenzen

Die schwedische Handels- und Industriekommission hat weitere 6,5 Mill. sKr. zur Lizenzierung freigegeben. Der Betrag verteilt sich auf Pelzwaren, Musikinstrumente mit Ersatzteilen aus Frankreich, Fischereigeräte, Juwelierarbeiten, Edelsteine und Grammophone mit Teilen aus Großbritannien sowie Pelzwaren aus Österreich. Sämtliche Erzeugnisse sind kontingentiert. Anmeldefrist für Grammophone ist der 17. Februar, für Juwelierwaren und Edelsteine der 27. Februar, für die übrigen Erzeugnisse der 20. Februar, ausgenommen Pelzwerk, wo die Anmeldefrist nicht besonders festgelegt worden ist.

Schweden plant Zollfreiheit für Echolote

Auf Grund einer Anregung der west- und süd-schwedischen Fischereiverbände hat das Kommerskollegium einen Antrag ausgearbeitet, welcher die Zollfreiheit für Echolote vorsieht. Der Antrag soll in Kürze dem schwedischen Reichstag zugeleitet werden.

Mangel an Eisenerzeugnissen in Schweden

Das Warensortiment im schwedischen Eisenhandel wird gegenwärtig als „ziemlich befriedigend" bezeichnet. Wie VWD aus Fachkreisen erfährt, besteht indessen auch weiter ein ausgesprochener Mangel an Schmiedeerzeugnissen für die Bauindustrie, Schraubenschlüssel, Zangen verschiedener Art und Größe sowie Holzschrauben. Weder bei den Erzeugern, noch bei dem Groß- und Einzelhandel sind in diesen Erzeugnissen größere Lager vorhanden, zumal in ihnen der Export nach typischen Hartwährungsländern möglich ist.

Österreich erhöht Umrechnungskurs für die Schwedenkrone

Die österreichische Nationalbank hat den Umrechnungskurs für 100 Schwedenkronen auf 497,50 Schilling erhöht. Der bisherige Kurs, der Mitte Januar festgesetzt wurde, betrug 455,85 Schilling für 100 sKr.

Zinsendienst für schwedische Milliarden-Anleihe läuft an

Am 1. Juni ds. Js. wird die erste Zinszahlung auf die schwedische Anleihe über 1 Milliarde sKr. an die UdSSR fällig, die vor drei Jahren abgeschlossen worden ist. Für die ersten drei Jahre sah der Vertrag Zinsfreiheit vor. Der fällige Betrag beläuft sich auf 1,8 Mill. sKr., wie wir aus Finanzkreisen erfahren.

Erhöhung der Papierpreise in Skandinavien

Von den skandinavischen Papierproduzenten sind etwa seit Beginn dieses Monats die Preise für alle Arten von Umschlag- und Fetzpapier nach und nach erhöht worden. Die Erhöhungen bewegen sich im Durchschnitt um etwa 10 %. Für Viskose gingen die Preise in der letzten Zeit um 30—35 sKr. pro t hinauf.

Angebot für Exporteure!

Große Mengen

VISKOSE

Abfälle
Tafelschwämme
Fensterschwämme
ein billiger

ADOLF BECK
Bartholomäi bei Eslingen a. N. (Württ.)

Alles Nürnberger Bauunternehmen

m. best. Bef. u. gut eingeführt, sucht

tätigen oder stillen Teilhaber

mit Kap.-Einlage von 40—50 000 DM. Selbstint. u. A 1158 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe/B., Veilchenstr. 35.

Dieselraupenbagger

5,47 cbm Hochlöffel m. Stampfeinr., Fabr. Menck, Mod. Mir 011, Bj. 1934, OM gen.-Oberh.

20 Din-Muldenkipper

1943, fast neu, preisgünstig zu verk. Anh. u. A 1159 Wirtschaftsrevue, Karlsr., Veilchenstr. 35

Technischer Korrespondent

engl., span., ital., franz. Sprachkenntnisse, mehrjährige Werkstatt- und Konstruktionsbürotätigkeit, kaufm. gebildet, gewandtes Auftr., ev. poln. Wirkungsgr. Ang. u. A 1160 an Wirtschaftsrevue, Karlsr., Veilchenstr. 35

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.
KARLSRUHE IN BADEN
Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

ECA-Mittel nur gegen Liberalisierung

**Schlechte Stimmung in den USA - Getreide und Baumwolle fest - Geplatzter Corner in Baumwolle
Kaffee, Kakao, Zucker und Wolle schwächer**

Bei dem bestimmenden Einfluß der wirtschaftlichen Betätigung der Vereinigten Staaten auf die Weltwirtschaft ist eine Analyse des Standes der nordamerikanischen Wirtschaft ohne Zweifel aufschlußreich. Trotz der Lohnstreitigkeiten der letzten Zeit, von denen einige schnell zu einer beide Teile befriedigenden Lösung geführt werden konnten, andere, an erster Stelle der Kohlenarbeiterstreik noch andauern, hat sich die Erwartung auf ein gutes Geschäftsjahr, wenigstens für die erste Hälfte von 1950, gefestigt. Indessen erhebt sich die erste Frage, ob die amerikanische Wirtschaft tatsächlich schon über die Hürde der ihr noch verbleibenden Schwierigkeiten hinübergekommen ist. Es sind nicht nur wirtschaftliche Faktoren, die diese Frage berechtigt erscheinen lassen. Bei der engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Beziehungen der westlichen Welt, deren Wachtträger die Vereinigten Staaten sind, zu der UdSSR in der letzten Zeit schlechter geworden sind. Man hatte gehofft, zu einer Art Waffenstillstand im kalten Kriege zwischen Ost und West zu kommen, man hatte geglaubt, daß auch die UdSSR im Hinblick auf ihre starke Engagierung im Fernen Osten einen solchen Waffenstillstand begrüßen würde. Doch dies war eine Täuschung. Als die Vertreter der Westmächte kürzlich in Moskau die Bedingungen der Sowjetunion für einen Waffenstillstand zu erfahren suchten, wurde ihnen vom sowjetischen Außenministerium ein wenig aufschlußreicher Empfang bereitet.

Auch mit der ECA und mit den Plänen über eine wirtschaftliche Integrierung Westeuropas haben die Vereinigten Staaten keine geringe Sorge. Die Verhandlungen in Paris kommen aus dem Stadium der theoretischen Erörterungen nicht heraus. Zumal Großbritannien erweist sich mit seinem starren Festhalten am sozialistischen Credo als das „Enfant terrible" im Kreise der ERP-Länder. Man soll die hierin liegende Gefahr nicht unterschätzen. Die Enttäuschung der Vereinigten Staaten kann trotz aller Gründe, die dagegen ins Feld geführt werden können, das Interesse Nordamerikas an der Koordinierung der europäischen Nationalwirtschaften zum Erlahmen bringen. Die Gefahr einer selbstgewählten Isolation — man erinnere sich an die Entwicklung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg — ist nicht so weit entfernt, wie es die Optimisten glauben mögen. Sie ist um so größer, als auch in den USA selbst Zweifel an der Wirksamkeit der wirtschaftlichen Maßnahmen der nordamerikanischen Regierung geäußert werden. Sollten diese Maßnahmen einen Rückgang der wirtschaftlichen Betätigung zu irgendeinem späteren Zeitpunkt dieses Jahres nicht vermeiden können, dann würde die öffentliche Meinung der USA die Schuld an diesem Versagen der herrschenden Partei in die Schuhe schieben. Man muß sich darüber im klaren sein, daß dann nicht zuletzt das europäische Hilfsprogramm als Sündenbock herausgestellt werden würde.

Wie weit die Dinge bereits gediehen sind, erhellt aus den Erklärungen des ECA-Administrators, Paul G. Hoffman, nach seiner Rückkehr aus Europa. Er hat offen Großbritannien beschuldigt, die Liberalisierung des europäischen Handelsverkehrs zu hemmen. Hoffman erwartet, daß der Kongreß außer einer scharfen Kürzung der Mittel zu Durchführung der Marshallplanhilfe die Möglichkeit ins Auge fassen könne, einen Teil der ECA-Mittel in Reserve zu halten, und sie nur jenen Ländern zur Verfügung zu stellen, die von sich aus bereit waren, die Risiken einer stärkeren Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs auf sich zu nehmen.

Mit Ausnahme von Getreide und Baumwolle war die Tendenz an den internationalen Rohstoffmärkten in der Berichtswoche leicht rückläufig.

Getreide

Die Notierungen für Getreide an der Chikagoer Börse konnten in der Woche zum 9. Februar die Verluste der Vorwoche gut aufholen. Weizen, Märztermin, wurde am 8. Februar zu 217⅛ gegenüber 213⅞ cts je Bushel am 2. Februar gehandelt. In der gleichen Zeit stieg Mais von 126 auf 127¾, und Hafer von 71½ auf 73⅛ cts je Bushel. Chikago verkehrte zu Anfang der Berichtswoche in nachgebender Haltung. Man verwies auf das schlechte Ausfuhrgeschäft, auf den geringen Absatz von Mehl am Inlandsmarkt und auf die steigenden Anlieferungen von Mais. Man wird sich außerdem auch in den Vereinigten Staaten mehr und mehr der Tatsache bewußt, daß die Getreideüberschüsse der übrigen großen Produktionsländer in der nächsten Zeit verstärkt nach Absatz drängen werden. Im weiteren Verlauf der Berichtszeit nahm das Ausfuhrgeschäft zu. Ausschlaggebend für die feste Haltung dürfte indessen die Empfehlung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums an den Kongreß sein, die Anbaufläche für Weizen von Jahre 1951 an zu beschränken. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen soll in den Vereinigten Staaten soviel Weizen angebaut werden, daß die inländische und die ausländische Nachfrage befriedigt werden kann, und daß außerdem eine Reserve in Höhe von 30% der gesamten Ernte verbleibt. Diese Bestimmung ist nach Ansicht der Regierung bei der heutigen Versorgungslage der Welt mit Getreide überholt. Die Regierung fordert daher vom Kongreß eine Beschränkung der für 1951 vorgesehenen Anbaufläche von fast 69 Mill. acres für Weizen um 7 Mill. acres.

In Frankreich haben die Anlieferungen der französischen Bauern einen derartigen Umfang erreicht, daß der Handel Schwierigkeiten hat, die angelieferten Mengen ordnungsmäßig zu lagern. Es verlautet, daß Frankreich bereit sei, zusätzlich zu seinen Verkäufen von Weizen an die Niederlande und an Großbritannien, 100 000 t nach Westdeutschland zu liefern. Der französische Getreidehandel klagt über den hohen Roggenpreis, der es ihm nicht erlaube, eine unverhältnismäßig große Lagerhaltung auf ein vernünftiges Maß herunterzudrücken.

Australien erwartet in Weizen eine neue Rekordernte. Zu Anfang der Woche wurde eine amtliche Schätzung für 1949/50 in Höhe von 214,8 Mill. Bushel veröffentlicht; am 10. Februar schon kommt eine neue Nachricht, daß die erste Schätzung auf 216,48 Mill. Bushel korrigiert werden müßte. Das australische Weizenamt wird etwa 200 Mill. Bushel über seine Organisation zur Ausfuhr und zur Deckung des Inlandsverbrauchs leiten. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die australische Quote im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens nur 80 Mill. Bushel beträgt.

Nach Berichten aus Argentinien nimmt die Trockenheit in einzelnen Landesteilen geradezu bedrohlichen Umfang an. Fast die ganze Getreidezone ist in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere haben die Mais- und Sonnenblumenernten zu leiden. In einzelnen Teilen des Landes sind die Farmer bereits dazu übergegangen, Kulturland als Weideland zu benutzen oder zu verpachten. Diese Flächen fallen also, wenn Regenfälle einsetzen sollten, aus. Mais zur Viehfütterung wird in Argentinien bereits zu 28 arg. Peso je dz gehandelt, erheblich höher als der bis vor kurzem geltende Ausfuhrpreis des Instituto Argentino de Promocion de Intercambio (IAPI) von 21,50 arg. Peso je dz. Mit Bestimmung nach Europa wurden in der Berichtswoche in argentinischen Häfen 17 500 t Weizen, 28 000 t Mais, 8000 t Hafer, 4000 t Gerste und 1000 t Roggen verladen. In Weizenmehl und Leinsaatöl fanden keine Verschiffungen statt.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	4. 2. 50	11. 2. 50
März	214	217
Mai	205½	207¾
Juli	187¼	188⅝

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,3 kg

	4. 2. 50	11. 2. 50
März	126¾	127¾
Mai	126	126¾
Juli	123¼	126

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	4. 2. 50	11. 2. 50
März	71½	73⅛
Mai	67	68¾
Juli	60⅞	61⅛

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	4. 2. 50	11. 2. 50
März	140⅞	—,—
Mai	136⅞	142½
Juli	135½	143¼
Oktober	—,—	139¾

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	4. 2. 50	11. 2. 50
März	118⅛	—,—
Mai	113¾	114¼
Juli	109⅝	116½
Oktober	—,—	107⅛

Öle und Fette

Der nordamerikanische Markt für Öle und Fette verkehrte in stetiger Haltung. Ursächlich hierfür waren die Käufe des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums von 19,2 Mill. Schmalz für Westdeutschland, die einen Durchschnittspreis von 11,26 cts je lb fob amerikanischen Hafen ergeben haben. Außerdem wurden in der Woche zum 3. Februar 5,7 Mill. lbs Sojabohnenöl, roh, und 270 000 Bushel Sojabohnen ebenfalls zur Ausfuhr verkauft. Weiterhin wurde der Markt für eßbare Öle und Fette durch die Forderung des Handels an die Regierung, in der nächsten Saison nicht den Preis von Baumwollsaat sondern lediglich die Enderzeugnisse aus Baumwolle zu stützen, angeregt. Auch die Aussicht, daß Anbaubeschränkungen für Sojabohnen noch in diesem Jahre verfügt werden können, wirkte in der gleichen Richtung. Der Markt für nichteßbare Öle und Fette erfuhr durch die Einkaufsgenehmigungen der ECA von 800 000 Dollar Talg und tierische Fette an Belgien und 250 000 Dollar Tungöl an Westdeutschland eine starke Stützung. Auch die Heraufsetzung des amtlichen Stützungspreises der USA für Tungöl aus inländischer Erzeugung trug zur Festigung der Haltung bei.

Die philippinische Ausfuhr von Kopra und Kokosnuß-Öl (Kopra-Wert) belief sich im Jahre 1949 auf 658 434 long tons und lag somit um 3% unter der Ausfuhr des Jahres 1948 und um 30% unter der Rekord-Zahl von 1947.

Am italienischen Markt für Olivenöl gaben die Notierungen weiter nach. In Mailand wurde in der Berichtswoche ein Preis von 38 000 bis 40 000 Lit je dz bezahlt.

Schlachtvieh

Die Schweinepreise schwankten in der Berichtswoche von Tag zu Tag und gehorchten überwiegend der Höhe der täglichen Anlieferungen. Feste Haltung des Marktes wechselte mit Schwäche in kurzen Zwischenräumen. Die Notierungen für Lebend-Rindvieh gingen infolge der starken Anlieferungen gegen Wochenschluß zurück. Die Käufer sind sehr vorsichtig. Sie erinnern sich daran, daß die Preise für Lebendvieh auch im vergangenen Jahr im Februar stark fielen. Am 7. Febr. wurden folgende Spitzenpreise festgestellt: Ausgewählte Stiere 37 Dollar (35 Dollar), gute Fleischkühe 19 Dollar (18,50 Dollar) und Färsen 32 Dollar (36,50) je 100 lbs.

Kaffee

Santos „D"-Kontrakt, März-Termin fiel in New York von 46,80 am 3. Februar auf 46,70 am 8. Februar, Santos „S"-Kontrakt stieg von 46,85 auf 48,95 cts je lb im gleichen Zeitraum. Die Nachfrage am nordamerikanischen Kaffeemarkt ist noch immer gering. Die Preisgestaltung ist uneinheitlich. Eine der größten Röstereien hat ihren Verkaufspreis für verpackten Kaffee heraufgesetzt, wodurch sich die Preisspanne zwischen diesem und dem luftdicht verpackten und vorgemahlenen Kaffee verringert hat. Die übrigen Großröstereien sind diesem Beispiel noch nicht gefolgt. Die großen Bestände von Kaffee in den Vereinigten Staaten, die am 30. November 1949 mit 2,8 Mill. Sack nur um 1% niedriger waren als die am Vergleichstage des Vorjahres, sollten, zumal da sie zu Preisen gekauft wurden, die weit unter den heutigen Notierungen liegen, preisausgleichend wirken. Dem steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß die brasilianische Kaffee-Ernte des Jahres 1950/51 mit einem Ausfuhrüberschuß von 16,5 Mill. Sack, nach den neuesten Schätzungen, um rund 3 Mill. Sack hinter dem Vorjahr zurückbleiben wird.

Kakao

Die Notierungen für Bahia-Kakao, loko, fielen von 35,37 am 3. Februar auf 35,25 am 8. Februar, die für Accra, loko, von 37,50 auf 36 cts je lb. Handel und Verbraucher zeigen sich durch diese Entwicklung gleicherweise überrascht. Die Nachfrage der Schokoladenindustrie nimmt bei gutem Absatz ihrer Fertigerzeugnisse stetig zu; je näher die Osterfeiertage heranrücken, desto mehr wird sich die Geschäftstätigkeit in der Süßwarenindustrie beleben. Die Händler klagen demgegenüber über hohe Bestände, Tatsache ist, daß die Anlandungen von Kakao in der letzten Zeit bedeutend waren. Daher ist die Preisgestaltung am New Yorker Kakaomarkt nicht so sehr Ausdruck eines Tendenzumschwungs, als eine Folge börsentechnischer Erwägungen. Man rechnet schon in der nächsten Woche mit stärkeren Käufen, die auch ein Anziehen der Preise zur Folge haben werden. — Aus der diesjährigen Ernte hat das Kakaoamt der Goldküste seit dem 14. Oktober 1949 bis zum 2. Februar dieses Jahres 240 966 tons Kakaobohnen aufgekauft, womit fast die Höhe der amtlichen Ernteschätzung von 241 900 tons erreicht wurde.

Tee

Die Teeversteigerungen in Kalkutta, Jakarta und Colombo — in Kalkutta fanden sie nach dreiwöchiger Unterbrechung durch die von Pakistan verfügte Transportsperre zum erstenmal wieder statt —, brachten überwiegend niedrigere Preise, obwohl sich an einigen Plätzen das Angebot qualitätsmäßig verbessert hat. Die Amsterdamer Teeversteigerung war ebenfalls schwach; die Preise gaben auch hier nach.

Pfeffer

Die Preise für Pfeffer zogen in London und New York scharf an. Beide Märkte verkehrten in überwiegend fester Haltung. In New York stieg schwarzer Pfeffer, loco, von 138 cts am 3. Februar auf 140 am 8. Februar. Weißer Pfeffer von 205 auf 230 cts je lb. In London stellte sich schwarzer Lampong am 9. Februar auf 134d je lb cif Durchgangshäfen, gegenüber 114d am 2. Februar und weißer Muntok auf 186d gegenüber 182d je lb.

Zucker

Die Notierung für Zucker, Weltkontrakt Nr. 4 war in New York ziemlich stark rückläufig. März-Termin fiel von 4,63 bis 4,54 am 2. Februar auf 4,50 bis 4,52 am 9. Februar. Die Nachfrage nach Zucker hat am Weltmarkt nachgelassen. Das Angebot ist stärker als man zu Anfang des Jahres angenommen hatte. Schließlich für die Lage am Weltzuckermarkt ist der Abschluß der ECA mit den Zuckerproduzenten von Puerto Rico über 330 000 shorttons zu 4,60 Dollar cts je lb fas Hafen, der für Westdeutschland bestimmt ist. Diese Menge geht über die Puerto Rico für 1950 nach dem Zuckergesetz der USA ursprünglich zustehende Ausfuhrquote hinaus. In Kreisen des internationalen Zuckerhandels hat man das Wiedererscheinen von Puerto Rico-Zucker am Weltmarkt mit Überraschung vermerkt. Das Vertrauen des Weltzuckerhandels in die statistische Position von Zucker ist hierdurch auf eine starke Probe gestellt worden. Man hatte geglaubt, daß der Zuckerüberschuß von Puerto Rico von den USA zusätzlich aufgenommen werden könnte.

Wolle

Die Wollversteigerungen in Australien und in der Südafrikanischen Union waren im allgemeinen gut besucht. Die rückläufige Entwicklung der Vorwoche hat sich an einigen Plätzen, wenn auch abgeschwächt noch fortgesetzt; an anderen Plätzen konnte etwa der Preisstand der vorigen Woche gehalten werden. Neben der USA, Großbritannien und den europäischen Ländern kauften auch Japan und die Sowjetunion. Am 9. Februar in London wurden neue Preissteigerungen im Vergleich zur Vorwoche, im Durchschnitt bis zu 5%, erzielt. Der Wollmarkt in Buenos Aires war ruhig. Es fehlte die ausländische Nachfrage, die sich mehr auf die Londoner Auktionen konzentrierte. Es verlautet, daß einige Typen in London mit Abschlägen bis zu 10% gegenüber dem argentinischen Preisstand gehandelt wurden. Die Vereinigten Staaten zeigen wenig Interesse, die argentinischen Spinnereien waren ebenfalls zurückhaltend, obwohl mit 87,50 arg. Peso je 10 kg für 108 t Rio Negro Merino-Wolle ein Rekordpreis erzielt wurde. Der uruguayische Wollmarkt hatte eine sehr ruhige Woche, in der Hauptsache wegen des Streiks der Schauerleute. Die uruguayischen Ausfuhrverkäufe in der Woche zum 4. Februar beliefen sich auf 1 312 t, von denen 548 t nach den USA gingen.

Baumwolle

Mit 31,60 cts je lb, für März-Termin, erzielten die Baumwollnotierungen in New York, gegenüber 31,30 am 3. Februar zum Schluß dieser Woche neue Höchststände. Die Berichtswoche war für die New Yorker Baumwollbörse eine der lebhaftesten und festesten seit langer Zeit. In fernen Sichten wurden größere Deckungen vorgenommen, in nahen Sichten nahmen die Käufe des Handels für Rechnung der Spinnereien und gegen Ausfuhrabschlüsse zeitweilig geradezu stürmische Formen an. Die Ausfuhraussichten werden als gut angesehen. Zur Festigung des Marktes trug die stramme Haltung der Lokomärkte und die Verknappung von „marktfreier" Baumwolle bei. Weiterhin waren anregende Faktoren: das geringe Angebot an den Lokomärkten der Südstaaten, u. die Erkenntnis, daß der Verkaufspreis der Commodity Credit Corporation für Baumwolle der Ernte 1949 aus Beleihungsbeständen dem Markt bei seiner derzeitigen Widerstandsfähigkeit nicht viel anhaben kann. Im Ausfuhrgeschäft wirkte die stark kommentierte Meldung, daß Rotchina Baumwolle für prompte Verschiffung kaufe, um den seit langer Zeit aufgestauten hohen Bedarf der Spinnereien in Schanghai wenigstens einigermaßen zu befriedigen, stark belebend. Es verlautet, daß China bereits 100 000 Ballen gekauft habe, und daß man mit weiteren Käufen rechnen kann, so lange es der britischen Flotte gelinge, die Schiffahrtswege nach Schanghai offen zu halten. Auch Indien soll sich zusätzlich zu den bereits gekauften 175 000 Ballen für weitere 50 bis 100 000 Ballen Baumwolle kurzer Stapel interessieren. Nach gut unterrichteten Kreisen soll man sich in Washington bemühen, den Verbrauch von amerikanischer Baumwolle im Auslande zu erhöhen. Man überlege sich, so heißt es, den Ausfuhrpreis herabzusetzen, um auf diese Weise gleichzeitig die Vereinigten Staaten von ihrem Baumwollüberschuß zu befreien und die Käufe der Abnehmerländer zu erleichtern. Man weist darauf hin, daß die USA zur Zeit auf Beständen von 8 Mill. Ballen sitzen, und daß das Problem des Absatzes dieser Menge von Tag zu Tag ernster werde.

Die Alexandriner Baumwollbörse beschloß die Berichtswoche auf niedrigerem Preisstand. Die Erklärung für diese, dem New Yorker Markt entgegengesetzte Entwicklung, liegt darin, daß die Bemühungen einer sehr finanzkräftigen Spekulantengruppe den Markt leer zu kaufen und dadurch den Preis zu bestimmen, nicht zum Ziele geführt haben. Der „Corner", wie dieses Börsenspiel in der Fachsprache bezeichnet wird, ist geplatzt. Am letzten Wochentage lieferte die Nachricht, daß die ägyptische Regierung Gold und Schatzanweisungen in den USA im Werte von zusammen 47 Mill. Dollar zur Stützung der ägyptischen Währung gekauft habe, ein zusätzliches Moment der Beunruhigung, weil der Baumwollhandel befürchtet, daß die Bestrebungen der Regierung zur Stabilisierung des ägyptischen Pfundes auf die Baumwollpreise deflatorisch wirken könnten.

In Bombay ist das Geschäft am Terminmarkt immer noch suspendiert. Der Umsatz am Lokomarkt blieb auf knapp 800 Ballen beschränkt. Die geringe Nachfrage nach Jarilla führte zu nachgebenden Preisen für diese Qualität. Für kalifornische Qualitäten besteht Kaufinteresse, jedoch zu niedrigeren Preisen, obwohl einige Spinnereien kalifornische Baumwolle zur Erfüllung ihrer Zuteilungsquote abgenommen haben. Mit weiteren Genehmigungen für den Kauf amerikanischer Baumwolle langer Faser ist in der nächsten Zeit nicht zu rechnen. In ägyptischen Varietäten war das Geschäft gering.

In der Berichtswoche wurden in Großbritannien 18 684 Ballen Rohbaumwolle gelöscht, gegenüber 39 781 Ballen in der Vorwoche und 29 484 Ballen in der entsprechenden Woche des Jahres zuvor. Von den Anlandungen dieser Woche kamen 13 984 aus den USA, 700 aus Indien und 650 aus Pakistan. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befinden sich 96 408 Ballen, in der Hauptsache aus den USA und aus Ägypten. Die Nachfrage der Spinnereien war in Liverpool in der vergangenen Woche nicht sehr lebhaft. Die Verbraucher haben offenbar ihren Bedarf für die nächste Zeit gedeckt.

Baumwoll-Notierungen

New York	4. 2. 50	11. 2. 50
Disp.	33,26	33,60
Februar 1950	31,27	—,—
März	31,38	31,58
April	31,34	31,53
Mai	31,27	31,50
Juli	30,90	31,44
Oktober	28,94	29,00
Dezember	28,85	29,30
März 1951	28,83	29,40
Mai	28,71	29,30

Kautschuk

Nr. 1 RSS-Kontrakt, März-Termin, notierte in New York am 8. Februar 19,05 gegenüber 18,10 cts je lb am 2. Februar. Damit konnten die Kautschuknotierungen den hohen Stand vom Ende der Vorwoche halten. Anregend wirkten in erster Linie die feste Haltung der Singapurer Kautschukbörse, und die Tatsache, daß die Bestände der nordamerikanischen Kautschuk verbrauchenden Industrie überraschend gering sind. Kautschuk für prompte Lieferung ist knapp. Es deutet alles darauf hin, daß die Kautschukpreise in der nächsten Zeit nicht zurückgehen werden. Obwohl die Notierung für Naturkautschuk in den USA den Preis für Synthesekautschuk um rund ½ cts je lb übersteigt, scheint die unsichere politische Lage im Fernen Osten die nordamerikanische Regierung und die Kautschukverbraucher zur Erhöhung ihrer Lagerbestände anzuregen. Auch die großen sowjetischen und neuerdings bedeutende japanische Käufe wirken sich in Richtung auf eine weitere Festigung des Marktes aus. In London ging die Geschäftstätigkeit im Laufe der Woche leicht zurück und die Notierungen gaben nach. Andererseits veranlaßt die Überlegung, daß die Kautschukbestände in Großbritannien im Laufe des Januar 1950 um 1800 tons auf 13 815 tons zu Ende dieses Monats zurückgegangen sind, die Verkäufer zur Zurückhaltung in ihren Abgaben. Infolgedessen wurden die kleinen Preisverluste zu Mitte der Woche gegen Schluß der Berichtszeit wieder wettgemacht, und die Notierungen schlossen auf leicht höherem Stand bei sehr ruhigem Geschäft.

Häute und Felle

Die nordamerikanischen Häutemärkte zeichneten sich in der Berichtszeit durch eine bessere Stimmung als in den Vorwochen aus. Die Kauflust der Gerbereien hat zugenommen. Aus Argentinien werden ebenfalls gute Abschlüsse gemeldet, bei denen Schweden als größter Käufer auftrat, Großbritannien nahm nur verhältnismäßig kleine Mengen argentinischer und uruguayischer Häute ab. Von afrikanischen Häuten war nigerisches Gefälle von Großbritannien, Europa und den USA gut gefragt. In Kapstädten wurden schwere sonnengetrocknete Häute erster Wahl zu 28d je lb, zweiter Wahl zu 27d je lb gehandelt; trockengesalzene Häute wurden in beiden Kategorien zu je 1d je lb weniger angeboten. Die Häutemärkte in Australien und Neuseeland sind noch immer sehr ruhig. Das Angebot ist gering und der Deckungsbedarf wenig bedeutend. Die hohen Preise für neuseeländisches und australisches Gefälle verbieten größere Abschlüsse.

Elfenbein

Von den beiden einzigen großen Elfenbeinmärkten in Europa verkauft der Londoner Markt hauptsächlich ostafrikanisches Elfenbein, während Antwerpen der Hauptmarkt für westafrikanische Ware ist. In London wurden im Jahre 1949 auf vier Verkäufen insgesamt 11,8 Tonnen Elfenbein zu einem mittleren Preis von 266 bfrs je kg gehandelt. Im gleichen Zeitraum wurden in Antwerpen bei nur zwei Verkäufen 25,5 Tonnen Elfenbein zu einem mittleren Preis von 254 bfrs gehandelt. Die Antwerpener Elfenbeinmärkte finden jeweils im Frühjahr und Herbst statt.

SÜDAK

Wir liefern:

die modernsten Kettenwirkstühle von Weltruf

Bitte fordern Sie ein unverbindliches Angebot

**Süddeutscher Apparatebau - Heinrich Koppenberg KG.
Karlsruhe**

Metalle

Die Metallmärkte zeigten in der ersten Februarwoche weiterhin eine stetige Haltung. Es sind nicht einmal Ansätze für eine Belebung vorhanden, obwohl zumindesten aus den Vereinigten Staaten immer noch über ein gutes Geschäft berichtet wird. Das Jahr 1949 hat offenbar endgültig den Beweis dafür erbracht, daß die Verbraucher in absehbarer Zeit mit keinen Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen brauchen, zumindesten nicht, so lange die Preise auf der gegenwärtigen Höhe bleiben. Das bleibt natürlich auf die Haltung der Verbraucher nicht ohne Einfluß, die immer mehr von den in der Nachkriegszeit beobachteten Vorratskäufen abgehen u. nur den laufenden Bedarf decken. Damit hängt die Entwicklung an den Metallmärkten weitgehend von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in den großen metallverbrauchenden Ländern ab. In den Vereinigten Staaten beurteilt man die Wirtschaftsaussichten zumindesten für die ersten Monate des laufenden Jahres nicht ungünstig.

Kupfer: Der Kupferverbrauch hat sich in England auf dem bisherigen Stand behauptet. Die kupferverbrauchende Industrie ist in den meisten Fällen ausreichend beschäftigt. Der Durchschnittsverbrauch in den ersten elf Monaten 1949 belief sich auf 39 785 lg/t und die Durchschnittsimporte auf rund 26 000 lg/t im Monat. Für 1950 erwartet man eine Gesamteinfuhr an Kupfer von etwa 320 000 lg/t. Rhodesien soll davon rund 200 000 lg/t liefern. Chile, das im vergangenen Jahr 22 800 lg/t Kupfer nach England lieferte, wird nach der Meinung englischer Fachleute im laufenden Jahr als Lieferant ausfallen, wenn der hohe amerikanische Bedarf bestehen bleibt. In den Vereinigten Staaten ist die Kupfernachfrage weiter lebhaft geblieben. Man rechnet damit, daß die Januarablieferungen allein 120 000 sh/t betragen werden. Das würde bedeuten, daß sich die Erzeuger eines Teils ihrer Bestände entledigen konnten. Wenn sich die Ablieferungen des Febr. auf der gleichen Höhe halten sollten, ist damit zu rechnen, daß eine gewisse Kupferknappheit am amerikanischen Markt eintritt. Darauf basieren auch die Gerüchte, wonach eine Heraufsetzung des amerikanischen Kupferpreises bevorstände, die noch durch den Streik auf der Laurel-Hill Raffinerie der Phelps Dodge verstärkt werden. Dieses Werk hat eine Kapazität von 10 000 sh/t Raffinadekupfer monatlich. Die Kupferbergwerkserzeugung der Vereinigten Staaten war 1949 mit 741 800 sh/t die niedrigste seit 1939. Sie lag um 11% niedriger als im Jahre 1948 infolge ausgedehnter Streiks auf den Gruben. Gerüchte, wonach Westdeutschland japanisches Kupfer gekauft hätte, werden jetzt aus Frankfurt am Main dementiert.

Zinn: Es kann nicht überraschen, daß der Zinnmarkt weiter zur Schwäche neigt. Der Bedarf der Verbraucher ist in den Vereinigten Staaten sehr gering, und bei der Bedeutung der USA als Zinnkonsument bleibt das natürlich nicht ohne Rückwirkungen. Hinzu kommt die unvorteilhafte statistische Lage in der Weltzinnwirtschaft. Die RFC hat den Zinnpreis erneut gesenkt, und auch die Londoner Terminbörse ist nicht gerade fest gestimmt. In den ersten elf Monaten 1949 importierten die Vereinigten Staaten 35 505 lg/t Zinn in Konzentraten, wovon Bolivien 12 177 lg/t lieferte, Indonesien 14 868 lg/t, Siam 2362 lg/t und Belgisch-Kongo 685 lg/t. Die Zinnimporte beliefen sich in der gleichen Zeit auf 56 946 lg/t. Hiervon kamen 35 624 lg/t aus den Malayenstaaten, 7907 lg/t aus Holland, 7434 lg/t aus Belgien, 3650 lg/t aus Belgisch-Kongo, 3434 lg/t aus China und 2685 lg/t aus Großbritannien. Die Erzeugung der Hütte in Texas City betrug 33 394 lg/t, die Zinnrückgewinnung 20 231 lg/t. Der Verbrauch wird für die ersten elf Monate mit 64 759 lg/t angegeben. Die amerikanischen Regierungsvorräte an Zinn beliefen sich Ende Dezember auf 23 402 lg/t. Diese Zahlen aus dem größten zinnverbrauchenden Land beleuchten die Lage des Marktes eindeutig. Es hat im vergangenen Jahr in den USA keine Zinnknappheit gegeben. Das wissen die Verbraucher, und nicht nur in den USA.

Blei: Eine interessante Entwicklung vollzieht sich gegenwärtig in Australien. Die australischen Inlandspreise für Blei liegen bedeutend unter den Weltmarktpreisen. Es ist nur natürlich, daß die australischen Blei- und Zinkerzeuger bemüht sind, möglichst viel zu exportieren, da ihnen der Inlandspreis kaum einen Verdienst läßt, wie sie behaupten. Anderer Meinung sind die australischen Verbraucher, die bemüht sind, weit über ihren Bedarf zu den gegenwärtigen Preisen zu kaufen. Der australische Premierminister, Mr. Menzies, ist von interessierter Seite jetzt aufgefordert worden, die australischen Ausfuhren an Blei und Zink sowie Blei- und Zinkkonzentraten in der kommenden Zeit zu beschränken. Ein Grund für eine solche Maßnahme wurde von der Konferenz, die diesen Beschluß faßte, nicht gegeben. Man rechnet deshalb in Großbritannien damit, daß diese wichtige Versorgungsquelle für Blei und Zink für die englische Wirtschaft in der kommenden Zeit etwas spärlicher fließen wird. Das englische Versorgungsministerium hat mit französischen Erzeugern einen Kontrakt abgeschlossen, wonach diese sich verpflichten, im laufenden Jahr monatlich 1000 t Rohblei nach Großbritannien zu liefern.

Zink: Dieser Markt liegt, nachdem sich der Preis von 9 cts je lb in den Vereinigten Staaten endgültig durchgesetzt hat, still. Die Nachfrage ist befriedigend, aber auch das Angebot reichlich, so daß besondere Bewegungen in der kommenden Zeit wenig wahrscheinlich sind. Zink war zuletzt mit 9¾ cts je lb fas Golfhäfen angeboten (etwa 74 £ je lg/t).

Aluminium: Überall in den Industrieländern sucht man gegenwärtig nach neuen Anwendungsgebieten für Aluminium, besonders im Hausbau. Das ist ein Zeichen dafür, daß die im Krieg aufgebaute Erzeugungskapazität vorläufig nicht voll ausgenutzt werden kann. Bei den technischen Vorzügen des Aluminiums ist es aber nur eine Frage des Preises, schnell neue und große Mengen beanspruchende Verwendungsarten zu erschließen, deren wichtigste der Hausbau und die Bauindustrie im allgemeinen sein dürfte. Die Preise sind seit langem unverändert. Ihre mögliche Senkung — sie wurde nach dem Krieg von 15 cts je lb auf 17 cts heraufgesetzt — würde den Verbrauch unzweifelhaft anregen.

Metallpreise

	England in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westdtsch. in DM je 100 kg
Kupfer	153/ 0/0	18,62	164,50
Blei	98/10/0	12,00	118,50
Zink	85/10/0	9,75	108,00
Zinn	600/ 0/0	74,37—74,50	733,00
Aluminium	114/15/0	17,00	173,00

Neuer deutscher Silberpreis

Rückwirkend vom 1. Februar 1950 hat die Verwaltung für Wirtschaft folgende Preise für Silber festgesetzt (in DM je kg):

Verkauf	104	nach bisher 109
Ankauf	100	nach bisher 105

Damit ist der deutsche Silberpreis dem Weltmarktpreis angepaßt worden.

Deutsche Börsen

Frankfurt	20.1.50	27.1.50	3.2.50	10.2.50
AEG	35½	34½	37½	37½
Brown, Boveri	—	55	56	58
Buderus	77½	76¾	78½	75
Chem. Albert	—	25	27	28
Degussa	70	72¾	73½	73½
Deutsche Erdöl	—	59	58	58½
El. Licht u. Kr.	30	33½	30½	33½
Frankf. Masch.	35	35	35	32
Heidelb. Zement	80	84½	90½	87½
Holzmann	63	65	68½	68½
Kupferberg	32½	35	—	38
Lahmeyer	65	65	65½	65
Lanz	47½	—	41½	41
Linde Eis	82½	84	82½	84
Metallges.	85	87	87½	88
Rheinmetall	30	31	—	30½
Schöfferhof	65	63½	61	61
Siemens & Halske	48	48½	48½	48½
Voigt & Haeffner	65	—	—	—
Wayß & Freytag	—	—	—	—
Zellstoff Waldhof	38½	40½	40	—
Commerz-Bank	30	27½	27	30
Deutsche Bank	34½	29½	27	32
Dresdner Bank	30	28	26½	30
4% Frkf. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8½	8½
Hamburg				
Ammoniak.	78	80	80	80
Beiersd.	20	27½	30	23½
Bremer Wolle	27	24	24	42
Demag	64	66	64	65
Deschimag	44	44	—	44
Dynamit Nobel	40	41	42	41
Feldmühle	80	80	78	73
HEW	66	71	71	69½
Hamb. Hochb.	50	60	58	52
Hamb. Hyp. Bk.	30	30	30	60
Hansa Mühle	18	20½	21½	20
Harburg. Gummi	105	100	100	102
Hoffmann Stärke	65	65	60	60
Ilse St. A	18	18	19	15
Ilse Genuß	13	13	18	14½
Karstadt	73	72	73	68
Phrix Ink. A	36	38	37½	33½
Rütgers	40½	40½	40	46
Schering	30½	30	33	31
Hapag	—	—	27	27
Nordd. Lloyd	34	31	33	34
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	8½	8½	8½	8
Hannover				
Conti Gummi	108	116	118	124
Hackethal	91	97	97	95
Ilseder Hütte	78	78½	77	73
Mech. Web. Linden	30	30	30	33
Salzdetfurth	84	84	80½	85
Wollw. Döhren	58	58	58	57
Wintershall	53	58	58	53

Düsseldorf	20.1.50	27.1.50	3.2.50	10.2.50
Alexanderwerk	55	55	60	63
Bamag Masch.	55	58	58	58
Basalt AG	27	27	27	27
Dortm. A.-Brau	66	72½	72	72
Felten & G.	73	74	—	—
Ford	65	65½	70	—
Gerresh. Glas	85	90	88	90
Glückauf	—	—	—	—
G. H. H.	67	68	—	67½
Harpen	78	73	73	—
Hoesch	48	50½	50	50
Kabel Rheydt	67	62	60	65
Klöckner	56	58	55	56½
Mannesmann St.	56½	61	56½	58
Mülh. Berg	—	33	34	32
Rheinbraun	61	57	100	56
Rhein. Kunstseide	38	42½	40	37½
Rhein. Zellwolle	38½	44	42	46½
Rheinstahl	32½	33½	—	38
RWE	68	64½	64	61
Verein. Stahlw.	50½	53	53	52
Westwaggon	47½	53	53	54
Westd. Kaufhof	73	73	70	—
Rhein. Westf. Boden	55	55	50	55
4% Rh. W. Bd.	8	8	8	8
4% Gelsenberg	8½	8½	8½	8½
4% Klöckner	—	—	7	—
München				
Amperwerke	48½	50	50½	54
Augsb.-Nbg.-Masch.	73	75	81	81
BMW	23½	25	25½	25½
Diamalt AG	95	100	104	105
Dierig	73	77½	78	75½
Hackerbräu	85	80	85	80
Hanfw. Füssen	115	115	117	117
Hutschenreuther	84	85	85	85
Krauss Maffei	90½	90	90	90½
Lech El.	60	61	64	66
Löwenbräu	67½	61½	60	60
Mech. Baum. Sp.	105	100	100	112
Rathgeber	66	66	63	54
Rosenthal	60	60	62	67
Spinn. u. Web. Kemp.	—	108	108	114
Südd. Zucker	88	92½	93½	96
Tucherbräu	58	60½	60	64
Würzburg. Hofbr.	55	—	52	47
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	27½	32	32	33
Südd. Boden	26½	27½	26½	27
Allianz Leben	64	65	63	62
Allianz Vers.	68	68	71	67
4% Bayer. Hyp. Bk.	8	8	8	8
4% Augsb. Nbg.	9½	9½	9½	9½
Stuttgart				
Brauerei Wulle	68	68	68	68
Daimler	62	66	68	73½
Junghans	65	68	66	65
Knorr	82	82	81	82
Salamander	78	78½	80	88
Württ. Bank	50	—	50	50

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Hersteller- und Großhandelsfirmen der Automobil- und Automobilzubehör-Industrie

die an

Export nach Holland

interessiert sind, werben erfolgreich in den beiden führenden holländischen Fachzeitschriften

BEDRIJFSVERVOER

Fachorgan der Allgemeinen Speditions- und Eigen-Transport-Organisation (E. V. O.) von Holland, in der alle Industrie- und Großhandelsfirmen mit eigenen Kraftfahrzeugen zusammengeschlossen sind.

Die festabonnierte Auflage beträgt

33 500 Exemplare

Erscheinungsweise vierzehntägig.

BEROEPSVERVOER

Fachorgan der Nationalen Organisation für den Straßen-Güterverkehr (N. O. B.) von Holland, in der alle gewerblichen Speditionsfirmen zusammengeschlossen sind.

Die festabonnierte Auflage beträgt

10 000 Exemplare

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Anzeigenaufträge können jetzt gegen Zahlung in Deutscher Mark ausgeführt werden. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:

Karlsruher Wirtschaftsverlag G.m.b.H.

(17a) Karlsruhe/Baden, Veilchenstr. 35

Neue Geschäftsverbindungen für den

Export nach Holland,

Export- und Kompensations-Geschäfte mit Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien, Curacao und den Benelux-Ländern

vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachzeitschrift für Großhandel, Export, Import

Groothandel

Weekblad voor Import, Export, Transito, Reciprociteit en Binnenlandse Handel

Organ der Handelskammer in Den Haag für die

40 000 Mitglieder

der Sektion Großhandel, Export, Import

Abonnenten

sind die Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao, ferner alle holländischen Großkaufleute im Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien und Luxemburg.

Billige Anzeigenpreise und günstige Wiederholungsrabatte!

Groothandel

nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:

Karlsruher Wirtschaftsverlag G. m. b. H.

(17a) Karlsruhe/Baden, Veilchenstr. 35

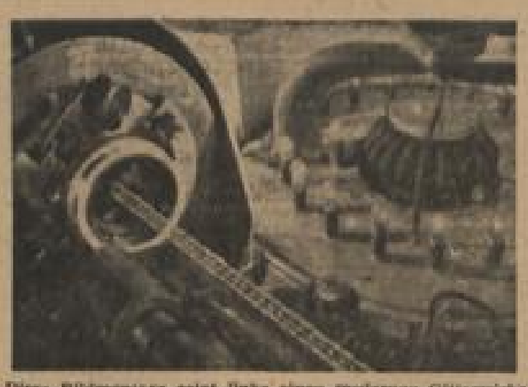
Die aktuelle Reportage:

Philips-Valvo

Die „Wirtschafts-Revue" hat in ihren neuen Reportagen schon manchen Betriebsweg beleuchtet, aber noch nicht die Radio-Industrie. Was lag also näher, als das größte deutsche Radioröhren- und große Radioapparate-Werk zu besichtigen, das auf den Namen Philips-Valvo hört. Alte Erinnerungen tauchten auf an die Zeit, als der Zeitungsmann vor rund 15 Jahren die Firma „VALVO" in Hamburg besuchte. Zwischen damals und heute liegt ein gewaltiger Aufstieg dieser Industrie — und der Krieg. Die Anlagen in Hamburg sind in diesen 15 Jahren dauernd erweitert worden. Schon 1929 hat man auf dem Lokstedter Gelände einen großen Neubau aufgerichtet, und das gleiche Jahr brachte für das Valvo-Unternehmen die ersten Hochfrequenz-Schirmgitterröhren und Lautsprecherröhren (Pentoden). 1932 wurden die Räume wieder zu eng und die Verwaltung übersiedelte nach Berlin. Gleichzeitig kam es zur Zusammenlegung aller Philips-Interessen in Deutschland in der seit 1926 bestehenden Deutschen Philips G. m. b. H. Sie übernahm auch den Vertrieb der Valvo-Röhren.

Vor jetzt fast 26 Jahren begann in Hamburg die Produktion der Valvo-Röhren. Der Kampf war hart. Die Lieben-Patente waren in Hand von Telefunken, und es schien, daß kaum noch Platz für die Röhrenproduktion außerhalb dieses starken Patentschutzmantels möglich sei. Jedoch die VAL-Vo-Röhren schafften es. Rückschläge und der Konkurrenzkampf waren groß. Die Röntgenfirma C. H. F. Müller AG., die Muttergesellschaft der genannten Radioröhrenfabrik, verlor einen Patentprozeß, und die allgemeine wirtschaftliche Krise brachte die Firma im Jahre 1928 in Bedrängnis. Man suchte Anlehnung und fand sie bei den großen holländischen Philipswerken in Eindhoven. Nun ging es aufwärts.

Blick in den Montageraum (im Kreis: Sockelung einer Valve-Röhre)



Diese Bildmontage zeigt links einen modernen Gitterwickelautomat und rechts eine rotierende Hochvakuumpumpe

Überspringen wir die Zeit bis 1945. Der Krieg verschonte teilweise die Produktionsanlagen in Hamburg, aber das Apparatewerk in Aachen ging in Trümmer. Heute werden in Hamburg nur Röhren hergestellt (für Radio und Spezialzwecke). In Wetzlar, wohin man während des Krieges Maschinen verlagert hatte, läuft jetzt die Produktion der Radioapparate (der „Saturn", der „Merkur" und die „Philetta"), dazu kommen Radioeinzelteile und der elektronische Basisapparat. In Aachen, wo man die Fabrikräume wieder aufrichtete, wird seit mehr als einem Jahr vor allem die Philips-Glühlampe produziert. In Berlin läuft z. Zt. mit 200 Beschäftigten noch eine Fabrik, die Meßgeräte, elektroskustische Geräte, Radioapparate und den Autosuper herstellt. Eine eigene Verkaufsorganisation mit Filialbüros und Auslieferungslagern rundet den Interessenkreis von Philips-Valvo ab. In diesem Kreis sind z. Zt. zwischen 6500 und 7000 Menschen beschäftigt.

Fernsehröhren

Das Schwergewicht der Produktion liegt in der Röhrenfabrik in Hamburg-Lokstedt, die zwischen 1500 und 1600 Menschen beschäftigt. Also führen wir dorthin. Die Räume, in die der Zeitungsmann zuerst geführt wurde, zeigten keine wesentlichen Veränderungen gegenüber seinem letzten Besuch, jedenfalls nicht was den Produktionsgang anlangt. Das maschinelle Blasen des Glaskolbens, das Einsetzen des Röhrchens (Pumpstenge), durch das dann die Luft abgesaugt wird, die Montage des Sockels, die Vormontage der Drähte, für die Gitter und Anodenbleche, das Luftleerpumpen auf den großen, langsam rotierenden Maschinen hat für den Nichtfachmann das gleiche Bild wie früher. Auch am Wendeln der Drähte hatte sich offensichtlich nichts gewandelt.

Das Bild änderte sich gewaltig, als wir in die Räume kamen, in denen der neue Röhrentyp hergestellt wurde: Die Bimlockröhre. Ihr Sockeldurchmesser ist nur 22 mm, und sie ist nicht höher

Sockelrad

als der kleine Finger (78 mm hoch). Die Erfindung dieser Röhre bedeutet einen gewaltigen Fortschritt in der Herstellung. Die schwierige Sockelmontage fällt fort, das Abpumprohr ist nicht mehr nötig und mancher Arbeitsgang für die Arbeiterin ist leichter geworden. Ein kleines Beispiel dafür: Früher mußten die Drähte in die Sockelkontakte einzeln eingesetzt werden, jetzt hat die Arbeiterin ein Gerät in der Hand, in das sie die Stifte wahllos hineinwirft, das Gerät hält 8 von den Stiften in Löchern fest, und sie kann mit einem Arbeitsgang die 8 Stifte einsetzen, ohne ziehen zu müssen und ohne die Augen anzustrengen. Auch die Glasarbeiten sind wesentlich unkomplizierter geworden. Nur die Montage der Drähte, des Gitters und der Anode ist praktisch gleich geblieben. Alles in allem ergibt sich eine große Arbeitsersparnis und selbstverständlich auch eine Selbstkostensenkung. Die Bimlockröhre wird wohl durch ihre besonderen Vorteile den zukünftigen Geräten das Gepräge geben.

Die Belegschaft besteht überwiegend aus weiblichen Arbeitskräften. Nur die weibliche Hand kann diese feine Arbeit an den kleinen und kleinsten Teilen gut bewerkstelligen. An vielen grünen Tischen sitzen die Mädels in Tuchfühlung nebeneinander, alle in weißen Arbeitskitteln in hellen Räumen, arbeiten in Gruppenakkord und singen zu ihrer Arbeit manches schöne alte Volkslied.

Ebenso schwierig wie die Röhrenherstellung ist die Fertigung der Drähte. An einem kleinen laufenden, in sich geschlossenen Band, das an eine Spielzeugeisenbahn erinnert, läuft der Draht, um mit einer Schutzschicht besprüht zu werden. Dann werden die Drähte sorgfältig verpackt, damit sie unbeschädigt in die Hand der Arbeiterinnen an der Montage kommen.

So steht heute in Hamburg ein Riesenwerk, das größte Radioröhrenwerk in Deutschland. 26 Jahre lang werden dort Radioröhren hergestellt — und 26 Jahre lang ist ein Mann an führender Stelle in diesem Betrieb gewesen: Theodor Graf Westarp. Im Jahre 1923 trat ein damals 32jähriger ehemaliger Seeoffizier in die Verkaufsabteilung der Firma C. H. F. Müller, der ältesten Röntgenröhrenfabrik der Welt, ein. 1924 wird er Geschäftsführer und unter seiner Führung werden die Krisenjahre gut überstanden. Heute ist er Geschäftsführer der Philips-Valvo-Werke, und gestern, am 14. Februar, feierte er seinen 60. Geburtstag. Wenn man heute in Deutschland von Philips spricht, so denkt man unwillkürlich an Graf v. Westarp. Sein Name ist ohne das Werk und das Werk nicht ohne ihn zu denken. Was er an Unternehmerinitiative geleistet hat, ist an der Entwicklung abzulesen. Und doch ist er wieder kein typischer Unternehmer. Er spricht nämlich nicht nur vom Geschäft, und er denkt nicht nur in Radioröhren; er ist geistig in der Literatur zuhause — und dichtet. Er hat noch eine Leidenschaft: die Technik des Automobils. Gereifte, sublimierte Leidenschaft heißt der Text seines Charakters. Testen wir sein Werk und testen wir ihn, dann würde ein Lorbeerkranz daraus, aber Westarp mag ihn nicht. Geben wir ihm Blumen für seinen Schreibtisch im Levante-Haus in Hamburg, daß er — im Schauen auf sie — weiter still verhalten arbeite — und dichte!

H.

Theodor Graf von Westarp

Auslands-Börsen

Paris: gedrückt

Das Unbehagen der Pariser Effektenbörse während der Berichtszeit ist eine Folge der im Hintergrunde des Börsengeschäftes stehenden politischen Krise, die man wohl am treffendsten mit dem Worte schleichend kennzeichnen kann. Paris begann die Woche in gedrückter Stimmung. Die Drohung einer Regierungskrise hielt die Kauflust von Spekulation und Anlage suchendem Publikum in engen Grenzen. Das Vertrauensvotum der Regierung Bidault in der Nacht vom 7. zum 8. Februar hat die Befürchtung einer neuen Krise nicht aus der Welt schaffen können. Dazu war die Stimmenmehrheit, die Ministerpräsident Bidault für sein Kabinett erzielte, zu gering. Aber nicht nur politische Gründe beeinflußten die Haltung der Pariser Börse. Lähmend und beunruhigend wirkten außerdem die Streikbewegungen in der Schwerindustrie und in verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen, und nicht zuletzt der Kampf zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern über Kollektivverträge. Es ist erstaunlich, daß Belanglosigkeiten wie die einmalige Ausschüttung eines Teuerungsausgleichs in Höhe von 3 000 frs an gewisse Kategorien der Arbeitnehmer, nun schon seit Wochen neben anderen zugegebenermaßen wichtigeren Faktoren die Geschäftstätigkeit der Pariser Effektenbörse so stark lähmen können. Dabei gibt es auf der anderen Seite in der Entwicklung der französischen Wirtschaft genügend erfreuliche Aspekte, aus denen die Börse Anregungen ziehen könnte. Bei der aufgezeichneten schlechten Grundhaltung der Börse nimmt es nicht weiter Wunder, daß der Kursstand gegenüber dem vorigen Wochenende zurückging. Lediglich Renten konnten einen kleinen Gewinn verbuchen.

	3. 2. 50	10. 2. 50
3%ige ewige Rente	3 730	3 730
Credit Lyonnais	1 540	1 540
Caoutchouc Indochine	630	560
Kuhlmann	1 510	1 510
Schneider Creuzot	6 040	6 075
Canadian Pacific	3 690	3 720
Shell	2 640	2 730
De Beers	1 395	1 405
Rio Tinto	14 075	15 600
Suez Kanal	107 300	107 500

Schweiz: widerstandsfähig

Das Gesamtbild der schweizerischen Effektenbörse bot wenig Abwechslung. Die weltpolitischen Vorgänge, die innerpolitische Lähmung in verschiedenen europäischen Ländern und die Arbeitskonflikte in den Vereinigten Staaten, die bereits stärkere Rückwirkungen auf das dortige Wirtschaftsleben zeitigten, hemmten die Unternehmungslust. Daß das Kursniveau trotzdem recht widerstandsfähig blieb, war dem Umstand zuzuschreiben, daß der Umfang des angebotenen Materials gering blieb. Mangels geeigneter Anlagemöglichkeiten hielten die Wertpapierinhaber an ihrem Besitz fest. Die Spekulation beschränkte ihre Tätigkeit auf einige Spezialaktien. Hiervon standen Interhandel im Vordergrund des Interesses, im Zusammenhang mit dem Prozeß vor dem amerikanischen Bundesgericht wegen der Beteiligung an der General Aniline and Film Company, an der früher auch die deutsche IG Farben interessiert war. Die Interhandel-Aktien stiegen lebhaft an. Vermehrte Beachtung wurde ferner den nach Argentinien orientierten Motor Columbus und anderen Werten dieser Kategorie zuteil. Amerikanische Eisenbahn- und Industrieaktien begegneten Interesse, doch war die Kursgestaltung in Einklang mit New York uneinheitlich. Die Tendenz war jedoch unverkennbar widerstandsfähig. Besonders Kaufinteresse fanden General Motors und United States Steel auf die guten Geschäftsberichte und die Dividendenerhöhung beider Gesellschaften. Deutsche Aktien neigten zunächst weiter zur Schwäche, begegneten aber auf ermäßigten Kursstande wieder besserer Nachfrage. Schweizerische Staatsanleihen behaupten ihr hohes Kursniveau, Ausländische Obligationen waren unregelmäßig, deutsche Anleihen teilweise schwächer.

London: sehr freundlich

	10. 2. 50	3. 2. 50
2½%ige Consols	70	71½
5%ige Dawes-Anleihe	32½	32½
5½%ige Young-Anleihe	16½	17½
3%ige Deutsche Kalianleihe	69½	65½
6½%ige Deutsche Kaliani.	65	62½
Rio Tinto	18	19½
Royal Dutch	32½	32½
Anglo Iranian	138	133 9
Courtaulds	33 1/16	33 1/16
Imperial Chemical	41/1½	41/3
Reuters Index für Goldgrenderte	90.2	91.3
Industriewerte	119.7	119.5
Kaffirwerte	116.2	117.4

Je näher der 23. Februar, der für die Parlamentswahlen festgesetzte Tag herankommt, desto stärker werden die Symptome der Krankheit, die man an der Londoner Effektenbörse sehr treffend mit „Electionitis" bezeichnet hat. Zu Anfang der Woche konzentrierte sich das Geschäft auf die neue soeben aufgelegte 3½%ige südrhodesische Anleihe, die mit einem kleinen Agio gehandelt wurde, da verschiedene Spekulanten zu schnellen Gewinnen verhalf. Auch Kautschukwerte waren im Blickfeld und die gute Nachfrage und den hohen Preis für Naturkautschuk zeitweilig gefragt. In der ersten Wochenhälfte war die Stimmung, bei allerdings nicht sehr großem Geschäft überwiegend freundlich. Eine gewisse Belebung erfuhr die Börse durch die gute Haltung der Provinz, die in der Überzeugung eines konservativen Wahlsieges das Angebot von erstklassigen Industriewerten, die in London nicht untergebracht werden konnten, bereitwilligst aufnahm. Im weiteren Verlaufe der Woche nahm die Geschäftstätigkeit ständig ab. Britische Staatsanleihen waren zeitweilig gefragt, doch zumeist angeboten. Nach einigen Wochen der Schwäche erfreuten sich auch deutsche Anleihen, insbesondere Deutsche Kali, erneut der Gunst des Publikums. Sie konnten ihren Kursstand gegenüber der vorigen Woche erheblich verbessern.

New York: Trotz Kohlenstreik fest

Ähnlich wie in der Vorwoche stand die New Yorker Effektenbörse auch in der Berichtswoche völlig unter dem Einfluß der Lohnstreitigkeiten in der nordamerikanischen Industrie, insonderheit des Kohlenstreiks. Jedoch zog zu Spekulation und Anlage suchendes Publikum vor, sich mehr von den günstigen Nachrichten aus der nordamerikanischen Wirtschaft lenken und führen zu lassen. Obwohl der Kohlenstreik bereits in einer Reihe von Industriezweigen zu Betriebseinschränkungen, ja teilweise zu Stillegungen geführt hat, wurde diese Tatsache von Wallstreet, man ist geneigt zu sagen, nur am Rande vermerkt. Die günstigen Dividendenerklärungen, wie beispielsweise bei General Motors und bei United States Steel fanden in erster Linie das Interesse des Börsenhandels. Vor allen Dingen Spezialpapiere verzeichneten an einzelnen Tagen erhebliche Kursgewinne. Zum Wochenschluß ließ das Kaufinteresse nach und die Neigung zu den üblichen Gewinnmitnahmen zum Wochenende gewann die Oberhand. Die Favoritenpapiere der Börse, die zwar die größten Gewinne buchten, mußten jetzt auch die größten Abstriche hinnehmen. Der Wochenschluß war kaum gehalten.

	10. 2. 50	3. 2. 50
Durchschnittskurse für:		
30 Industriewerte	302.40	304.52
20 Eisenbahnwerte	54.61	55.31
40 Inlandsanleihen	101.86	101.76
14 Versorgungsbetriebe	42.75	42.95
Moodys Index (8. 2.)	303.0	304.2

Notenkurse in Zürich am 11. 2. 1950

1 $ USA	4.30½ / 4.36½
1 £ England	10.30 / 10.40
100 frz Frankreich	1.10 / 1.11½
100 bfrs Belgien	8.37½ / 8.60
100 hfl Holland	96.— / 102.—
100 skr Schweden	70.— / 72.50
100 nkr Norwegen	43.— / 46.—
100 dkr Dänemark	60.— / 62.—
100 Lire Italien	—.63 / —.66
100 Escudos Portugal	14.65 / 14.85
100 ckr Tschechoslowakei	—.— / 1.15
100 arg. Pesos Argentinien	27.50 / 30.—
100 türk. £ Türkei	—.95 / 1.05
100 österr. Schill. Österreich	13.35 / 13.55
1 israel. £ Israel	7.— / 7.20
100 DM Deutschland	82.— / 83.50

DM-Kurs in Buenos Aires

Der Kurs der DM im freien Devisenverkehr lag Ende Januar in Buenos Aires bei 280 bzw. 300 Pesos für 100 DM.

DM-Kurs in Brüssel gesunken

Nach einer starken Hausse in den letzten Tagen des Januar sank der Kurs der DM auf dem freien Devisenmarkt in Brüssel seit Anfang Februar leicht ab. Er beträgt gegenwärtig 8.65 bfrs. Für eine DM. Die freie DM-Notierung liegt damit noch 30% unter dem offiziellen Kurs.

Transp.-Zeichenpapier, Zeichenleinen, Millimeterpap., Isoplinenpap., Diagrammrollen, Kopierleinen, Reißzeuge etc. auf Gefertigt. Anfragen unt. S 1878 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

In- und Auslands-Adressen

Preisliste frei!

DR. SCHWARZ & CO.

FRANKENBRECHTSWEILER